

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Volk-Zeitung-Verlagsanstalt für 1893 unter Nr. 4798.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inhaber für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgehoben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das widersinnigste Wahlsystem.

Seit Wochen befindet sich Preußen in einer Wahlbewegung, oder sagen wir vielmehr, würde Preußen sich in einer Wahlbewegung befinden, wenn die großen Massen des Volkes Anteil nähmen an der Wahl, wenn die Sozialdemokratie nicht wegen des widersinnigen Dreiklassen-Wahlsystems sich der Wahl enthalten müßte. Was jetzt an Agitation zu spüren ist, das rippelt kaum die Oberfläche der Wasser, es wühlt sie nicht auf bis zum Grunde, wie das eine Reichstagswahl, die alle zur gleichberechtigten Theilnahme aufruft, zu thun vermag.

Niemals war ist das Unrecht des Dreiklassen-Wahlsystems so zu Tage getreten, wie bei dieser Wahl, das Unrecht, das einer kleinen bevorzugten Minderheit von Kapitalisten die Entscheidung über die Geschicke des Volkes in die Hand legt und dieses Privilegium dann noch mit dem heuchlerischen Mantel der allgemeinen Stimmberechtigung umkleidet. Daß dieses Wahlsystem ungerecht ist durch und durch, wird allgemein empfunden. Nicht nur der abgewirtschaftete Reichskanzler hat es feinerzeit das elendeste aller Systeme genannt, kein Beamter, kein Mitglied der Bourgeoisie verhehlt sich den Widerspruch dieser plumpen Eintheilung der gesammten Wählerschaft in drei Klassen, der Höchstbesteuerten, der Mindestbesteuerten und der zweiten zwischen ihnen liegenden Klasse. Aber kein besseres Wahrzeichen auch für die unschöpferische Verfallsperiode der herrschenden Klassen, des Beamtenthums und Großbürgertums, daß ihren vereinten Bemühungen es nicht gelungen ist, dieses Wahlsystem zu reformieren, sondern daß sie durch die sogenannte Wahlreform des Vorjahres seine plutokratischen Wirkungen nur verschärft haben.

Der Grundgedanke des preussischen Dreiklassenwahlsystems ist der, daß eine jede der drei Klassen der großen, der mittleren und der kleinen Einkommen eine gleiche Gesamt-Steuersumme in den Staatskassen zahlen und dafür dann als Entgelt den gleichen Einfluß auf die Auswahl der Abgeordneten erhalte. Wie man sieht, hat der echt kapitalistische Grundsatz, daß der Geldbesitz über alles entscheide und daß alles verschachtet werden müsse, in keinem Wahlsystem zivilisierter Staaten solche unbedingte Geltung verschafft, wie in dem Junker- und Militärstaate Preußen. Da die größeren Einkommen von Jahr zu Jahr stärker zunehmen im Verhältnis zum Gesamteinkommen der Nation, muß natürlich auch von Jahr zu Jahr der Einfluß der Höherbesteuerten auf die Entscheidung der Abgeordnetenwahlen wachsen. Das wurde dann doch selbst der Regierung zu unbehaglich und den Parteien, die sich auf das Kleinbürgertum stützen, wie die Freisinnigen und das Zentrum.

In der letzten Session wurde der Versuch gemacht, der plutokratischen Verschiebung durch eine Abänderung des Gesetzes entgegenzuwirken. Wie dabei das Zentrum durch die Konservativen und Nationalliberalen über den Köpfel

barbiert wurde, so daß statt der geplanten Eintheilung der Wähler in drei Gruppen, die je $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{3}$ des Gesamtsteuerbetrages aufbringen, die alte gleichmäßige Drittelung von Neuem Gesetzeskraft erlangt hat, wurde von uns früher ausführlich klargestellt. Aber auch die bei der Drittelung vorgeschriebene Anrechnung nomineller Steuern für die jetzt steuerfreien Wähler hat einen so unmerklichen Einfluß auf die Abgrenzung der Klassen ausgeübt, daß dadurch nicht diejenige plutokratische Verschiebung der Wählergruppen weit gemacht worden ist, die durch die neuerdings vermittelst der Deklarationszweige bewirkte stärkere Heranziehung der großen Einkommen verursacht wurde.

Welche Ungerechtigkeit das preussische Wahlsystem in seinem Schooße birgt und wie sehr diese Ungerechtigkeit gegen früher, gegen die Wahl vom 30. Oktober 1888 zugenommen hat, tritt deutlich aus den jetzt veröffentlichten Wählerlisten für Berlin zu Tage. Rechnet man die sämtlichen vier Berliner Landtags-Wahlkreise zusammen, so werden in Berlin insgesammt bei den bevorstehenden Wahlen 5929 Urwähler der ersten Abtheilung gegen 5491 vom 30. Oktober 1888, 28 232 Wähler der zweiten Abtheilung gegen 23 784 und 313 286 Wähler der dritten Abtheilung gegen 264 103 gezählt. Während vor fünf Jahren schon auf 48 Wähler der dritten Abtheilung ein Wähler der ersten Abtheilung kam, hat jetzt ein Wähler der ersten Abtheilung durchschnittlich so viel Stimmrecht wie 53 Wähler der dritten Klasse.

Wenn wir uns den einzelnen Berliner Wahlkreisen zu, so ist zu bemerken, daß dieselben je 2 bis 3, insgesammt 9 Abgeordnete wählen. Die Eintheilung ist so vorgenommen, daß der Lauf der Spree die beiden nördlichen von den beiden südlichen Kreisen trennt. Zwischen dem 1., südwestlichen und dem 2., südöstlichen bildet etwa die Lindenstraße und dann die Schleiermacherstraße die Grenze, zwischen dem 3., nordwestlichen und dem 4., nordöstlichen bilden die Hamburgerstraße und dann die Prenzlauer Allee die Grenze. Die schlimmste Verschiebung der Wählermassen zu gunsten der Wohlhabenden hat in dem 1. Wahlkreise stattgefunden. Hier beträgt die Zahl der eingeschriebenen Wähler 68 072, gegen 64 078 bei den Urwahlen vom 30. Oktober 1888. Die Gesamtzahl ist mithin um rund 4000 gewachsen. Dagegen ist die Wählerzahl in der ersten Abtheilung von 2150 auf 1453, in der zweiten Abtheilung von 6756 auf 4972 gefallen, während die Zahl der stimmberechtigten Urwähler in der dritten Abtheilung von 55 173 auf 61 647 gestiegen ist. Während vor fünf Jahren schon auf 26 Wähler der dritten Abtheilung ein Wähler der ersten Abtheilung kam, hat jetzt ein Wähler der ersten Abtheilung so viel Stimmrecht wie 43 Wähler der dritten Abtheilung.

Die Bevorrechtung der Reichen auf Kosten der Armen tritt auch in den drei übrigen Wahlkreisen zu Tage. Im zweiten Wahlkreise betrug am 30. Oktober 1888 die Zahl der eingeschriebenen Wähler 70 789, jetzt 81 275; sie vertheilte sich damals mit 883 auf die erste, 4780 auf die zweite und 65 126 auf die dritte Abtheilung. Am

31. Oktober 1893 aber werden zur ersten Abtheilung 1323, zur zweiten 5900 und zur dritten 74 052 Wähler gehören. Während die erste Abtheilung um einige hundert Wähler gewachsen ist, zählt die dritte deren nahezu 9000 mehr als bei der früheren Wahl. Im dritten Wahlkreise liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Zahl der Gesamturwähler ist hier von 95 434 auf 126 355 gestiegen. Der Hauptantheil entfällt wiederum auf die dritte Abtheilung, deren Zahl von 86 184 auf 112 787 gewachsen ist, während sich die zweite Abtheilung von 7713 auf 11 561 und die erste von 1537 auf 2007 vermehrt hat. Der vierte Wahlkreis endlich zählt 71 745 stimmberechtigte Urwähler gegen 63 077 bei der vorigen Wahl. Die dritte Abtheilung ist von 57 621 auf 64 800, die zweite von 4535 auf 5799 und die erste von 921 auf 1146 gestiegen. Ueberall also ist vorwiegend eine Vermehrung der Wähler dritter Abtheilung eingetreten.

Der Widerspruch dieses ganzen Systems zeigt sich ferner noch besonders, wenn man die Klassenabgrenzung in den einzelnen Urwahlbezirken vergleicht. Während nämlich die Klasseneintheilung für den ganzen Wahlkreis vorgenommen wurde, geschieht sie jetzt für die einzelnen Urwahlbezirke, in denen die drei Klassen je ein bis zwei Wahlmänner zu wählen haben, geordnet. Da kommt es denn vor, daß in einem Bezirk jemand in die dritte Klasse gehört, der seinem Einkommen nach in einem anderen in der ersten Klasse wählen müßte. Häufig genug kommt es natürlich auch vor, daß in einem Wahlbezirk nur ein einziger Wähler ebensoviel Steuern zu zahlen hat, wie die ganze dritte Klasse und deshalb für sich allein die erste Klasse bildet. Dann hat er auf eigene Faust einen Wahlmann, oder gar deren zwei zu wählen.

Mit bedehender Entrüstung verzeichnen die freisinnigen Blätter allerhand solcher Wahlskurras. Selbst Geheimräthe müssen im Westen in der dritten Abtheilung wählen, während einer ihrer Untergebenen in einem entlegeneren Stadtviertel des Ostens vielleicht in der zweiten oder gar in der ersten Klasse wahlberechtigt ist. Schrecklich! Aber für uns doch höchst nebensächlich! Sobald einmal die großen Massen des arbeitenden Volkes durch die Eintheilung nach Vermögensklassen entrechtet sind, ist es gleichgültig für uns, ob die wenigen in den beiden oberen Klassen dominirenden Selbstgespröhen mit einem mehr oder minder starken Prozentsatz von Geheimräthen durchsetzt sind. Für uns ist das Dreiklassen-Wahlsystem, das 30 pCt. der Bevölkerung, die Wähler der dritten Klasse, durch 10 pCt. Bevorrechtete majorisirt, vollstündlich und gemeinschädlich an sich. Aber es bietet sich für uns auch jetzt wieder die Gelegenheit, laut und vernünftig Protest dagegen zu erheben, daß ein solches System noch länger dazu ausgebeutet werde, die wichtigen Volksinteressen, die der Kompetenz des preussischen Landtages unterstehen, dem Einfluß der großen Masse des Volkes in Preußen zu entziehen. Diesem System gegenüber können wir nur die eine Politik, nicht eher zu ruhen, als bis es vernichtet ist. Unsere belgischen und österreichischen Genossen haben bewiesen, welchen

Feuilleton.

142

Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

Schon hochgestimmt besuchte ich jetzt mit meinem begeisterten Freunde die Tempel. Diese Feierlichkeit des Gottesdienstes, die Stille, der liebliche Gesang, die schauernde Abndung, die über allen Geheimnissen schwebte, die sich hier in sichtlich Gegenwart den bedürftigen, schwachenden Sinnen darstellen wollten, entzückten mein Herz. Schon gewohnt, alles in der Natur als Räthsel, als verschlossenes Mysterium der Liebe anzusehen, erschien mir die Feier der Messe erhaben und göttlich, als Offenbarung und Kunstwerk, als Andeutung und Vollendung zugleich, und jedes gesprochene oder gesungene Wort, indem es in der ganzen Kraft seiner Bedeutsamkeit auf mich zutrat, schob einen Niesel von meinem Herzen zurück. Kunst und Natur verwandelten sich vor meinen Augen, das Element des Wassers ward verklärt, im Feuer, im Kerzenlicht der Kirche wie des Hauses sah und erkannte ich den ganzen Jubegriff des Naturgeheimnisses. Die Nächte wurden uns zu kurz, um uns alles, was sich in unserem Gemüthe aufthat, einander mittheilen zu können. Ein junger Abbé, ein sanfter, wundergläubiger Schwärmer, war oft der Dritte bei unseren Beratungen im Felde oder Zimmer, und seine Gelehrsamkeit, seine Belesenheit in alten Legenden und Geschichten der Kirche gab allen unseren geistigen

Ahnungen Körper und Gegenwart. Ja, mein Freund, diese wunderbare Rosenzeit meiner Jugend war wie das Hochzeitsfest meiner Seele, und Qualen, unnennbare, bereiteten sich schon in dieser Lust, um mich zu lehren, wie schwach, wie gebrechlich der Mensch sei und bleibe.

„Und dieser Abbé,“ rief Edmund, der die letzten Worte kaum gehört hatte, „wird Aubigny geheissen haben.“

„Richtig,“ erwiderte der Pfarrer mit großem Erstaunen, „es scheint ja, Sie kennen alle meine Jugendgepielen.“

„Durch den Parlamentsrath,“ antwortete Edmund, „der sich auch gern seiner Jugend erinnert. Aber fahren Sie, ich bitte, in Ihrer Geschichte fort. Ich fürchte, jener Laoste wird nicht den vierten Mann in Ihrem Collegio haben abgeben wollen.“

„Der Arme,“ sagte der Geistliche, „der schon so vertraulich mit uns geworden war, zog sich mit jedem Tage mehr von uns zurück, obgleich er das Haus der Eltern noch oft besuchte. Nahmen wir uns auch vor, milde zu sein, so erklärte uns doch sein Spott, und in seiner Kälte war er unangreifbar. Es war überhaupt nicht vorbestimmt, daß unsere Tage in Ruhe und ungetrübter Heiterkeit dahinfließen sollten.“

Eltern zusammen, die, wie es so oft geschieht, dem Sohne das ganze Vermögen zuzuwenden wollten, damit er in der Welt einen um so bedeutenderen Platz einnehmen könnte.

„Um ganz verwandelt zu werden, hatte meinem tief bewegten Gemüthe nur noch gefehlt, die Liebe kennen zu lernen. Euphemia und ich kamen uns näher, wir wurden so schnell miteinander vertraut, als wenn unser Wesen seit vielen Jahren nur auf diese Bekanntschaft gewartet hätte. Wir waren wie Bruder und Schwester, noch ehe wir uns nur über die Schnelligkeit dieses gegenseitigen Vertrauens hatten verwundern können. Bald waren wir einander unentbehrlich, sie konnte mir leichter und inniger alle ihre Gedanken und Gefühle sagen, als sie es gegen ihre Eltern vermochte, ja wie sie es selbst nicht zu ihren Freundinnen wagte. Mein Herz schwebte in der süßesten Ruhe; beim Ton ihrer Stimme, beim Blick ihres sanften Auges, wenn ich sie kommen hörte, wenn sie durch den Garten wandelt, ja wenn ich sie nur dachte, war mein Gemüthe wie in Seligkeit getaucht. Die reinen Geister schweben wohl so verklärt ihrer heiligen Bestimmung entgegen, aller Leidenschaft und Unruhe, allen heftigen Trieben so völlig entfremdet. Und doch wußte ich nicht, daß ich liebte. Ich hatte mir dies Wort noch nie in den Sinn kommen lassen.“

„Wir sprachen über das künftige Klosterleben, über die Heiligen und ihre Wunder, und Euphemia hatte an mir den gläubigsten Schüler. Sie liebte meiner Begeisterung ein ebenso aufmerksames Ohr, und Tage und Wochen vergingen im vergnüglichen Traum. Day Italien in der Welt sei, wohin ich eigentlich unterwegs war, hatte ich völlig vergessen.“

„Beauvais bezog ein Landhaus, das in der schönsten

wichtigen Eindruck selbst auf eine gegnerische Mehrheit und Regierung eine große Protestbewegung der Arbeiterschaft zu erzielen vermag. Also fort mit dem elendsten aller Wahlsysteme aus unserem öffentlichen Leben!

Die Militär-Untersuchungshaft Dr. Gradnauer's.

Wie wir schon kurz gemeldet haben, ist der Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Dr. Gradnauer, am 20. Oktober, Abends, und zwar als er sich eben in eine öffentliche Versammlung begeben wollte, auf Antrag des Dresdener Divisionsgerichts auf der Straße verhaftet, in Militärkleidung gefesselt und ins Militärgefängnis gebracht worden, wo er sich noch gegenwärtig befindet. Am Sonnabend Mittag, als seine Kollegen noch keine Kenntnis von dem Grunde des Ausbleibens Gradnauer's in der Redaktion hatten, wurde von Kriminalpolizei-Beamten in der Redaktion und in der Wohnung Gradnauer's gehäusucht — erfolglos — und uns hierbei auf die Frage nach dem Verbleiben Dr. Gradnauer's dessen Ablieferung ans Militärgericht mitgeteilt.

Gradnauer ist Rekrut, ist vor vier Wochen bereits aus der achtwöchentlichen Uebung wieder entlassen und hat sich mit besonderer Auszeichnung in der Uebung geführt. Alle Welt befürchtet uns mit der Frage: Wie kann das Militärgericht einen Zivilisten nach Absolvierung seines Dienstes noch einstecken und gegen ihn prozessieren?

Die Dresdener Genossen haben sich beim Militärgericht erkundigt, welcherlei Anschuldigung gegen Gradnauer vorliegt. Aber ihrem Rechtsanwalte ist jede Auskunft verweigert worden, trotz des Hinweises darauf, daß vermuthlich Gradnauer mangels Kenntnis der einschlagenden Bestimmungen der Militär-Prozessordnung gar nicht in der Lage ist, mit Beschwerden sich gegen die militärgerichtliche Verhaftung und Prozessierung selbst zu wehren.

Dieser Fall von Militärjustiz gegen einen Zivilisten wird uns so bedenklicher, wenn man erwägt, daß nach den Bestimmungen der jetzt geltenden (Preussischen) Militärgerichts-Ordnung der Angebeschuldigte sich nur durch eine Militärperson verteidigen lassen kann, und auch durch eine solche nur dann, wenn ihm mehr als 10 Jahre Strafe oder Tod droht! (§ 117.) Allerdings sind die Strafdrohungen des Militärstrafgesetzbuches so drakonisch und so dehnbar abgefaßt, daß es einem sozialdemokratischen Wehrpflichtigen leicht passieren kann, Anklage mit Aussicht auf so hohe Strafen zu erhalten. Zum Beispiel droht § 100 des Militärstrafgesetzbuches im Falle der „Auswiegung“ („wer mehrere Personen des Soldatenstandes bloß anreizt, gemeinschaftlich dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern“) Gefängnis von mindestens 5 bis zu 15 Jahren an, ohne Rücksicht darauf, ob ein Erfolg eingetreten ist.

Manche Genossen haben gemeint, gegen Gradnauer sei Verdacht eines ähnlichen Vergehens entstanden, daß er während seiner Uebungszeit begangen haben sollte. Allein, wenn nicht die Militärbehörde etwa das Geseh anders auslegen sollte, so ist eine solche Annahme durch die Bestimmungen der Militärgerichts-Ordnung ausgeschlossen. Nach denselben (§ 6 regelt die Zulässigkeit militärischer Untersuchungen gegen Beurlaubte) kommen nur folgende Fälle in Betracht: 1. Ungehorsam gegen Befehle, die Beurlaubten außer Dienst erteilt werden dürfen; 2. Desertion; 3. wenn Beurlaubte sich ganz bestimmte Vergehen anher Dienst in Uniform zu schulden kommen lassen; 4. Insubordination bei Besuchen und Beschwerden in militärischen Dienstorten; 5. Quelle beurlaubter Landwehroffiziere. Und auch die sonst einschlagenden Militärgesetze sprechen theils nur von Vergehen Beurlaubter, die sie sich außer Dienst in Uniform zu schulden kommen lassen, theils von Dingen, die bei Dr. Gradnauer nicht vorkommen konnten. Gradnauer war aber selbstverständlich froh, den Dienst nach Ableistung seines Uebungsdienstes wieder anzusehen zu können und hat seitdem ihn nicht wieder getragen.

Dagegen giebt es in der Militär-Gerichtsordnung wohl

Bestimmungen, die es erlauben, Beurlaubte militärgerichtlich zu verfolgen wegen Vergehen, die vor dem Uebertritt in den Beurlaubtenstand begangen sind. (§§ 14 u. 15.) Nicht aber giebt es eine ähnliche Bestimmung, die erlaubt, Dienstvergehen eines Beurlaubten zu verfolgen, die er als zum Dienst eingezogener Beurlaubter begangen haben soll. Vielmehr ist in § 7 der Militär-Gerichts-Ordnung ausdrücklich der Militärgerichtsstand der Beurlaubten beschränkt auf die Zeit „während der Einberufung zu dienstlichen Zwecken“; und ausdrücklich ist ferner gesagt, daß „dieser Gerichtsstand mit dem Ablauf des Tages der Wiederentlassung aufhört.“

Siehe auch bei Gradnauer's militärischer Abführung, wenn nicht die Militärbehörde das Geseh ganz anders auslegt, vernünftigerweise nur die Erklärung übrig, daß die Militärbehörde irrtümlich ihre Zuständigkeit gegen den Beurlaubten Gradnauer angenommen hat wegen eines angeblichen Dienstvergehens Gradnauer's während seiner Uebungszeit.

Wir hoffen daher auf eine baldige Aufklärung, wenigstens über die erste Voransetzung des militärischen Verfahrens gegen den Zivilisten Gradnauer: den Grund seiner militärischen Verhaftung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Oktober.

Die „Norddeutsche“ und unser Parteitag. Das Organ des Reichskanzlers bedauert sehr, daß die bürgerliche Presse von unserem Parteitag so ausführlich berichtet, als handle es sich um das wichtigste kulturhistorische Ereigniß. Steber wäre ihr, man schwicke die Sozialdemokratie, da sie sich nicht todtschlagen läßt. Aber auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kann nicht umhin, von ihrem Prinzip abzuweichen, und für uns „umfangreiche Gratisreklame“ zu machen, sie bringt über den Parteitag einen Leitartikel im Abendblatt, nachdem sie im Morgenblatt über die Sozialdemokratie einen leitenden Artikel gebracht hat. Sie schweigt uns demnach auch nicht tot, dafür verleiht sie nach alten Noten, indem sie die abgelagertesten Verleumdungen über unsere Partei bringt, sie trompetet wieder in die Welt, daß die Sozialdemokratie die Erfindung einiger gelbsüchtiger Leute sei, welche sich auf Kosten der Massen bereichern wollen. Dies dumme Zeug widerlegt sich schon durch den Umstand, daß das leitende Blatt der Partei es seinen Lesern zur Erweiterung vorsetzt.

Aus dem Leitartikel des Morgenblattes, der sich auf die Autorität eines Jules Simon beruft, heben wir bloß den von bodenloser Unwissenheit zengenden Satz hervor: „Die Sozialdemokratie ist demnach reiner und absoluter Anarchismus.“ Wer die Sozialdemokratie so wenig kennt, wird nur Mißerfolge bei ihrer Bekämpfung erleben.

Die Konferenz der Finanzminister über die Frage der Weinsteuern hat, wie die „Kreuz-Zeitung“ erfährt, gestern eingetretend berathen, aber noch keinen Abschluß gefunden. Die Schwierigkeit der Materie hat auch diese Berathung beeinflusst und die Einigung noch hinausgeschoben. Die Berathungen sind heute Mittag fortgesetzt worden. Man hofft, daß heute ein befriedigendes Endergebnis erzielt werden wird. Es wird an der Absicht festgehalten, sowohl das Weinsteuergesetz als auch das Tabaksteuergesetz dem Reichstag sofort beim Zusammentritt zugehen zu lassen.

Gegen die Tabak-Fabrikationssteuer liegt folgende neue Resolution aus Fabrikantenkreisen vor:

„Die am 22. Oktober 1893 in Kassel versammelten Tabak- und Zigarrenfabrikanten der Provinz Hessen-Nassau und umliegenden Bezirke erklären die beabsichtigte Zaturerwerbssteuer, wie überhaupt eine Fabrikationssteuer auf Tabak und andere Mehrbelastung desselben für undurchführbar ohne schwere Schädigung der Tabakindustrie und zwar aller Zweige derselben, namentlich auch der Rauchtabakfabrikation.“

Die geplante Steuermaßnahme würde eine starke Mehrbelastung des Konsums und damit erfahrungsgemäß großen Widerstand an Tabakfabrikanten zur Folge haben und dieser, im Verein mit sonstigen, durch die Neuerung unaus-

bleiblich veranlassenden Störungen der Fabrikation eine stark-Einschränkung derselben und zwar in allen Branchen der Tabakindustrie herbeiführen. Dies wäre aber unermesslich verknüpft mit dem Ruin zahlreicher kleinerer und weniger kapitalstärkter Unternehmen, mit Arbeiter-Massenentlassungen, nicht nur in den Tabak- und Zigarrenfabriken, sondern auch in den vielen Hilfsberufen der Tabakindustrie und dadurch bedingter Brotlosigkeit vieler Tausender von Familien.“

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die künftige preussische Regierung im Bundesrath ihren Einfluß dahin geltend macht, daß von der geplanten Tabak-Fabrikationssteuer wie überhaupt jeder Mehrbelastung des Tabaks Abstand genommen, vielmehr die Aufbringung der erforderlichen Mehreinnahmen des Reichs durch eine stärkere Heranziehung der wohlhabenderen Bevölkerungskreise herbeigeführt werde.“

Zur Tabak-Fabrikationssteuer meldet der „Badische Landesbote“, daß soweit bis jetzt bekannt sei, im Heidelberg und Schwetzingen Bezirk die Petition gegen die Steuer, welche dem Reichstage unterbreitet werden soll, schon 10 668 Unterschriften gefunden hat, und zwar in Heidelberg 99, Kirchheim 128, Mohrbach 314, Leimen 497, Hockenheim 974, Reilingen 371, Sandhofen 773, St. Ilgen 174, Waldorf 840, Roth 395, St. Leon 354, Waldangeloch 192, Mischfeld 173, Eichelbach 175, Wühlhagen 557, Ringolsheim 105, Malisch 514, Malschenberg 272, Rettigheim 226, Thaimbach 152, Rauenberg 325, Diebheim 630, Baiertal 551, Schattenhausen 26, Al-Biesloch 159, Biesloch 174, Rupploch 998. — Wird alles nichts helfen! Die Steuer kommt doch, und wenn Hunderttausende von Existenzen dadurch vernichtet werden! Moloeh Militarismus braucht Geld und die nationalliberalen und agrarischen Reichstags-Abgeordneten werden die Steuer bewilligen. —

Keine Aufbesserung der Beamtengehälter. Von den Offizieren des Herrn Miquel wird in den Berliner Politischen Nachrichten“ mitgeteilt, daß der Finanzminister alle Vorschläge für den nächsten Etat abgelehnt, welche direkt oder indirekt auf Verbesserung des Dienstverdiensts von Beamtenstellen abzielen, ohne daß deren Gehaltskreis sich ändert. Ferner sei die Errichtung neuer etatsmäßiger Stellen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Ebenso erscheine jede Verstärkung von Remunerationen aus Dispositionsfonds ausgeschlossen. —

Eine lex Kirchhof steht nun als Seitenstück zur lex Heinze sicher in Aussicht. Zwar verschämt noch, aber unabweisbar reden die offiziellen Blätter erneuten Preisbeschränkungen das Wort. Es heißt sogar schon, daß eine Gesetzesvorlage „mit der äußersten Sorgfalt“ ausgearbeitet werde, um sie sicher durch den Reichstag bugsiert zu können. Weshalb auch nicht? Die Reaktion weiß aus allen Blättern Honig zu saugen. Ob ein Zuhälter einen Nachtwächter ernordet oder ein General einen Nordverluch auf einen Journalisten macht — vor allem muß die Presse geschubriegelt, das Recht der freien Meinungsäußerung noch mehr beschränkt werden. Wundern soll's uns nur, wie scharf dem deutschen Michel der Mundnebel angezogen werden darf, ehe er anfängt, zu trampeln. —

Die Militärstrafprozessordnung mit ihrem geheimen Verfahren dürfte uns noch recht lange erhalten werden.

Der neue Kriegsminister General Bronckart v. Schellendorff hat sich nämlich, wie die „Saale-Ztg.“ hört, bei einer seiner Besuche vorangegangenen Verständigung mit dem Reichskanzler als unbedingter Anhänger des heutigen Militärstrafprozess-Verfahrens und entschiedener Gegner namentlich der Einführung der Öffentlichkeit bezeichnet.

Es bleibt demnach alles beim alten. —

Zur Handwerkerfrage. Der Verbandstag bayerischer Gewerbevereinigungen sprach sich einstimmig gegen die Verlesch'schen Vorschläge über die Handwerksorganisation aus und schlug fakultative Lehrlingsprüfungen vor. —

Der Bruderzwist in der freisinnigen Partei ist wieder hell emporgeglüht, seitdem die Herren von der „Volkspartei“ und von der „Vereinigung“ sich zu rüsten haben für die preussischen Landtagswahlen. Zwar hat Theodor Barth, einst der gefährlichste Nebenbuhler Eugen Richter's, des Muthes besseren Theil erwählt und ist zu Schiff nach Amerika, aber Ricker und Hinz, Mommsen der Jüngere pochen an die Thore der Berliner Bezirksvereine, um Einlaß zu verlangen für die Kandidaten

Gegend lag. Ich folgte der Familie, und auch meine angebetete Euphemia begleitete ihre Freunde, denn die Mutter so wohl wie die künftige Frau des Sohnes verehrten das wunderbare Mädchen. Welche sonderbaren Gespräche und Herzergießungen! Die Erde und unsere Umgebung, alles, was wir wirklich nennen müssen, veränderte uns völlig, und wie in einer paradiesischen Anschuld wiegte sich unser Geist, ohne Bedürfnis, aber von der innigsten, seligsten Liebe durchdrungen, wir verstanden uns ohne Worte, und wie alles Irdische dahin war, so regte sich auch kein Gefühl von Eifersucht, Argwohn oder Mißtrauen in unserer Seele.

Die Legenden, von denen viele einen himmlischen Geist der Umgebung in den geheimnißvollen Willen des Höchsten, ein Verschwinden, ja fast Selbstvernichten in inbrünstiger Liebe zu Christus aussprechen, ein tiefes, stehendes Mitleid in der liebenden Verehrung, diese vorzüglich waren es, die unsere trankene Begeisterung erweckten und nährten. Manche dieser Erzählungen sind widerlich und jenem Gefühl entgegen, diese umgeben wir mit künstlichen und wihigen Anlegungen, um ihnen einen milderen Sinn unterzulegen. Aber das Schönste, was uns die Sage von dieser Art aufbewahrt hat, ist es doch auch zugleich, was von dem unerweckten Menscheninn am meisten mißkannt, von dem Weltverstande immer lächerlich und ansüßig gefunden wird. Das Leben und die Geschichte der alten Einsiedler, mag manches auch spätere Erfindung sein, sind dem Geiste, der einmal vom Göttlichen bewegt ist, ein ehrendes Wunder. Was soll ich von der Sinnesweise des heiligen Franziskus, von seiner Feuerliebe und den Erscheinungen sagen, die diesem ganz in Demuth, Erbarmen und Inbrunst aufgelihten Herzen aufgingen und gegenwärtig wurden? Nur wer den Glanz der Welt, die eigene übermüthige Kraft einmal recht erkannt hat, versteht wohl dieses Gemüth. Ist lassen wir auch das Evangelium, und dann besiel ein Jütkern, wie man an vielen Schwärmern es gesehen hat, vorzüglich in der Einsamkeit meinen ganzen Körper, denn Ehen und Scham hielten mich in der Gesellschaft zurück, meine Thränen und meine tiefe Erschütterung bemerkten zu lassen. So verließ ich auch

Euphemien an einem Morgen, einige Kapitel der Heiligen Schrift waren eben beschlossen worden. In der einsamsten Gegend des Gartens warf ich mich nieder, um meinen stürzenden Thränen ihren freien Lauf zu lassen. Die ganze Welt erbarmte mich, ich empfand eine solche Ueberfülle von Liebe in meinem drängenden Herzen, daß es fast in sich selbst aus Wonne zerbrach; ich las im Lukas noch einmal die Stelle, wie Christus der armen Wittve und der Reiche ihres Sohnes begegnet und mittheilend den Jüngling vom Tode erweckt. Worte giebt es nicht, meinen Zustand zu bezeichnen. Da kam der alte Beauvais mit einem Gefolge von Dienern von der Jagd zurück. Er mochte sich verwundern, mich in diesem Zustande zu finden, ging aber mit einem stummen Grusse vorüber. Ich war aufgestanden, und wie eine ungeheure Gewalt ergriff es mich jetzt. „Ja“, sprach ich zu mir selbst, „so wie du hat noch kein Mensch geliebt; der Geist Gottes, des Vaters selbst, ist es, der sich in dir regt, alles zu beglücken, zu lieben, zu bemitleiden; in diesem, diesem hohen Momente fühl' ich es als ewige Wahrheit, ich selbst, ich bin der Sohn, der Gott vom Gott, — und was hindert mich, diese Bäume, diese Steine hier mit dem Worte des Lebens zu berühren, daß sie in eine andere Gestalt übergehen und meine Macht beurkunden? Soll ich den Engeln, die mich umschweben, winken, daß sie sichtbar zu meinen Diensten herantreten? — Ja, es sei versucht, gewagt — —“ Da überfiel mich Jütkern und Angst, ich stockte, und in Verwirrung, in zerknirschter Demuth stürzte ich vor meinen Schöpfer hin, in mir selbst zerbrach ich, der ich nun meinen teuflischen Hochmuth gesehen, der aus der lautern Demuth und Liebe emporgestiegen war; den fürchterlichsten Abfall von Gott hatte ich erlebt in demselben Augenblicke, da ich mich ihm mit allen meinen Kräften am allernächsten fühlte.

Dieser Moment, in welchem mein Geist an dem Abgrund des Wahnsinns und der Raserei schwindelte, ist mir seitdem immer als der gräßlichste meines Lebens erschienen. Ich verstand mich nun und die menschliche Natur sowie die Gefahr der begeisterten Liebesentzündungen. Hätte ich doch die Brücke selbst betreten, über welche alle Schwärmer gegangen sind, den schmalen Steig (noch glänzend immer,

obgleich die Hölle schon unter ihm liegt) zwischen Tugend und Laster, zwischen Weisheit und Uebermuth, der aus der Liebe und Freundlichkeit zu Haß und Mord führt, und ich hatte nun erfahren, welch unseliger Geist die Wiberländer und Adamiten erregte und vielleicht jetzt in manchen Herzen der Empörer glüht und wüthet. Ach! mein Sohn, der Mensch ist ein höchst armes, gebrechliches Wesen, und je mehr ihm verliehen ist, je mehr hat er zu verantworten, je heller sich der Liebesgeist in ihm entzündet, je dunkler brennt auch das Verworfenste in ihm; seine Gaben, vom Himmel ihm gegönnt, können seine bösen Feinde werden, und keiner steht so fest, daß er nicht fallen könnte. Das hatten mir meine Legenden schon gelehrt, aber ich mußte es erst selbst in diesem schlimmen Sturze erleben.“

„Also doch Hölle und Teufel?“ rief Edmund nach einer langen Pause. „So milde Sie früher sprachen und urtheilen, so folgt denn die priesterliche Verdammung doch am Ende, O Du armer Cavalier und Marion! und ihr unglückseligen Kinder, denen der Satan selbst den Namen des Herrn und die Erweckung zur Buße auf die stammelnden Zungen legt.“

„Wie sollen wir denn,“ sagte der Alte mild, „das nennen, was Gott unmittelbar entgegenwirkt? Wir brauchen ja die Greuelgestalt nicht, die die Verkehrtheit ihm eronnen hat, um ihn persönlich darzustellen; wir haben ja nicht nöthig, ihm jene ungeheuren Kräfte zuzuschreiben, die die Wundermacht ziemlich märchenhaft erfunden hat; aber um so schlimmer für uns, je schwächer, je ohnmächtiger er an sich selbst ist: wie schwach sind wir dann, uns von diesem Schatten, diesem Ungrund, der Unkraft, dem Nichts so schmächtig besiegen zu lassen? Wie unsere Priester jene Eingebungen schmählen, lästern und teuflisch schildern mögen, weiß ich nicht, aber mir genügt, daß ich an mir erfahren habe, daß es eine solche Bewegung aller Kräfte in uns in göttlicher Liebe geben kann, die denn doch nicht von Gott, sondern von seinem verächtlichen Widersacher herrührt, den wir nur deswegen fürchten müssen, weil wir, das Ebenbild Gottes, durch unsere Schuld doch nur Schatten gleichsam von Schatten sind.“

(Fortsetzung folgt.)

der freisinnigen Vereinigung. Das hat natürlich den ganzen Grimm Eugen Richters erregt. Auf die Agitation im Lande hat er verzichtet, um sich ganz den Berlinern widmen zu können. Bis jetzt indes sind die Vereinigungsmänner noch nicht zum Schweigen gebracht. Sie wollen mit den Brüdern von der Volkspartei zusammengehen, wenn diese ihnen einige Wahlzettel in Berlin einräumen, die Volksparteier indes verweisen sich auf ihre große Mehrheit und die demokratischen Traditionen Berlins und wollen keinen Sitz herausdrücken, nicht einmal den, der bisher durch Herrn Alexander Meyer geziert wurde. Wollen die Vereinigungsmänner irgend einen Erfolg haben in Berlin, so werden sie schließlich noch gemeinschaftlich mit den Nationalliberalen vorgehen müssen, und damit wären sie an ihrem Ausgangspunkte angelangt; der Kreis der Entwicklung wäre geschlossen. —

Die Reichstags-Abgeordneten aus Elsass-Lothringen hatten wieder mannigfache Formen des Protestes gegen die Angliederung an das Deutsche Reich, besuchten den Reichstag in der Regel das, wenn ihre Landesinteressen in Spiel kamen und schlossen sich den „altdeutschen“ Parteien nicht an. Seit 1890 aber gehören Abgeordnete der Reichslande der nationalliberalen, freikonserwativen und sozialdemokratischen Parteien an. Unter den übrig gebliebenen „Elässern“ scheint sich nun eine Spaltung vorzubereiten, welche veranlaßt wird durch die aufgeworfene Frage, ob sie sich der Zentrumsparthei anschließen sollen oder nicht.

Kürzlich trat nämlich das „Vollkblatt“, das Organ des oberelsässischen Klerus, gegen den Eintritt in jene Fraktion auf, die den Elsass-Lothringern doch nur wenig nützen könne; die elssässische Gruppe dürfe sich nicht mit dem Zentrum verschmelzen, sondern müsse ihre Selbständigkeit bewahren, und zwar so lange, bis alle Ausnahmegeetze im Reichslande beseitigt sein werden. Demgegenüber hebt der „Elässer“, das Blatt des Straßburger Geistlichen Dr. Müller-Simonis, hervor, von einer eigentlichen elssässischen Partei könne jetzt schon nicht mehr die Rede sein, da bereits mehr als ein Drittel der elssäss-Lothringischen Abgeordneten sich verschiedenen Fraktionen angeschlossen habe. Wenn die liberalen Abgeordneten, die für sich keine Anträge stellen können, nicht diesem Beispiel folgen, so laufen sie Gefahr, daß sie als Protestler angesehen werden und daß das Zentrum sein bisheriges Interesse an den reichsländischen Angelegenheiten verliert. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, welchen Verlauf die Angelegenheit in der nächsten Session des Reichstags nehmen wird.

Das Interesse an dieser Frage kann nicht groß sein, weil die ultramontanen Elässler den Krebsgang geben, da die Sozialdemokratie immer größere Fortschritte in den Reichslanden macht und begründete Aussicht hat, schon bei den nächsten Wahlen einen großen Theil Elsass-Lothringens zu erobern. —

Herr Richter flunkert weiter. Nachdem alle bisherigen Meldungen der „Freisinnigen Zeitung“ von beabsichtigter Beteiligung von Sozialdemokraten an den Landtagswahlen als unrichtig herausstellten, weiß heute das freisinnige Blatt aus Breslau zu melden, daß dort Sozialdemokraten die Freisinnigen bei den Landtagswahlen unterstützen wollen. So weit wir die Breslauer Parteiverhältnisse kennen, ist davon sicherlich keine Rede, wenn auch der eine oder andere Sozialdemokrat eine dahin lautende Aeußerung gethan haben mag. —

Herr Stöcker, der Begründer der christlich-sozialen „Arbeiterpartei“, hat sich auf der brandenburgischen Synode gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt. So lange er von politisch zurückgebliebenen Wählermassen in den Reichstag entsendet wurde, hatte er am Wahlrecht nichts auszuweisen. Nun aber der Reichstag Stöckerlos ist, ist Stöcker ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Herr Stöcker ist politisch abgethan, er kann sich daher solche Scherze ohne weitere Gefahr leisten. —

Aus der bayerischen Kammer. Wolffs Bureau telegraphirt aus München:

Die Kammer der Abgeordneten genehmigte nach kurzer Debatte die Regierungsvorlage betreffend die gegen den Futternotstand zu ergreifenden Maßregeln. Alsdann begründete der Abgeordnete Jäger die Anträge des Zentrums betreffend die Agrarreform. Der Abgeordnete von Vollmar motivierte die sozialistischen Abänderungsanträge betreffend die bäuerlichen Realcredits und der progressiven Einkommensteuer. Der Abgeordnete Freiherr von Stauffenberg stimmte der Steuerreform zu und bestritt die Schilderungen Jägers von dem Nothstand im Volke. Der Finanzminister hob hervor, daß die Einklagen in die Sparkassen in den letzten Jahren angewachsen seien, daß die Zahl der Substantionen von Steuern zu Jahre erheblich zurückginge und die Rückstände an Steuern und Zinsen sehr geringfügig blieben. Der Minister des Innern erklärte die Schilderungen von dem Nothstand für übertrieben; man solle doch dafür sorgen, daß die bayerischen Verhältnisse nicht dem inländischen Pessimismus gegenüber vom Auslande allein gelobt würden. Morgen wird die Debatte fortgesetzt. —

Das amtliche Resultat der Mannheimer Landtagswahl liegt endlich vor. Nach der bürgermeisterrathlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat die Sozialdemokratie 198, die nationalliberale Partei 197 Wahlmänner, wobei der in Konkurs gerathene Wahlmann noch mit aufgeführt ist, so daß sich das Endresultat auf 199 für die Sozialdemokratie, 196 für die Nationalliberalen stellen dürfte. Demnach dürften dem badiischen Landtage in der nächsten Sitzungsperiode vier sozialdemokratische Abgeordnete angehören, so daß sich die Zahl unserer Vertreter verdoppelt hätte. —

Zur Lage in Oesterreich. Aus Wien wird telegraphirt:

Die Situation bezüglich der inneren Politik ist auf das Allerhöchste gespannt. Die Entscheidung kann in jedem Augenblick fallen. Man ist der Ansicht, daß die Regierung bezüglich ihrer Anträge die Majorität gegen sich haben wird und daß allernächste in dieser Woche die Auflösung des Parlaments erfolgen dürfte.

Nach anderen Meldungen wird die liberale Partei, um sich der Krone gefällig zu zeigen, das neue Landwehr-Gesetz bewilligen, obgleich dasselbe große Lasten dem Volke aufbürdet und die Rechte des Parlaments beschränkt. Das Parlament soll nämlich auf die Bestimmung verzichten, wonach die Verwändung der Landwehr außerhalb der Landesgrenzen von der parlamentarischen Genehmigung abhängt. Die neue Gesellschaft, die in Oesterreich sich liberal nennt, will dies bewilligen. Bis dahin gewinnt Lauffe Zeit und lauft sich

vielleicht noch Voten und Konserwativen und bringt dann die Ausnahmeverordnung und Wahlrechtsvorlage durch. Sein oft bemerkes taktisches Geschick in der Behandlung parlamentarischer Parteien wird ihm vielleicht auch diesmal aus der verwickelten Situation heraushelfen. —

Die Verhandlungen der Wahlrechtsvorlage. Aus Wien wird telegraphirt:

Bei der heute fortgesetzten ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage trat der Abg. Kronawetter für die Regierungsvorlage ein und bekämpfte die Wirksamkeit der Klubs, welche den parlamentarischen schädliche. Kronawetter nennt die gegenwärtige Koalition Plener-Hohenwort-Zaworski einen neuen Dreikönig.

Graf Hohenwort erklärte in der heutigen Reichsraths-Sitzung, daß seine Partei die Wahlrechtsvorlage unter keinen Umständen akzeptiren könne, selbst die geistige Erklärung des Grafen Zaafse über keinen Einfluss auf deren Veranlassung. Die Regierung habe sich die Erfolge der von ihr veranlassenen Bewegung selbst zu konzediren. —

Friedensbureau in Bern. Die schweizerischen Friedensvereine richteten, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Bern telegraphirt wird, eine 54000 Unterschriften tragende Petition an die Bundesversammlung, worin sie verlangen, daß der schweizerischen Delegation an der interparlamentarischen Friedenskonferenz ein offizieller Charakter verliehen werde und daß ein internationaler Friedensbureau in Bern ein Bundesbeitrag verabsolgt werde. —

Irische Taktik. Es ist das eifrigste Bestreben des liberalen englischen Ministeriums, die Herbstsession des Parlaments ausschließlich der Beratung britischer Gesetzentwürfe und Maßregeln besonders zur Förderung der Arbeiterinteressen zu widmen, um vor der bevorstehenden Auflösung des Unterhauses die reformeifrigen Anhänger der Partei an deren Fahnen zu fetten. Irische Angelegenheiten sollten möglichst ganz aus dem Spiele bleiben, da die Engländer mit der Durchberatung der Homerule-Bill denn doch zu sehr überfüllt worden waren, um nicht Ueberdruß an allem Irischen zu empfinden. Man gab sich der Hoffnung hin, daß die Irländer selbst ein solcher Beschränkung im Interesse der gemeinschaftlich mit den englischen Liberalen zu erkämpfenden Ziele fügen würden. Das wäre vielleicht auch geschehen, wenn nicht die irische Homerule-Partei seit dem Parnell-Skandal in zwei sich feindende Gruppen gespalten wäre. Da prinzipielle Gegensätze die Parnelliten von den Antiparnelliten nicht trennen, müssen sie versuchen durch irgend welche taktische Maßregeln sich gegenseitig den Wind der Volksgunst aus den Segeln zu nehmen. Nachdem deshalb die Antiparnelliten sich für den Gladstone'schen Plan erklärt haben, kommen die Parnelliten mit einem Schachzug, der die Regierung nöthigen soll, in der nächsten Session doch wieder irische Angelegenheiten in Angriff zu nehmen. Ihr Führer John Redmond hielt vorgestern in Cork eine Rede, in welcher er erklärte, daß seine Partei, wenn die Frage der ermittelten Richter nicht in der diesjährigen Herbstsession und die Homerule-Frage nicht im Jahre 1894 geregelt würden, der Regierung die bisher gewährte Unterstützung entziehen und bei der ersten Gelegenheit gegen sie stimmen werde. Bei der geringen Mehrheit von etwa 40 Stimmen, über die die Regierung im Unterhause verfügt, kann das Abschwenken der kleinen parnellistischen Gruppe von 10 Mann immerhin die Regierung der Gefahr einer gelegentlichen Abstimmungsniederlage näher bringen. Die Konserwativen werden dem eifrigen John Redmond wohl demnächst eine Dankadresse widmen. —

Vom englischen Kohlengräber-Streik. Da der erste bürgermeisterliche Vermittlungsversuch bisher nur schwache Wirkung ausgeübt hat, soll ein neuer inznent werden. Gestern traten unter dem Vorsitze des Bürgermeisters von Sheffield in letzter Stadt die Bürgermeister der von dem Ausstand betroffenen Distrikte von neuem zusammen. Hernach wird abermals eine Konferenz zwischen den Vertretern der streitenden Parteien veranstaltet werden. —

Zum Kohlenstreik in England. „Sparsamkeit“ wird stets den Arbeitern empfohlen, gelingt ihnen aber nur schlecht: warum? ist bekannt. Die Sparsamkeit der englischen Behörden hat beim Kohlenstreik Schiffbruch erlitten. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Da infolge des Streiks die Preise der Schiffkohlen erheblich gestiegen waren, wurde den Kohlen-Vorrathsmagazinen der englischen Marine die Weisung zu Theil, mit dem Ankauf von Kohlen zurückzuhalten. Aber die Hoffnung der Marineverwaltung, daß die Kohlenpreise sinken würden, erwies sich als eitel. Dunkt! Nachdem die aus den Flottenübungen zurückgeführten Fahrzeuge acht Tage lang unthätig vor Anker lagen, sahen sich die Behörden denn doch gezwungen, Kohlen zu einem nunmehr noch weit beträchtlicheren Preise anzukaufen. Wieder ein Beweis, wie leicht die Grubenbesitzer nachgeben könnten, hoffentlich auch ein Beweis, daß sie bald nachgeben müssen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

Die Etatsberatungen in Dänemark sind in diesem Jahre stürmisch wie immer, seit das System Estrup's, des dänischen Bismarck existirt. Ueber die letzten Verhandlungen des Folkethingas (Abgeordnetenhaus) meldet eine Herald-Depesche das Folgende:

Bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für gegenwärtiges Jahr beizichnete Abgeordneter Christensen-Stadil (radikal) den Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfes durch die Regierung als eine Ripachtung des Thingses, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Uebergang zur zweiten Lesung müsse verzögert werden. Abg. N. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Verwerfung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe, sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle anderen Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister betheiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenlicher Abstimmung wurde der Uebergang des Gesetzes zur zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Verweisung an den Finanzausschuß beschloffen. —

einen Bericht, den die „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ vom verfloffenen Sonntag bringt.

Die Nichterfüllung der Formalitäten beim Druck des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes zur letzten Reichstagswahl beschäftigte am letzten Donnerstag die Rathsversammlung der Elssäss-Lothringischen Volkszeitung. Angeklagt waren der Herausgeber des „Mühlhauser Tagblattes“, Herr Buchdruckereibesitzer F. Brinkmann, und der Redakteur unseres Blattes, Herr J. Martin. Die Anklage bezichtigte Brinkmann 1. der Zuwiderhandlung gegen Artikel 17 des Gesetzes betreffend die „Freiheit“ der Presse vom 21. Oktober 1814 (Unterlassen der Angabe von Namen und Wohnung des Druckers bezugl. Angabe eines falschen Namens und einer falschen Wohnung), 2. der Zuwiderhandlung gegen Artikel 14 desselben Gesetzes (Nichtabgabe einer vorherigen Erklärung von der Absicht des Druckes und Nichtunterlegung der vorgeschriebenen Plichteremplare); Martin endlich war beschuldigt, gegen den Artikel 283 des französischen Strafgesetzbuches (wissenschaftliche Beiträge zu der Bekanntmachung oder Vertheilung einer Druckschrift, worin die Namen, das Gewerbe und der Wohnort des Verfassers oder des Druckers nicht wahrhaft angegeben sind) sich vergangen zu haben. Das Urtheil lautete, gemäß den Anträgen der Staatsanwaltschaft, aufzusammen 1800 M. Geldstrafe gegen Brinkmann und auf — 4 (Schreibe vier) Monate Gefängnis gegen Martin. Nur in einem Punkte widersprach das Gericht dem staatsanwaltschaftlichen Antrage: nämlich im Punkte der „sofortigen Verhaftung“ des Angeklagten Martin, bis von der Staatsanwaltschaft zu allem andern verlangt worden war unter dem Hinweis darauf, daß Martin, wenn das Gericht auf vier Monate erlenne, mit den schon früher gegen ihn erlassenen acht Monaten nun insgesammt zwölf Monate Gefängnis in Aussicht hätte, was ihn zur „Flucht“ bewegen könne. Der letzteren Annahme trat das Gericht nicht bei, was uns im Hinblick auf die sonstige Eintheilung zwischen staatsanwaltschaftlichem Antrag und Richterspruch einigermaßen in Verwunderung setzte.

Zum näheren Verständniß sei bemerkt, daß es nach dem in Elsass-Lothringen geltenden Pressgesetz in das Belieben der Verhöre gestellt ist, einem Zeitungsdrucker die Annahme von Abdrucken und andern Arbeiten für Privatien zu gestatten. Der Drucker der „Els.-Loth. Volks-Ztg.“ hatte diese Erlaubniß natürlich nicht und so mußte man sich denn wegen Herstellung des Flugblattes an einen anderen Druckerbesitzer wenden. Wie es möglich war, für ein Vergehen, das selbst an uns „Altdeutschen“, die wir unter preussischem Regiment und reichsdeutschem Pressgesetz doch gewiß nicht verurtheilt sind, nur verhältnismäßig geringfügig geahnt wird, eine so horrenden Strafe festzusetzen, das bleibt ein Geheimniß. Das in Elsass-Lothringen geltende Pressgesetz hat nämlich die jamose Bestimmung, daß über Vergehungen in Zeitungen nicht berichtet werden darf. In die Verurtheilung knüpft die „Elsass-Lothringische Volks-Zeitung“ folgende Bemerkung:

„Die „offenbare Absicht“ Martin's, das Pressgesetz zu umgehen, die ihm von einem servilen Blatt unterzogen wird, besteht darin, daß Martin sich dieselbe Freiheit der Voraussetzung erlaubte, die das Gericht sich am Donnerstag erlaubt hat. Wenn das Gericht dem Angeklagten Brinkmann gegenüber annahm, er hätte die ihm als Drucker vorgeschriebenen Formalitäten kennen und erfüllen müssen und man könne ihn deshalb nicht freisprechen wenn er glaubte, Martin würde diese Formalitäten erfüllen — wenn das Gericht sich auf diesen Standpunkt stellte und Brinkmann zu der gewiß nicht „milden“ Strafe von 1800 M. verurtheilte, warum durfte dann der Angeklagte Martin nicht ebenfalls annehmen, es sei Sache Brinkmann's, jene Formalitäten zu erfüllen? Schreibt das Gesetz dem Besteller vor, für die Erfüllung der Druckvorschriften zu sorgen, oder dem Drucker? Thatsächlich ist Martin wegen Mißthun an der Nichterfüllung von Vorschriften verurtheilt worden, die gesetzlich einem Anderen oblagen. Denn eine Theilnahme an der späteren Vertheilung des Wahlaufsatzes konnte ihm nicht nachgewiesen werden.“

Kommen wir nun zum zweiten Punkt. Wie schon erwähnt, erfolgte die Verurtheilung Martin's auf grund des Artikels 283 Code pénal. Der folgende Artikel (284) lautet: „Diese Bestimmung wird auf Strafen der einfachen Polizei beschränkt ... in Ansehung eines jeden, der den Drucker angiebt.“ Wenn der Drucker angegeben werden soll, wird nirgends gesagt, Martin hat nun, allerdings nachdem schon vorher der Drucker gerichtlich festgestellt worden war und Herr Brinkmann den Druck bereits eingestanden hatte, in der vorgestrigen Verhandlung „den Drucker angegeben“. Das Gericht aber nahm an, daß die Fassung: „sans connaître l'imprimeur“, wie es im französischen Originaltexte heißt, nur auf Denjenigen angewandt werden könne, der dem Gerichte den Drucker verräth bevor er denselben kennt (2), und wies demgemäß die Verurtheilung zu einfachen Polizeistrafen — 6 bis 10 Fr. — zurück.

Gegen diese Auslegung, sowie gegen die grundsätzliche Anwendung des Artikels 283 Code pénal wird von seiten Martin's Revision an das Reichsgericht eingelegt werden.

Todtenliste der Partei. In Krasnadt starb am 23. Oktober der Genosse Fr. Sauer im Alter von 35 Jahren. Die Parteigenossen bewahren ihm ein bleibendes Andenken.

Polizeistrafen, Gerichtliches etc. Gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. ist in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Volksstimme“ ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 320 M. für 16 Fälle „groben Unfugs“ (A 20 M.) ergangen, der durch Boykott-Erklärungen von Brauereien und Wirtschaften verübt sein soll. Genosse Schmidt hat gerichtliche Entscheidung angerufen.

Vom Schöffengericht Krasnadt wurde am 20. d. M. der Genosse R. Hägerich zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt, weil in einem von ihm verantworteten Wahlflugblatt ein politischer Gegner feige genannt war.

Eine Haussuchung mußte die Redaktion der Mannheimer „Volksstimme“ am Sonnabend Mittag über sich ergehen lassen. Es handelte sich um das Manuskript zu einem Artikel, der die Rede des Großherzogs bei seiner neulichen Anwesenheit in Weckarau bespricht. Dieser Artikel soll gegen die §§ 95 und 181 St.-G.-B. verstoßen. Das gleiche Loos betraf die Redaktion des „Wahlgau-Echo“. Es ist doch ein herrliches Ding um das Recht der freien Meinungsäußerung.

In einer zu Neumünster in Holstein abgehaltenen Versammlung soll der Maler Bloch aus einem Polizeibeamten beleidigt haben. Der Staatsanwalt beantragte in der in Neumünster am 18. Oktober stattgefundenen Schöffengerichtssitzung 10 Tage Gefängnis; das Gericht ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus und bestrafte Blochhaus mit einem Monat, ohne ihm die Unterzuchungshaft anzurechnen, in der er bisher wegen der Bagatelldelikte gehalten war. Zu erwähnen ist noch, daß der Verteidiger vorläufige Haftentlassung gegen Stellung von 200 M. Kaution beantragt hatte; der Gerichtshof verlangte jedoch 300 M. Kaution!

Briefkasten der Redaktion. Aug. Lange. Nach der Gesandten-Ordnung sind Dienstmädchen ihren sogenannten Herrschaften so ziemlich auf Gnade und Ungnade überantwortet und können von diesen auch „gezügelt“ werden.

Kahn, Nordhausen. Leider ist uns nichts von dem Empfang eines Briefes Ihrerseits bekannt.

Parteinachrichten.

Elsass-Lothringische Pressefreiheit. Napoleon der Dritte und seine Vorgänger haben in Frankreich zur Knebelung der Presse eine Reihe Gesetze erlassen, die von der französischen Republik allmählich längst beseitigt sind, vom preussischen Regiment in Elsass-Lothringen aber unentwegt aufrecht erhalten und selbstredend nach Kräften gegen die mächtig emporkommende Sozialdemokratie angewendet werden. Von der Pressefreiheit im Lande der wiedererwachten Brüder bekommt man einen Begriff durch

Briefkasten der Redaktion.

Aug. Lange. Nach der Gesandten-Ordnung sind Dienstmädchen ihren sogenannten Herrschaften so ziemlich auf Gnade und Ungnade überantwortet und können von diesen auch „gezügelt“ werden.

Kahn, Nordhausen. Leider ist uns nichts von dem Empfang eines Briefes Ihrerseits bekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 25. Oktober. **Opernhaus.** Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. **Schauspielhaus.** Der neue Herr. **Deutsches Theater.** Der Talisman. **Berliner Theater.** Chic. **Festung-Theater.** Rauerblümchen. **Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Freund Fellig. **Wallner-Theater.** Der Herrgott-Schnitzer. **Residenz-Theater.** System Ribadier. **Neues Theater.** Jugend. **Central-Theater.** Berliner Vollblut. **Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. **Viktorin-Theater.** Frau Venus. **Alexanderplatz-Theater.** Kean, oder Leidenschaft und Genie. **National-Theater.** Schwann auf der Weltausstellung in Chicago. **Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung. **Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. **Doppelvorstellung zu einst. Preisen.** Sensationelle Novität! **Schwann auf der Weltausstellung in Chicago.** Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Prudens. Kouplets v. Lindener. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Saml. **Vorher:** Die guten Flinten oder: Hirsch in der Kaufhalle. Poffe in 1 Akt von H. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Saml. **Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.** Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. **Morgen:** Dieselbe Vorstellung. **Sonntag, Mittags 12 Uhr:** Volksvorstellung-Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Crampeter von Säckingen.** Romantisches Zaubermärchen.

Wallner-Theater.

Gastspiel der **Schliersee'r Bauern.** Jägerblut. Wegen des großen Erfolges von Jägerblut wurde das Bauern-Gastspiel auf kurze Zeit verlängert.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. **Vorher:**

Die Bajazzi.

Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. **Anfang 7 1/2 Uhr.** **Morgen:** Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. **Vorläufige Sonntags-Aufführung.** **Berliner Vollblut.** Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten. In 3. Akte: **Bajazzi-Parodie,** vorgelesen von Josephine Dora und Herrn Carl Meissner. **Anfang: 7 1/2 Uhr.** **Morgen: Berliner Vollblut.**

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu! **Die Gründung Roms** in der Wäckerstraße, oder: **Die Rache** des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ull! Humor! **Auftr. sämtl. Spezialitäten.** Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Elysium.

Landsberger Allee Nr. 40-41. **Sonntag, den 26. November** (Totenfeier) ist an Vereine zu Festlichkeiten zu vergeben. 2605b* **Ein Vereinszimmer** für 50 Personen ist noch zu vergeben. Wienerstr. 31 bei Schröder. 2602b

Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachfiguren und Gruppen. Maschinen. Zergarten. Schredenkammer.



Passage-Panopticum.

Soeben aus Chicago eingetroffen: **Der blaue Mann.** **Die Affendame.** 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. **Viel Neues,** darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, **fünf Körper** gehend durch Gedrüsen von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. **Dienstag u. Freitag: Damentag.** Entree 50 Pfg.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. **Täglich: Gross. Concert.** Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern 1. Ranges. **Diana Truppa,** Elite-Akrobaten (6 Personen). **Familie Krausel,** russisches Orchester (6 Personen). **Fraulein Hedwig Marga,** Kostüm-Soubrette. **Paul Krugeler,** Gesangs-Humorist. **Fratelli Bozza,** italien. musikalische Steinseger und Röhre. **Signorita Luisade Siro,** italienische Kostüm-Soubrette. **Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.** Entree 50 Pf. **A. Zimmermann.**

„Sanssouci“

Kotibusstr. 4a. **Jeden Donnerstag und Sonntag: Stettiner Sänger.** **Anfang 8 Uhr.** Zum Schluß: **Adele,** die kalte Mamsell. Ensemble von Meyfel. **Entree 50 Pf.** Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) **Freitag, den 27. Oktober: Soiree in der Victoria-Bränerel.**

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Bass.) **Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz!** **Spezialitäten 1. Ranges!** **Neu! Novität! Neu!** **Reneipp II,** oder: Das Blumenreisel von Nieder-Schönhausen. **Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.** **Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. **Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert.** Soireen der Leipziger Sänger vom **Prinzall-Palast.** Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. **Anerkannt gute Küche.** **Säle** für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelmäßig, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. **Carl Koch.** **Boltz' Festsäle,** vorm. Feuerstein, **S. Alte Jakobstraße 75.** Gr. u. kl. Säle zu festlich. u. Verf. Roulante Bed. T. H. I. 1082. [2400b*] **Schmiedel's Festsäle,** Alte Jakobstrasse 32, empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. **Wwe. E. Schmiedel.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, das mein mit unvergeßlicher Mann, der Cigarren-Fabrikant

August Lechner, von seinem langen Leiden an einer Operation am 23. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem St. Georgen-Kirchhof statt. Die **liebetrübte Wwe. Luise Lechner** nebst Kindern. 2751b

Dankagung. Allen Verwandten, Kollegen und Genossen für die rege Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines heißgeliebten Mannes, unseres guten Bruders und Schwagers **Gustav Zastrow** sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Die **liebetrübte Wwe. Anna Zastrow** nebst Geschwistern. [2765b]

Orts-Krankenkasse

der Kürzner u. verw. Gewerbe zu Berlin. Berlin, den 19. Oktober 1893. **Bekanntmachung.** Laut Beschluß der General-Versammlung vom 20. Februar 1893 und mit Genehmigung der vorgelegten Behörde vom 14. Oktober 1893 ist der **Rassenertrag** wie folgt festgesetzt worden: **1.** für erwachsene männliche Kassennmitglieder, über 16 Jahre, ausschließlich der Lehrlinge 48 Pf., **2.** für erwachsene weibliche Kassennmitglieder über 16 Jahre 33 Pf., **3.** für männliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 21 Pf., **4.** für weibliche Kassennmitglieder von 14-16 Jahren 15 Pf. und tritt vom Montag, den 23. Oktober 1893 ab in Kraft. **Der Vorstand:** 2750c **C. Dobronz,** Vorsitzender.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend. **1.** Der letzte Ausschuß-Bericht enthält in der Angabe, ich hätte Berichte an gegnerische Blätter gefandt, eine grobe Unwahrheit. **O. Suchsdorf.** **2.** Wir protestiren deshalb gegen den Beschluß des Ausschusses und werden keinen andern Delegirten entsenden. **2753b Suchsdorf'scher Männerchor.**

Etablissement

Moritz-Platz. **Buggenhagen.** Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert.** **Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** **Spezial-Ausschank von Vahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An den Wochentagen findet das **Konzert** in den unteren Restaurationsräumen, **Entree 10 Pf., Sonntag** in dem oberen Saal, **Entree 25 Pf.,** statt. **Säle** für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc. **Donnerstag gr. Gänse-Ausschieben** bei **Custav Schultz,** Wasserthorstraße 55. 2756b **Vereinszimmer** (50 Personen) mit Piano, einige Tage frei, **Kleine Markulstraße 10.** 2759b

Jur Weibiertrinker!

Empfehle Genossen mein Weibier ohne Wasserzusatz. **Gr. Weiße 20 Pf., kleine Weiße 10 Pf.** in und außer dem Hause. **P. Cutschow, Charlottenburg,** Leibnizstr. 62/63. 5149R **Gute Destillation** mit **Billard- und Vereinszimmer,** anschließende Wohnung, **billige Miethe,** z. verf. **Bismannstr. 13.**

Arbeitsmarkt.

Vergolderin verlangt in der **Glaßschleiferei Schmidstr. 29.** 2768b **Für eine größere Handspiegel-Fabrik** (Tischlerei) Bayerns wird ein **Borarbeiter** gesucht. Nur ganz tüchtige selbständige Leute wollen sich melden. **Offerten** unter Angabe der bisherigen Thätigkeit mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter **T. 1951** an **Rudolf Mosse, Nürnberg.** 5152R **Vergolder.** Tüchtige Farbigmacher werden verlangt **Kottbusser Damm 100.** **Geübte Lackierinnen** für **Telephon-Metaltheile** sofort verlangt. 2762b **Aktion-Gesellschaft Mix & Genest,** Brandenburgstraße 6. **Glafer** werden verlangt im **Arbeitsnachweis** Ritterstraße 123, Restaurant Stromm. **Goldleisten.** Tüchtige Vergolderinnen finden bei **hohem Verdienst** dauernde Beschäftigung **Köpnickerstraße 109a.** 2761b **Goldleisten.** Tüchtige Versilberer u. Farbigmacher finden dauernde und lohnende Beschäftigung **Köpnickerstr. 109a.** [2760b]

Öffentliche Versammlung der **Kommunal-Wähler** des 18. **Kommunalwahl-Bezirks** heute, **Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr,** im **Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37.** Tages-Ordnung: **1.** Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: **Stadtverordneter G. Bruno.** **2.** Diskussion. **3.** Ansprache des Kandidaten. **Frauen haben Zutritt.** Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Wähler-Versammlung

für den 29. **Kommunal-Wahlbezirk** am **Donnerstag, den 26. Oktober cr., Abends 8 1/2 Uhr,** in den **Festsaal des Herrn Holmann, Fichtenbergerstraße Nr. 16.** Tagesordnung: **Die bevorstehenden Kommunalwahlen.** Referent **Genosse Gumpel.** Es ist Pflicht eines jeden Wählers, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Das Wahlkomitee.** 394/10

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes

für **Berlin und Umgegend.** **Mittwoch, den 25. d. M., Abends 8 Uhr,** im **Viktoriagarten, Badstrasse 12:** **Versammlung** der **Filiale Gesundbrunnen.** Tagesordnung: **1.** Vortrag des **Herrn Dr. Weyl** über: „**Heirath und Ehe.**“ **2.** Diskussion. **3.** Wahl einer **Schriftführerin.** **4.** Aufnahme neuer Mitglieder und **Verschiedenes.** — **Herren und Damen** als Gäste willkommen. **Der Vorstand.** 412/7

Achtung! Ethische Gesellschaft. Achtung!

Am **Freitag, den 28. Oktober cr., Abends 8 Uhr,** **4. Stiftungs-Fest** in der **Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57,** verbunden mit **Theater und Ball.** — Die **Festrede** hält **Herr Pous.** **Billets, Herren à 50 Pf. (inkl. Tanz), Damen 25 Pf.** sind zu haben bei **Donath, Saarbräckerstr. 11; Bortz, Oberbergerstr. 51-52, Seitenstr. 4 Nr. Radatz, Eßfasserstr. 11.** — Um regen Besuch bittet **Der Vorstand.** 149/3

Concerthaus Sanssouci, Kottbusserstraße 4 a.

Sonntag, den 28. Oktober 1893: **Stiftungs-Fest** des **Gejangvereins Kreuzberger Harmonie.** **Grosses Vocal- und Instrumental-Concert.** **Anfang 8 Uhr.** **Billets à 20 Pfg.** sind in den mit **Plakaten** belegten **Handlungen** zu haben. **Nach dem Concert: Grosser Ball.** Um recht zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.** 159/20

Neu! Neu!

Im unterzeichneten Verlage ist erschienen: **„Der kleine Pfaffenpiegel“** oder: **Wie das Pfaffenhum entstanden ist.** **Inhalt:** Einleitung. — Das Entstehen des Glaubens bei den Menschen. — Das Entstehen der Priesterthätigkeit. — Die Hauptbeweggründe des langen Fortbestehens des Glaubens bei den übrigen Kirchenanhängern. — Die Hauptbeweggründe des schließlichen Absterbens des Glaubens und der Glaubenseinrichtungen, sowie diejenigen der allmählichen Einführung einer besseren und wahreren Sittlichkeit. — **Schlusswort.** 2072b **3 1/2 Bogen. — Preis 30 Pfg.** Zu beziehen durch alle **Buchhandlungen, Zeitungsdepotiere** und **Reporture,** sowie auch vom **Verleger** **Th. Mayhofer Nachf., Berlin N., Weinbergsweg 15b.**

Arbeiter- und Handwerkerfrauen

Laufen bei mir **reelle Herbst- und Wintermäntel,** sowie **Jaquettes** zu **außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen.** **Keine theure Ladenmiete, keine kostbare Einrichtung, aber auch keine minderwerthige Bazarwaare! Bedienung nur durch mich allein!** **Garantie** für gute Stoffe, ehrliche Arbeit und **tadellosen Sitz!** 2749b **Grösste Auswahl!** **Bis 10 Uhr Abends** geöffnet, **Sonntags 7-10 und 12-2.** **J. Gottliebsohn, Oranienstraße 198, Ecke Heinrichplatz.**

Tokayer

med. süßer **Ungarwein,** Literflasche 2,10, 5 fl. à 1,85. 4422R **Eugen Neumann & Co.** 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das **beste** und im **Gebrauch billigste** und **bequemste** **Waschmittel der Welt.** **Nicht zu verwechseln** mit geringwerthigen **Nachahmungen,** die in neuerer Zeit unter den Namen **„Seifen-Extract“** etc. angeboten werden. 480M*

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 251.

Mittwoch, den 25. Oktober 1893.

10. Jahrg.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. Oktober.
Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr mit der Verlesung einiger Begrüßungsdepeschen. Engels dankt telegraphisch für den Gruß des Kongresses.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Debatte über die ersten drei Punkte fortgesetzt.

Fischer-Berlin: Im Laufe der gestrigen Verhandlung sind von verschiedenen Seiten allerhand Einwände gegen den „Vorwärts“ erhoben worden, die es zur Pflicht für den Parteivorstand machen, auch seine Stellung hierzu auszusprechen. Schoenlant hob hervor, daß der Redaktionsstab des Blattes zu klein sei, daß es ihm an der Aktualität fehle. Darin sind wir seiner Meinung: Namentlich der Vorwurf Schoenlant's, daß die Kräfte der Redaktion von der parlamentarischen Thätigkeit der Redakteure absorbiert würden, kann vom Vorstand nur unterstellt werden. Freilich ist es wunderbar, daß Schoenlant dies alles theoretisch vortrefflich auseinandersetzt hat, während er in der Praxis selber das gerade Gegenteil that. Das hat zu heftigen Auseinandersetzungen mit Schoenlant geführt. Wir glauben verlangen zu müssen, daß ein Redakteur seine ganze Kraft dem „Vorwärts“ zur Verfügung stellt. Ein solcher Vertrauensposten erhält so hohe Ansprüche an die Leistungsfähigkeit, daß er unvereinbar ist mit anderen Ehrenämtern. Das zeigte sich denn auch, als Schoenlant ein Reichstags-Mandat übernahm. Da stellte sich denn für ihn heraus, daß noch ein zweiter politischer Redakteur notwendig wäre. Als wir nicht sofort auf sein Verlangen eingingen, kündigte er sofort. Bei seinem Rücktritt vom „Vorwärts“ kommt seine individuelle Art, seine Neigung, häufig den Sattel zu wechseln, in Betracht. Wenn Krons gemeint habe, die Haltung des Parteivorstandes lasse auf einen Mangel an Rücksicht gegen Schoenlant schließen, so spricht er dabei doch von Dingen, deren engeren Zusammenhang er nicht kennt. Ueber Schoenlant's Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit besteht nur eine Meinung im Vorstande. Schoenlant war innerhalb der achtzehn Monate, die er im „Vorwärts“ war, sechs Monate nicht arbeitsfähig. Niemand hat ihm einen Vorwurf daraus gemacht. Wenn er aber damals zusammenbrach, so war es nicht die Folge seiner Thätigkeit im „Vorwärts“, sondern von Ueberarbeitung, die zum Theil mit der Partei und eigentlicher Parteithätigkeit nichts zu thun hatte. Schoenlant meinte, der Fehler liege am System, der Vorstand betrachte die Presse als milchende Kuh. Das widerspricht vollständig den Thatsachen. Im vorigen Jahr gaben wir 68 000 M. für die Parteipresse aus und hatten vom „Vorwärts“ einen Ueberschuß von 96 000 M.; in diesem Jahre sind die entsprechenden Zahlen 55 000 und 40 000 M. Das Verlangen, daß man an den Vorstand stellt, ist von ihm also erfüllt worden. Oder meint man etwa, für einzelne am „Vorwärts“ beschäftigte Journalisten seien ausnahmsweise hoch bezahlte Redaktionsposten aus den Ueberschüssen des Blattes zu schaffen? Darauf wird kein Parteivorstand eingehen. (Beifall.) Immerfort treten neue Anforderungen an die Parteikasse heran, und treten sind die Geldleistungen mancher Bezirke. Wie können die vielen Wünsche befriedigt werden, die beständig laut werden? Uebrigens beweist ein bloßer Blick auf das Budget des „Vorwärts“, daß der Vorstand sich durchaus nicht von kleinlichen, feilschen Gesichtspunkten leiten läßt. Das Redaktions-Konto schließt sich auf 61 000 M. Davon wird ausgegeben: für fünf ständige Redakteure 22 500 M., für Mitarbeiter am politischen Theil 10 540 M., für parlamentarische Berichte und Depeschen 3000 M. und für Berichterstatter 11 000 M. Das Redaktionskonto des „Echo“ beträgt noch nicht die Hälfte. Die Frage des Ausbaues des „Vorwärts“ in redaktioneller Hinsicht ist für den Vorstand nie eine finanzielle, sondern immer eine persönliche gewesen. Keine irgendwie begründete Mehrforderung für Mitarbeiter ist der Redaktion jemals abgelehnt worden. Wir haben aber die Auffassung, daß der Zuwachs an geistigen Kräften nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung der Partei gehalten hat. Es hier die Provinzial-Parteipresse zur geistigen Verwahrung verurtheilt, wenn wir alle guten Kräfte nach Berlin ziehen wollten. Wir lassen sie an dem Posten, wo sie sich bemühen haben. (Beifall.) An tüchtigen Redakteuren ist Mangel: Entweder befindet sich ein geeigneter Mann schon im Dienst der Parteipresse, oder wir stehen Leuten gegenüber, die in keiner Hinsicht den Anforderungen genügen, die an einen Redakteur des „Vorwärts“ zu stellen sind. Oder aber es sind Leute, deren persönlicher Charakter nicht erprobt ist, die gestern im Dienst des Gegners standen und morgen wieder zu ihm gehen. Gerade mit dem verumtelteten Studententhum, mit dem verumtelteten Journalistenthum haben wir in letzter Zeit böse Erfahrungen gemacht. (Beifall.) Redner muß abbrechen, da seine Redezeit um ist.

Witz-Pantow beschwert sich, daß die Redaktion des „Vorwärts“ Beitrüge und Einsendungen von Parteigenossen unfreundlich abgelehnt habe.

Stolten-Hamburg: Eine ganze Reihe wichtiger Anträge ist in der Debatte noch nicht berührt, die besprochen werden müssen, damit wir kurz gefaßt bei der Abstimmung keine Dummheiten machen. Redner wendet sich gegen einen Antrag aus Altona, eine besondere Rubrik für Soldatenschreibereien in der Presse einzurichten und allen arbeitslosen Abonnenten die Parteizeitungen gratis zu liefern. Weides sei unannehmbar. Ebenso der Antrag Hoffmann in Berlin, überall der Presse Ueberwachungskommissionen bestehend aus den Vorständen der politischen Wahlvereine und der Gewerkschaften zu setzen; das sei in Preußen vereinsgeheilig unmöglich. Ein weiterer Antrag verlange die Befreiung der Kriminal- und Liebesromanen aus dem Zensurkreis der Zeitungen. Gutes Material sei theuer, da werde zu dem gegriffen, was billig sei. Lieber einen guten literarischen Roman, als einen schlechten Tendenzroman. Die „Neue Welt“ war in ihrem Anfang zu „gründlich“. Das sei etwas für Feinschmecker, aber nicht für das breite Lesepublikum, dem sich nicht ein besonderer Geschmack aufdrängen lasse. Die Lobeserhebungen, die dem „Echo“ zu theil geworden sind, bittet Redner zu unterlassen. Er habe den Eindruck gewonnen, als wenn es sich dabei mehr um negative Bosheiten gegen den „Vorwärts“ handelte. (Weiterkeit.) Hier haben Sie uns gelobt, in Hamburg ist man nicht so mit uns zufrieden. Wären wir Zentralorgan, ständen wir unter der Kontrolle von ganz Deutschland, so würde es auch an Klagen über uns nicht fehlen.

Prinz-Frankfurt a. M. billigt es, daß der Vorstand die Provinzialpresse unterstützt habe. Wäre die Unterstützung unterblieben, so hätte die „Frankfurter Volksstimme“ eingehen müssen, während sie jetzt sich gede und einen kleinen Ueberschuß erwarten lasse.

Studenrein-Oppenheim wünscht bei der Massenherstellung von Flugblättern für ganz Deutschland die Zuanfpruchnahme verschiedener Parteidruckereien, um an Portis zu sparen.

Lehner-London: Die Londoner Genossen wünschen ein wöchentliches Zentralorgan. Der „Vorwärts“ sei zu theuer und biete auch zuviel Vektüre für das Ausland. Das wöchentliche Zentralorgan müsse im Sinne des „Sozialdemokrat“ gehalten sein. Es sei auch für Deutschland eine Nothwendigkeit. Die Lokalblätter würden nicht darunter leiden. Die Landagitation hätte schon viel früher energisch in die Hand genommen werden müssen. Auch in England hätte man jetzt damit begonnen. Vom Mai bis September schicke die „Landliga“ „rothe Wagen“ ins Land. Die Redner wohnen und schliefen in den Wagen. Ueberall hielten sie Meetings ab. Vielleicht ließe es sich in Deutschland ähnlich machen. (Bravo.)

Frau Eichhorn-Dresden tritt für das Zentral-Blatt ein, das sie aus dem „Vorwärts“ zusammengestellt wünscht. Die „Neue Welt“ müsse für die Frauen mehr bieten.

Harm-Eberfeld: Der Vorstand ist für die Fehler, die bei der Landagitation gemacht worden sind, nicht verantwortlich. Die Landagitation sei Sache der Provinzialkomitees. Die „Neue Welt“ müsse besser ausgestattet werden. Mit bloßen Versprechungen dürfe man sich nicht abspesen lassen. In der jetzigen Form dürfe sie nicht mehr weitergehen, da sie zum Gespött der Gegner diene.

Lehmann-Dortmund: Es war gut, daß der Vorstand sich bei der Unterstützung der Presse nicht von den kleinlichen Gesichtspunkten leiten ließ, die in dem Verhalten der Kontrolleure ihren Ausdruck fanden. Redner empfiehlt die Errichtung eines Korrespondenz-Bureaus seitens der Partei.

Schal-München-Bladbach theilt seine Erfahrungen über die Landagitation im Rheinlande mit. Die „himmlische Gendarmerie“ heze die Bauern auf, so daß unsere Erfolge sehr gering sind.

An der weiteren Debatte beteiligten sich Wilde-Neuß, Schumann-Bielefeld, Heilmann-Offenbach, Genossen Schneider-Köln, Schmidt-Krefeld, Eberle-Barmen, Spädel-Essen, Kutsche-Hannover, Hoffrichter-Köln, Kallenbach-Offenbach u. a. Die Diskussion dreht sich um die „Neue Welt“, den „Vorwärts“, das Zentral-Blatt und die Landagitation, ohne daß wesentliche neue Gesichtspunkte dabei entwickelt werden. Die Erörterung der Landagitation bringt die Mittheilung der Erfahrungen, die die einzelnen Redner in ihren Provinzen dabei gemacht haben. — Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schoenlant erklärt, nicht pro domo gesprochen zu haben. Er halte es für gleich, ob jemand im Dienst eines Privatverlegers, der ein Parteiblatt herausgibt, oder bei einem Blatte, das direkt der Partei gehört, sich überarbeitet hat.

Ueber den weiteren Verlauf der heutigen Verhandlungen gingen uns die folgenden Privatdepeschen zu:

Bericht der Mandats-Prüfungskommission. Denselben erläßt Lehner-Berlin: 180 Mandate sind für gültig erklärt worden, für ungültig erklärt wurde ein Mandat aus Friedeberg-Krasswalde, das nicht aus dem Kreise sondern von Friedeberg-Krasswalde Genossen, die jetzt in Berlin wohnen, herrührt, und ein von Frauen und Mädchen Männern angestelltes Mandat für Frau Urban, da dieses Mandat den Organisationsbestimmungen nicht entspricht. Gegen das Mandat von Antrich, den Delegirten des zweiten Berliner Wahlkreises, ist ein Protest aus Berlin eingelaufen, in dem behauptet wird, daß er sein Mandat der Vorspiegelung verdanke, er sei Angehöriger einer Gewerkschaftsorganisation. Nun liegt aber ein anderes Schreiben vor, in dem erklärt wird, daß Antrich schon vor längerer Zeit der Freien Vereinigung der Kaufleute beigetreten sei und nur vergessen habe, sich die nötigen Papiere zu verschaffen, was wahr sei. Dies genau festzustellen, hielt die Mandats-Prüfungskommission nicht für ihre Sache, sondern für eine Angelegenheit des Kreises. Das Organisationsstatut verlange nur, daß der Delegirte Parteigenosse sei und regerthätig gewählt werde. Es lag daher keine Veranlassung vor, das Mandat Antrichs für ungültig zu erklären. Aus Solingen liegen 6 Mandate vor, während nach dem Statut nur höchstens 3 für jeden Kreis zulässig sind. Diese Mandate beantragt die Kommission der bekannten Streitigkeiten wegen förmlich zu beanstanden und eine Kommission zu wählen, die die Angelegenheit des Ausschusses von 9 Solinger Genossen, worunter sich auch drei Delegirten befinden, näher untersuchen solle.

Stadthagen beantragt, das Mandat des Delegirten Dr. Heymann aus dem 4. Berliner Wahlkreise an die Kommission zur nochmaligen Prüfung zu verweisen, da Heymann bei seiner Wahl verschwiegen habe, daß er nicht politisch organisiert sei, erst nachher sei er dem Wahlverein beigetreten.

Dr. Heymann erklärt, daß an ihn die Frage, ob er Mitglied des Wahlvereins sei, gar nicht gestellt worden wäre. Der betreffende Antrag habe die Wahl der Delegirten nur von ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation abhängig gemacht. Er habe betont, daß er als Arzt nicht gewerkschaftlich organisiert sein könne.

Nach längerer Debatte, in der Bebel erklärte, daß Doktor Heymann seit Jahren als Genosse bekannt sei, und daß nach seiner Auffassung die Genossen in den einzelnen Orten gar nicht das Recht hätten, die Wahl zum Delegirten an weitere Bedingungen zu knüpfen, als sie im Organisationsstatut enthalten waren, wird das Mandat des Delegirten Dr. Heymann gegen wenige Stimmen für gültig erklärt, ebenso nach weiterer Diskussion das Mandat des Delegirten Antrich. —

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Verhandlungen um 3/4 Uhr. In der Debatte über den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission wird fortgefahren. Zunächst wird das Friedeberg-Krasswalde Mandat für den Delegirten Bogasch, das die Kommission aus formalen Gründen besritten hatte, für gültig erklärt. Frau Urban-München hat ihr Mandat zurückgegeben, das sie nur irrtümlich abgegeben hat, es war für die Frauenkonferenz bestimmt, die während des Parteitag's stattfinden soll. Singer bittet unter allseitiger Zustimmung die Genossen, den Verhandlungen als Gast beizuwohnen.

Die Solinger Angelegenheit wird nunmehr besprochen. Beantragt ist, den Streit einer Kommission von 7 Delegirten und 2 Mitgliedern des Vorstandes zu unterbreiten.

Halle-Erfurt beantragt alle 6 Mandate für gültig zu erklären.

Bebel bittet, die Kommission aus sechs Delegirten und einem Mitgliede des Vorstandes zu bilden, er nimmt die Gelegenheit wahr, sich einmal hier gegen beide Solinger Parteien auszusprechen (sehr richtig!). Vor einem Jahre schon kosteten uns die Solinger kostbare Zeit, damals versprachen beide Parteien Frieden zu schließen, jetzt ist der Stempel in Solingen größer als er je gewesen ist. Auf beiden Seiten liegt die Schuld. Und dieser Parteitag muß die Streitenden energisch zur Ruhe verweisen. Die Kommission muß ein Mißbilligungsvotum vorlegen, in dem wir den Solingern deutlich unsere Meinung sagen und ihrem Treiben halt gebieten. (Lebhafte Zustimmung.) Es war ein unerhörter Zustand, daß bei der letzten Reichstags-

wahl sich in Solingen zwei Kandidaten derselben Partei gegenüberstanden.

Lehmann-Dortmund ist der Meinung, daß Beschlüsse des Parteitag's im Solinger Streit nichts nützen. Die beiden Parteien dort müssen sich gegenseitig aufressen, wie die beiden Löwen in der Fabel.

Kayserstein-Gießen wünscht die Ueberweisung an eine Kommission und debattelose Annahme der Beschlüsse derselben.

Kunze-Solingen: Die Solinger Angelegenheit müsse den Genossen in der That zum Ziel geworden sein. (Zustimmung.) Redner versichert, daß die Schuld am Streit nicht er und seine Freunde tragen, der Ausschluß der Solinger Parteigenossen sei in einer Volksversammlung erfolgt, die in gegnerischen Zeitungen annoncirt worden sei.

Halle-Erfurt: Der Solinger Streit ist ein Geschwür, das noch nicht reif sei. Man müsse es sich selbst überlassen.

Schumacher-Solingen bittet, die Angelegenheit an eine Kommission zu verweisen, ihm werde von der Gegenseite vorgeworfen, daß er von Hamburger Rhetoren bestochen worden sei, damit er für die Dampfer-Subvention stimme, die ehrenrührigsten persönlichen Vorwürfe und Beschuldigungen werden erhoben, die, wenn sie wahr wären, seinen Ausschluß aus der Partei notwendig machen würden. Der Streit habe auch einen prinzipiellen Grund, er habe nie mit den Anarchisten und Unabhängigen kokettirt, er bitte dringend um Untersuchung durch eine Kommission.

Beschlossen wird vorläufig, alle 6 Solinger Mandate zu beanstanden und den Streit einer Sechser-Kommission zu unterbreiten. Die Wahl der Kommission erfolgt morgen. Auch eine Beschlüsse aus Reife über den Vorstand wird der Kommission überwiesen. Die übrigen Mandate werden für gültig erklärt.

Es wird in die Berathung der Punkte 1-3 der Tagesordnung wieder eingegangen und das Schlußwort dem Referenten ertheilt.

Auer: Das Darlehen für die Barmer Textilarbeiter von 4000 M. sei abgelehnt worden, weil die Parteigelder nur für Parteizwecke da sind. Genosse Huber hat den Wunsch geäußert, daß man bei der Massenherstellung der Flugblätter nicht bloß die bekannten Druckereien berücksichtige, sondern auch andere Parteidruckereien berücksichtigen möge. Wollen wir allen Druckereien etwas geben, dann bekommen wir ein arges Durcheinander. Wir müßten auf das gleiche Format verzichten. Ein großer Wirrwarr würde bei der Vergebung einreichen, auch finanziell sei es richtiger, die Massenherstellung der Broschüren einer Druckerei zu überlassen. Schmalfeld und andere verlangen, daß vom Parteivorstande die Tabaksteuerfrage zum Gegenstand einer großen Agitation gemacht werde. Diese mechanische Art der Agitation, wo die Puppen am Schnürchen sind, macht einen schlechten Eindruck. Da ist die Initiative aus den Reihen der Genossen besser, das ist jetzt auch bei der Tabaksteuerfrage der Fall. Die Agitation, die von den Tabakarbeitern jetzt sehr intensiv betrieben wird, ist viel wirksamer, als wenn die Genossen gleichsam auf Kommando die Hände für eine gemeinsame Resolution erhoben hätten. Türt hat behauptet, der angeblich erhebliche Rückgang unserer Stimmen in den Handelsstädten sei veranlaßt, weil man die Handlungsgelassen nicht zu paden verstanden habe, die Auffassung sei doch wohl zu sanguinisch; der 3. und 5. Berliner Wahlkreis sind nicht erobert worden, weil dort Handlungsgelassen für uns stimmten und Lübeck und Bremen sind nicht verloren gegangen, weil sie dort nicht für uns stimmten. Die Zustände beim „Vorwärts“ sind ausführlich erörtert worden. Genosse Schmidt habe behauptet, daß der Vorgänger Schoenlant's wegen Ueberarbeitung fortgegangen sei, er muß falsch berichtet sein, denn derselbe Mann ist jetzt wieder Schoenlant's Nachfolger geworden, und wenn er früher wegen Ueberarbeitung weggegangen wäre, würde er jetzt dieselbe Stelle nicht wieder angenommen haben. Nun zu verschiedenen anderen Dingen: In bezug auf die Organisation sind wir einig, es kommt auch weniger auf ihre Form an, als daß tüchtige Kräfte darin sind. Und tüchtige Kräfte sind ja die Sozialdemokraten. Ueber unseren alten Genossen Kolosky hat ein jüngerer Genosse ein sehr weitgehendes Urtheil gefällt: er soll nicht fähig dazu sein, die „Neue Welt“ zu redigieren. Genosse Kolosky hat auf schwierigen Posten gestanden und sie mit großer Pflichttreue verwaltet. Wir haben die feste Zuversicht, daß er so brav, treu und zuverlässig, wie sonst, auch im neuen Amte ist. Das Archiv ist jetzt untergebracht und ausgepackt und der Katalog wird im Laufe des Jahres fertig, dann steht es den schriftstellerischen Kräften der Partei zur Verfügung. Allerlei Umstände haben die Verzögerung der Aufstellung verschuldet. In bezug auf die Agitation sind die alten Bekannten in neuem Anzug wieder vorgestellt worden. Die meisten Redner haben sich damit begnügt, die Reden zu halten, die auf den vorigen Parteitagen andere gehalten haben. (Heiterkeit.) Auch in bezug auf die Landagitation sind kolossale Fortschritte gemacht worden, wenn auch noch große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Schon werde auch in den Kreisen der Landarbeiter die Sozialdemokratie als Weiterin aus der Noth betrachtet, wenn man sich auch verschiedene Vorstellungen noch von ihren Prinzipien machen mag. Darin irre ich also der alte Lehner, wenn er glaube, wir ständen da noch vor dem ersten Schritt. Unnötig sei das Verlangen, daß immer neue Redner aufs Land geschickt werden. Der Farmer auf dem Dorfe bleibe ja auch immer derselbe. (Heiterkeit.) Man müsse es nur richtig anfangen und das lernen wir nur allmählich. Nun zur Presse. Genosse Meister hat im Auftrage einen kleinen Tabel ausgeprochen, weil wir zu viel Geld für die Presse ausgegeben hätten. Die eigentlich neue Unterstützung der Presse belaufe sich nur auf 16 000 Mark, die weitere Unterstützung sei die Folge früherer Beschlüsse vorübergehender Parteitage. Wir sind durchaus nicht dahinter her, der Provinzialpresse Geld in die Tasche zu stecken. (Heiterkeit.) Hilzig freilich sei der Vorstand auch nicht, wie andere ihm vorwerfen. Freilich, ins Blaue hinein, sei nicht gewirthschaftet worden. Was das Zentral-Blatt betrifft, so ist die Auffassung falsch, daß das Organ für uns propagandistisch bei den Bauern wirken solle. In dem Blatte sollten Parteifragen erörtert werden, wie im „Volksstaat“ oder im alten „Sozialdemokrat“. Es fehle an einem Blatte, das Situationsberichte aus den verschiedenen Gegenden bringt. Der kleinen Presse werde das Organ keinen Schaden thun. Von der Nothwendigkeit des Blattes ist der Referent überzeugt, aber es ist außerordentlich schwer, den richtigen Redakteur zu finden. Die Frage, wo ist er? sei nicht beantwortet worden trotz der langen Repressoliste des Genossen Fuchs. Mit dem Moment, wo das Blatt geschaffen wird, haben wir zwei Zentralorgane. Wird nicht die richtige Person gefunden, so kommt es zu Fraktionen zwischen ihnen. Deshalb ist die Personenfrage so wichtig. Die Anknüpfung der Redaktionsfrage des „Vorwärts“ sei ungeschickt gewesen. Schoenlant und Krons hätten so gethan, als wenn der Vorstand aus bornirten Gesichtspunkten bestände. Auch wir wissen, daß jeder Genosse, der zur Verbesserung des Blattes angewendet wird, Wucherzinsen trägt, nie ist es eine Geldfrage, immer eine Personenfrage gewesen. Geld kann man aufreiben, Geld haben wir, aber der rechte Mann, am rechten Ort, zur rechten Zeit, der kann nicht durch Beschlüsse aufgetrieben werden. Eine Erschöpfung

Menschenmaterial ist eingetreten. Auf Experimente hin einen Genossen anstellen, um ihn vier Wochen später jagen zu müssen, er passe nicht, können wir uns nicht einlassen. Deshalb ist es noch nicht gelungen, die Redaktion so zu besetzen, wie wir es wünschen. Die Redaktion und der Vorstand empfindet die Mängel selber. Schoenlank's Kritik war überraschend, gerade er habe die Ordnung der Verhältnisse im „Vorwärts“ gehört, er habe zuerst die Redaktionsstelle beim „Vorwärts“ abgelehnt und sei zu einem halb katholisch-sozialistischen, halb sozialistischen Privatblatte gegangen. Seine Artikel dort seien natürlich sozialdemokratisch gewesen, dann sei er nach einiger Zeit zum „Vorwärts“ gekommen, nun hoffen wir auf stabile Verhältnisse. Dem „Vorwärts“ fehlt die Leitung, der Mann, der der Chefredakteur sein soll. Unser alter Genosse Liebknecht ist gleichzeitig unser bester Agitator. Können sie sich einen internationalen Kongress ohne Liebknecht denken? Fortwährend muß Liebknecht auf Agitationskreisen sein. Der leitende Redakteur des Blattes fehlt von 12 Monaten fünf. Nun wünschen wir, daß unserem Liebknecht die Arbeit erleichtert wird, daß die Last auf andere Schultern mitgelegt wird, die er um seiner Stellung in der Partei willen nicht tragen kann. Nun denken wir, wir haben Schoenlank, er wurde aber Reichstags-Abgeordneter, obwohl wir alles ausgedehnt haben, ihn zur Ablehnung des Mandats zu bringen. Mit aufgehobenen Händen haben wir ihn gleichsam gebeten. Schoenlank aber erklärte, er wolle sich nicht in den Redaktionswinkel stellen lassen, er wolle dort stehen, wo ihn die Genossen sehen. Der Vorzug des „Echo“ besteht in der Stabilität der Arbeit, so sollte es auch im „Vorwärts“ werden. Schoenlank ruf: einer kann es nicht machen! Ja, Schoenlank konnte es bei seiner literarischen Bedeutung machen, er hat kein Recht, den Stein auf uns zu werfen, im „Vorwärts“ werden anständige Gehälter gezahlt, man muß sie vergleichen mit denen, die in unserer Provinzialpresse gezahlt werden, nicht mit dem höchsten Gehalte, das in der Bourgeoisie gezahlt wird. Ueber den zweiten Redakteur hätte sich reden lassen, aber die Sachen hatten sich zugelebt. Bei Schoenlank's Temperament ging es nicht anders. Wir ließen ihn in Frieden ziehen; da sollte er jetzt nicht herkommen und uns Geizhüpper schelten (Heiterkeit). Noch einmal, es war beim „Vorwärts“ nie eine Geld-, es war immer eine Personalfrage. Den Tropfen jüdischen Blutes hat der Vorstand in seiner Mitte, daß er weiß, wie Geld anzulegen ist. (Stürmische Heiterkeit.) Die Debatte über den „Vorwärts“ hat uns nicht geschadet, die Sache mußte klargestellt werden. Aber es ist bedauerlich, daß gerade derjenige, der uns helfen sollte, Ordnung zu schaffen und doch von uns fortgegangen ist, hier als erster Angreifer aufgetreten ist. — Hierauf bezieht Redner kurz die eingelaufenen Anträge zu den ersten drei Punkten der Tagesordnung. Ein Korrespondenzbureau für die Parteipresse lasse sich nicht schaffen, da unsere Presse allein nicht im Stande ist, die Kosten eines Telegraphenbureaus zu tragen. Gegen den Handel mit Bildern bekannter Parteigenossen lasse sich durch Beschlüsse nichts ausrichten, so lange noch gute Genossen einen bewährten Volksmann in der Schilpnadel, am Feuerzeuge oder ein Duzend gar im Sackloch des Spazierstockes tragen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Industriellen spekulieren eben auf die Dummheit unserer lieben Mitbürger, daran können wir sie nicht hindern. Die Befestigung der Inserate aus den Parteiblättern ist unmöglich. Ohne Geld läßt sich nichts machen. Oder wollen Sie Bonds auf den Zukunftskongress aufgeben? Ich bin bereit, wenn sie jemand nimmt. (Stürmische Heiterkeit.) Redner schließt unter lebhaftem Beifall.

Meister bestritt, daß die Kontrolleure von Kleinlichen Gesichtspunkten ausgingen, ihr Monikum sollte eine Mahnung an die Parteigenossen im Lande vor leichtsinnigen Blattgründungen sein, die oft nur schon bestehende Blätter ruinieren. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Redner noch einmal ausführlich gegen die Gründung eines Zentral-Wochenblattes.

Schoenlank (persönlich): Aner's Darstellung, er habe dem „Vorwärts“ einen Korb gegeben, sei falsch. Er habe ablehnen müssen, weil er für das andere Blatt schon engagiert gewesen sei. Er sei nicht Chefredakteur am „Vorwärts“ gewesen, das sei Liebknecht; zwei Chefredakteure seien ein Un Ding.

Es folgt die Abstimmung über die einzelnen Anträge. Zunächst wird dem Parteivorstand und dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Antrag 20) wird angenommen. In namentlicher Abstimmung wird mit 184 gegen 66 Stimmen die Herausgabe eines Zentral-Wochenblattes gemäß Antrag 110 beschloffen.

Angenommen werden die Anträge 38, 114, 58, 108, 115, 66, 113. Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird 116 und folgender Antrag: Der Parteitag wolle die Mittel zum täglichen Erscheinen der „Erfolg-Lohr-Vollzug.“ bewilligen, da nur durch die Presse den Unterdrückungsmaßnahmen in den sogenannten

29. Parteigenossen des 4. Berliner und des Teltow-Beschlauer Wahlkreises: Die alljährlich beim „Vorwärts“ erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Teil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Verfertigung des Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts“ seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war.

38. Parteigenossen in Köln: In der Haltung des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt“ soll eine Besserung eintreten; besonders auch dadurch, daß die Illustrationen mehr dem Charakter eines Parteiblattes angepaßt werden.

58. Parteigenosse Westf.-Magdeburg: In der Parteipresse die Fremdwörter, wo es angeht, zu vermeiden, eventuell die deutsche Uebersetzung in Klammern beizufügen.

66. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Ingebrigkeit zu Landmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs etc. ihre Parteipflicht vernachlässigen.

108. Der Sozialdemokratische Parteitag in Köln a. R. wolle beschließen, auch diesmal wieder eine Vergleichende statistische Uebersicht der Wahlen zum Deutschen Reichstage von 1890—1898 herauszugeben zu wollen als Broschüre.

113. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, eine möglichst gemeinverständliche (Flugschrift) Broschüre über die Ursachen der Entfremdung, Schädlichkeit und die für das ländliche Proletariat besonders notwendige Befestigung der Gemeinde-Ordnung herzustellen und dieselbe zum Selbstkostenpreis an die Genossen zu verabsolgen. Das Agitations-Komitee für die Provinz Brandenburg: D. Antritt und Genossen.

114. Die Mehr Genossen beauftragen: Der Parteitag wolle beschließen, alljährlich mindestens ein Flugblatt herauszugeben event. die Mittel dazu zu bewilligen. Dieses Flugblatt muß separat für Lothringen sein und zweisprachig gedruckt werden, da nahezu zwei Drittel der Bevölkerung nur französisch spricht.

115. Der Parteitag möge beschließen: sämtliche vom Parteitag angenommene Anträge und Resolutionen an einer Stelle in dem herauszugebenden Protokoll reihend abgedruckt, um dadurch eine bessere Uebersicht derselben zu ermöglichen. Stein-Hanau.

116. Beauftragen, aus der in Köln als Kopialblatt der „Erfolg-Lohr-Presse“ dreimal wöchentlich erscheinenden Rheinischen Zeitung ein selbständiges, täglich erscheinendes Organ zu gestalten, da es zur Bekämpfung der Zentrums-Partei eine absolute Nothwendigkeit ist. Carl Meiß und Genossen.

„Reichslanden“ die Spitze abgebrochen werden kann. Angenommen wird der Antrag: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in die ultramontanen Wahlkreise Rheinlands und Westfalens einige befähigte Redner, die insbesondere das Wesen des Zentrums und des Katholizismus genau kennen, zu entsenden. Schluß 6 1/2 Uhr.

Tokales.

Stöcker ist aufs ängstlichste indignirt, daß die Berliner Polizei eine nicht angemessene Versammlung verboten hat, in der er über seine Erlebnisse in Amerika sprechen wollte. Dies sollte nun nicht besonders anfallen, da Arbeiterversammlungen unter dem heutigen Polizeiregime überhaupt nicht denkbar sind, ohne daß die Befestigung über die erfolgte Anmeldung in der Bestenliste des Einberufers steht, um jederzeit dem überwachenden Beamten vorgelegt werden zu können und Stöcker hätte in Erinnerung an dem Grundsatz: Was dem einen recht, das ist dem anderen billig, seinen Zorn bezähmen und in aristokratischer Demuth die Verfügungen der hohen Obrigkeit unbedenken hinnehmen sollen. Ebenso unchristlich ist es, wenn Stöcker in der Anwesenheit des Vertreters der Polizeibehörde in einer von ihm angemeldeten Versammlung gar so etwas wie eine Beleidigung seiner werthen Person sieht. Was will er? Ohne Polizeikommissar ist auch eine Arbeiterversammlung kaum denkbar und Stöcker schlägt sich überdies auf den eigenen Rücken, wenn er ob der Anwesenheit des Beamten in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung die Nase rümpft und — gleichzeitig schilbert, wie nothwendig unter Umständen die liebe Polizei ist.

Doch zur Erbauung unserer Leser seien die beiden Szenen, die er einander gegenüberstellt, hier wiedergegeben.

Erstere, schreibt er im „Volk“, fand die nunmehr polizeilich angemeldete Versammlung statt, in der Stöcker über seine Erlebnisse in Amerika sprach. Dem aufreizenden Thema entsprechend war für ausreichende polizeiliche Ueberwachung gesorgt. Eifrig machte sich der Herr Polizeileutnant Notizen, ob auch darüber, daß Stöcker und seine Berliner Reisegefährten von der Seckrantheit verschont blieben, oder wie hoch die Häuser in Chicago sind und wie breit die Straßen, haben wir leider nicht beobachten können.

Im Juli sprach derselbe Stöcker bei Martens über die Wahl in Neustettin, also über einen Gegenstand, der, wenigstens in den Augen des Nichtfachverständigen, etwas mehr politischen Ansehens hatte als die Erzählungen über Reiseerlebnisse in Amerika. Die Polizei war von derselben Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß gewisse antisemitische Elemente eine Störung beabsichtigten. Trotzdem — nicht ein Mann zur Ueberwachung im Saale. Und als in der überfüllten Versammlung der wüthende Rabau losbrach, der einen ordnungsmäßigen Verlauf fast zur Unmöglichkeit machte, und deshalb Voten nach der Polizei mit der Bitte um polizeilichen Schutz geschickt wurden, da lautete die Antwort: „Sie haben ja den Saal gemietet. Ihnen steht ja das Hausrecht zu.“

Man sieht also, Herr Stöcker weiß den Werth der Versammlungspolizei sehr wohl zu schätzen und er hätte, wie gesagt, wenig Ursache, sich zu beschweren, wenn er nicht, gleich uns Sozialdemokraten, das Polizeiregime überhaupt befechtigt wissen will. Und bevor sein entsetztes Herz solch revolutionäres Beginnen billigt, wird er doch lieber unter die schlagenden Fittiche der Polizei kriechen.

Die städtische Armenpflege Berlin ist mit zahlreichen Mängeln behaftet, unter denen sich die außerordentliche Unständigkeit und Langsamkeit, mit der jede einzelne Unterstützungssache bearbeitet wird, besonders unangenehm bemerkbar macht. Das Hauptverderbnis einer gut geordneten Armenpflege muß Schnelllebigkeit sein. Einem Gesuch um Unterstützung aus Gemeindefristen entschließen sich doch die meisten erst dann, wenn die Noth bereits aufs äußerste geistigen ist. Aber dann muß der Hilfesuchende erst noch eine ganze Anzahl von Scheerezeilen und Placereien über sich ergehen lassen, sodas er verhungert sein kann, ehe ihm die Armenverwaltung noch einen Pfennig gereicht hat. Besonders trägt die zu weit getriebene Abhängigkeit der Armenkommissions-Vorsitzer von der armenrichtlichen zur Verlangsamung des Geschäftsganges bei. Die Armenkommissions-Vorsitzer haben sich früher wiederholt in ihren Versammlungen darüber beklagt, daß bei dem vielen Wechsel zwischen den Vorsitzern und der Direktion von letzterer nicht genug nach Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens gesorgt wird. Aber die Direktion will von einer Vereinfachung und von einer größeren Selbstständigkeit der Vorsitzenden nichts wissen. In der letzten Vorsitzenden-Versammlung wurde wieder in Erinnerung gebracht, daß Extra-Unterstützungen über 15 Mark ohne vorherige Genehmigung der Direktion nicht zu bewilligen sind. Die Weisheit der Vorsitzenden hat allerdings, wie es scheint, an diesem bürokratischen Schneekengel allmählich doch Gefallen finden gelernt. Ein Antrag aus der Versammlung, welcher Selbstständigkeit in der Gewährung von Unterstützungen bis 20 oder 25 Mark forderte, wurde abgelehnt. Man wird also auch in Zukunft immer häufiger langsam vorgehen, damit man oben bei der Direktion Zeit behält, zu prüfen, ob man einer armen Witwe, die um eine Unterstützung bittet, nicht noch ein paar Groschen abknappen kann. Zwar wird durch solche Langsamkeit der eigentliche Zweck der Armenunterstützungen und besonders der Extra-Unterstützungen, der doch wohl in augenblicklicher Hilfe bei augenblicklicher Noth besteht, vollständig vereitelt, doch was thut das der Direktion? Wenn man schon die berechtigten Forderungen der Besiglosten abweist und auf die Armenpflege als „Erfolg“ hinweist, dann muß man mindestens verlangen, daß diese Armenpflege wenigstens ihrer beschriebenen Aufgabe gerecht wird. Kann sie nicht einmal das, dann sündet die ganze Sache zu einer Komödie herab, die die besigloste Klasse der besiglosten vormachen läßt, damit dieser in etwas „das Maul geosst“ wird. Natürlich würde aber selbst die beste Armenpflege in der Hauptsache an der wirtschaftlichen Lage der besiglosten Klasse nichts ändern. Diese Veränderung ist nur von einer Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische zu erwarten.

Ein Fest für Obdachlose? Der Magistrat hat die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Berliner Asylobureau für Obdachlose zur Abhaltung einer Feier aus Anlaß des fünfundsingzigjährigen Bestehens des Vereins für Donnerstag, 30. November, der Festsaal im Rathhaus kostenlos überlassen werde.

Wer nimmt an der Feier theil? Die Vermögensmitglieder, die Obdachlosen oder beide Menschenkategorien miteinander? U. A. u. g.

Die Spartheorie gilt bei gewissen Leuten noch immer als der Inbegriff aller nationalökonomischen Weisheit, und die Arbeiter aus Sparen zu „gewöhnen“ als das verdienstvollste Werk. Ein höchst probates System, welches die Angestellten zum Fleiß und zum Sparen anspornt, soll, hat, wie wir aus dem „Konjunktions“-Erfahren, die bekannte Mahlsalinen-Firma Weidinger in ihren sämtlichen über ganz Deutschland ausgereiteten Zweiggeschäften zur Durchführung gebracht. Der Geschäftsinhaber verpflichtet nämlich jeden Angestellten, nach Empfang seines Gehaltes 5 pCt. desselben der städtischen Sparkasse zu übergeben! Das Sparloosen wird verbott — wie gnädig! — in Befehle des Sparers, ist aber — an jedem Vierteljahresabschluss dem Geschäftsbereich oder dessen Vertreter vorzulegen! Um den Sparplan anzuzeigen und zu belohnen, werden im Weidinger'schen Geschäft den Angestellten am Jahresabschluss 5 pCt. der während des vergangenen Jahres „gesparten“ Summe als freiwilliger Beitrag

des Geschäftsinhabers auf jedes Sparloosenbuch eingezahlt. — Jedemalig zahlt die Firma Weidinger ihren Angestellten so hohe Gehälter, daß jene durch dieses famos Sparsystem nicht beinträchtigt werden? Und da magt man von dem „sozialdemokratischen Zukunftsstaate“ als von einem Zwangsstaate zu reden!

Wichtig für Budiker. Bezüglich Ertheilung der Schenkungserklärung an Kellerlokale wurde im Grundbesitzer-Verein „Südwest und Süd“ die Mittheilung gemacht, daß nach privaten Meldungen im Ministerium Beratungen über die Frage gepflogen werden sollen, welche darauf abzielen, von der Bedingung, daß der Fußboden nicht tiefer als 0,50 Meter unter dem Straßenniveau liegen dürfe, abzusehen und die Ertheilung der Konzeption künftig allein von der Höhe der Räume abhängig zu machen.

Berlin geht bankrott! Aus Mittenwalde meldet ein Reporter folgende Sensationsnachricht: „Der Bürgermeister des Städtchens ist damit beschäftigt, eine Chronik zu schreiben; vor einigen Tagen fand er bei der Suche nach alten Akten hinter einem Regal, das seit ewigen Zeiten nicht fortgerückt war, ein Paket, welches Schuldurkunden vom Großen Kurfürsten und vom Magistrat und Rath der Stadt Berlin enthielt. Die Summe der Schuldverschreibungen ist eine so große, daß Mittenwalde eine sehr wohlhabende Stadt werden würde, falls die Schuld als noch jetzt zu Recht bestehend anerkannt wird, um so mehr, als der Große Kurfürst in den Verschreibungen ausdrücklich betont haben soll, daß auch seine Nachkommen für dieses Darlehen aufkommen müssen. Ein alter Einwohner des Städtchens erinnert sich von seinem Vater gehört zu haben, daß schon einmal, aber vergeblich, nach diesen Urkunden gesucht worden ist.“

Offensichtlich ist diese Geschichte nicht wahr, wo sollte anders hinfort das Geld zu städtischen Bestehen in Berlin hergenommen werden?

Wie sind die auf der Stettiner Bahn verübten Schwindereien zu erklären? Im Rückschlag an die Weidung, betreffend die bei der Stettiner und Nordbahn vorgekommenen Betrügereien wird heute mitgeteilt, daß es sich zumeist um kleine Beamte handelt, die ein Gehalt von 800 bis 900 M. jährlich beziehen und große Familien zu ernähren haben. 800 M. jährlich bei einem anstrengenden teilweise mit Gefahr für Leben und Gesundheit verbundenen Dienst! Nehmen wir eine Familie von 10 Personen an, so beträgt die Riesensumme, die sie wöchentlich zu verzehren haben, 17 M. und 50 Pf., das macht pro Tag 25 Pfennige auf den Kopf, also so viel, wie jeder preussische Soldat als Lohnung täglich erhält, der keine Ausgaben für Wohnung und Kleidung, keine Steuern, kein Schulgeld zu entrichten hat, dem nicht bei jeder Gelegenheit, wenn er zu spät kommt, Strafgelder in Abzug gebracht werden, der zwar kein beneidenswerthes Dasein führt, aber doch nur im Kriege sein Leben auf das Spiel setzt, während der Eisenbahnbedienstete, besonders das Zugpersonal, täglich in Gefahr schwebt, sein Leben einzubüßen. Zu verwerfen sind jene Mißgriffe der Beamten rechtlich in jedem Falle, betrachten wir die Sache aber von der rein menschlichen Seite, so können wir getrost behaupten, aus Hang zur Ueppigkeit und aus bloßer Geldgier haben wohl die wenigsten die Straftthaten begangen.

Die Betrügereien sind mindestens in der Weise verübt, daß die Schaffner Fahrkarten, deren Durchlochung sie unterließen, Fahrgästen abgenommen haben und sie später durch Mittelverleihen wieder verlaufen ließen. Namentlich kommen dabei Sommerfahrkarten von längerer Gültigkeitsdauer in Betracht, die von den ersten Ersehern nicht voll ausgenutzt worden sind. Die von der Kriminalpolizei vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben, wie die „Ostsee-Zeitung“ meldet, zur Verhaftung von 23 Schaffnern und Hilfschaffnern geführt, davon 7 in Stettin, 14 in Berlin und 4 in den Zwischenstationen. Ein hiesiger Gerichtsreferent schreibt über den sensationellen Fall noch folgendes: „Auf der Stettiner und der Nordbahn sind seit Sonnabend früh einige dreißig Beamte vom Fahrpersonal, Zugführer und Schaffner, verhaftet worden, und noch bei jedem einhundertsten Zuge werden bis zu dieser Stunde die Verhaftungen fortgesetzt. Es handelt sich um Diebstahlsdelikte im größten Stile. Wie erinnertlich, hat die Berliner Kriminalpolizei große Durchsuchungen mit Fahrtschirmen seitens der Beamten auf der medienbunigen Friedrich Franz-Bahn und auf der Hamburg-Büchener Bahn erwidert. Auf der ergebnislosen Bahnstrecke ist die Zahl der Defraudanten von anfänglich 17 auf 50 gestiegen, bei der Hamburg-Büchener Bahn ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, die Zahl der Defraudanten also noch nicht zu übersehen; im Direktionsbezirk Köln sind bereits 60 Beamte in die Untersuchung verwickelt. Es lag daher nahe, auch die Stettiner und die Nordbahn einer Beobachtung zu unterwerfen, und dem Kriminalkommissar Jilmann ist es gelungen, eine ganze Gesellschaft von Defraudanten auf dieser Bahn festzunehmen. Als am Sonnabend früh kurz vor 6 Uhr ein Zug nach Stargard abgehen sollte, und das Fahrpersonal am Buffet des Wartepersonals verweilt, bemerkte einer von den Beamten: „Was soll denn das bedeuten? Der ganze Bahnhof steht voller Kriminalbeamten!“ — „Ach was“, — entgegnete ein anderer — „uns kann Keiner!“ In demselben Augenblick stürzte Kommissar Jilmann, der sich wohl etwas verspätet hatte, auf den Person und verhaftete so viele Beamte des Zuges, daß schnellig Rothbrenner requirirt werden mußten, um den Zug auf der Fahrt zu bedienen. Von jenem Augenblick an haben sich die Verhaftungen bis zu diesem Moment ununterbrochen fortgesetzt. Kommissar Jilmann ist nicht allein als Viehhändler auf der Strecke gefahren, er hat auch, um die Täuschung vollkommen zu machen, Pferde und Rindvieh verladen und begleitet; er hat mit den Zugbeamten gekneipt und deren Vertrauen erworben, so daß er für Trinkgelder halb umsonst fahren konnte. Die Erledigung der Aufgabe ist nicht leicht gewesen. Zunächst Kriminalbeamte waren unter Leitung des Kommissars Jilmann den ganzen Sommer über in den Seebädern der Ostsee thätig, um den Durchsuchungen auf die Spur zu kommen. Unter den Verhafteten befindet sich ein Schiffskapitän außer Diensten, der zum Eisenbahndienst übergegangen war, ein Beamter, der sich in Stargard ein werthvolles Grundstück erworben hat, ein Inhaber des eisernen Kreuzes erster Klasse und verschiedene andere sehr gut situierte Beamte; die Mehrzahl der Verhafteten besteht aber aus solchen Beamten, welche fünf bis acht Kinder zu ernähren haben und 900 M. jährlich Gehalt beziehen. Bei der Verhaftung haben sich geradezu erschütternde Szenen abgespielt. Welchen Umfang die Untersuchung annehmen wird, läßt sich noch gar nicht ansehen.“

Es fragt sich nun, wer ist mehr zu verurtheilen, die armen Schaffner, bei denen zum Theil die bittere Noth die Triebfeder zu den Durchsuchungen gewesen sein mag, oder die meist wohlhabenden Viehhändler, die wohlgefällig schmunzelnd auch diesen „Handelsgewinn“ eingefackt haben, um noch eine Flasche Rothwein mehr als gewöhnlich über den Durst trinken zu können. Auf die sozialen Verhältnisse der Subalternbeamten sowohl wie auf die Eisenbahn-Verwaltung werfen diese Vorkommnisse aber ein großes Schlaglicht.

Ein Jagdliebhaber. Am 12. Oktober erschien bei einem Wälsennacher in der Jägerstraße ein Mann, der sich für den Oberförster v. Rathhaus aus Straußung ausgab und eine Jagdflinte und Patronen für 250 M. kaufte. Er hat die Sachen nach dem City-Hotel zu senden, und da dem Wälsennacher bekannt war, daß es einen Oberförster v. Rathhaus gibt, wurde von dem Käufer das Verlangen, für die Flinte da zu bezahlen, nicht gestellt. Ein Hausdiener brachte die eingelaufenen Sachen in das City-Hotel, wo ihm von zum Personal gebörigen Leuten über die Zahlungsfähigkeit des Käufers vertrauenswürdigende Mittheilungen gemacht wurden, so daß der Diener

nicht auf die Bezahlung der Rechnung drang. Wenige Tage später war der angebliche Oberförster v. Nathusius aus dem Hotel verschwunden. Seine Rechnung hatte er nicht bezahlt. Als einige Wochen vergangen waren, ohne daß der Büchsenmacher sein Geld erhalten hatte, fragte er brieflich bei dem Oberförster v. Nathusius an und erhielt die Nachricht, daß dieser von dem Kauf einer Jagdflinte in Berlin nichts wisse, wohl aber davon Kenntnis habe, daß in letzter Zeit wiederholt Schwindelacten auf seinen Namen ausgeführt worden sind. Einige Tage später wurde der Käufer der Flinte in dem Förster Robert Dahmann verhaftet. Er hat viele Schwindelacten verübt und sich u. a. auch für den Oberförster Falter in Alt-Platow bei Genbin ausgegeben. Die von ihm erschwindelten Gegenstände bestehen aus Flinten, Jagdgeräthschaften und Goldsachen.

Der Ein- und Ausbrecher Adolf Krüger, dessen Flucht aus der Irrenanstalt Gmeldeburg wurde, hat schon ein Lebenszeichen von sich gegeben. Der Oberwärter der Anstalt, Glaser, erhielt heute früh folgenden auf Postamt 58 am 23. d. Mts., 11 Uhr Vormittags ausgegebenen Brief: „Erlaube mir die höfliche Mitteilung, daß die noch fehlenden Kleidungsstücke, also Hose, Unterhose, Strümpfe und Hosenbänder sich in der Bade-Anstalt Schönhauser Allee zwischen Schwedter- und Fehrbellinerstraße, unmittelbar an der Omnibus-Haltestelle Schönhauser Thor-Halle des Thor befinden. Ich habe sie gestern Vormittag zehn Uhr dem Bediensteten mit der Bitte um Aufbewahrung übergeben und kann sie, da sie gestempelt sind, aus leicht fahlichen Gründen doch selbst nicht abholen. Die Abholung kann ja auch auf meine Kosten erfolgen; denn es befinden sich in der Kasse noch 16 Mark und einige Pfennige, die als Arbeitsverdienst eines Gefangenen laut Ministerial-Reskript zu den Auskosten nicht verrechnet werden dürfen. Achtungsvoll Adolf Krüger.“ — Krüger hat schon vor drei Wochen einen Fluchtversuch gemacht, nachdem er aus dem Draht des Patentverchlusses einer Bierflasche eine Dietrich gefertigt hatte, wurde aber in dem Augenblick abgefaßt, als er die Zellenthür damit öffnen wollte. Seitdem wurde er jeden Abend gänzlich entkleidet und in eine andere Zelle gebracht. Wie er seine Zellenthür dennoch hat öffnen können, bleibt räthselhaft. Nachdem er aus der Zelle heraus war, zog er die Hürterlebung an, ging auf den Boden, dessen Thür er mittels Dietrichs geöffnet haben muß, nahm aus dem Hydrantenkanal den Schlauch aus Segeltuch, befestigte ihn am Fenster, stieg aus der Bodenluke und ließ sich an dem Schlauch drei Stod hinab. Er kam auf die Umfassungsmauer und ins Freie.

Mehrere schwere Verbrechen hat sich ein erst 15 Jahre alter Knabe schuldig gemacht. Der Barbierlehrling Richard Lubahn war vor vier Wochen bei dem Barbier Witte in Königs-Winterhausen eingetreten und hatte sich in der kurzen Zeit schon wiederholte Zurechtweisungen zugezogen. Dadurch war in dem Knaben das Gefühl nach Mache gegen die Familie seines Lehrherrn entstanden, die er in wirklich schredenerregender Weise verwickelte. Als am Sonntag Abend die Witteschen Eheleute vom Hause abwesend waren, erbrach Lubahn zunächst den Kasten, in dem die Einnahmen aufbewahrt wurden und eignete sich den Inhalt an. Damit noch nicht genug, raubte der jugendliche Verbrecher die vier Jahre alte Tochter Lucie der Witteschen Eheleute aus dem Bette heraus und entfloß damit. Das Kind nahm er bis an den Kanal mit sich und warf es dort in das Wasser, um es zu erdrosseln. Zum Glück bemerkten Schiffer die Unthat und konnten die Kleine retten. Den erbrochenen Geldkasten fand man später hinter der sogenannten Luftmauer auf. Der knabenhafte Mordbube und Eindrehler ist flüchtig und bisher noch nicht wieder eingefangen.

Am ein Auge gekommen ist bei einem zufälligen Zusammentreffen mit Kowidies der Metallbrüder Opiß aus der Mühlauerstr. 88. Als er in der Nacht zum Sonntag mit einem Bekannten über die Oranienbrücke ging, wurden sie von einer ihnen entgegenkommenden Schaar absichtlich angegriffen. Obgleich beide ihren Weg ruhig fortsetzten, lehnte einer der rohen Burchen zurück und vertrat ihnen mit den Worten: „Was wollt Ihr?“ den Weg. Gleich darauf erhielt Opiß, der auf einen Angriff nicht gefaßt war, mit dem aus einem Bleisnopf bestehenden Ende eines Stodes einen Schlag in das linke Auge, so daß er unter lautem Aufschrei zu Boden stürzte. Auf der Sanitätswache, wohin er gebracht wurde, ergab sich, daß das Auge ausgelassen war. Der Thäter war in dem Gewühl unter dem Schutze der Dunkelheit leider entkommen.

Ein Hochkapler. Erst jetzt ist die Kriminalpolizei auf einen Hochkapler aufmerksam gemacht worden, der mit Erfolg während der Sommermonate in Berlin und Umgegend gearbeitet hat. So viel man weiß, tauchte er hier zuerst in Friedrichshagen auf. Er gab sich dort für einen Korrespondenten des „Figaro“ aus, behauptete ferner Bab zu heißen und den Schriftstellernamen „Gugen Prudens“ zu führen. Einem Herrn, mit dem er nachher bekannt geworden war, erzählte er, daß sein mütterliches Erbtöthel im Betrage von 88 000 M. bei einer hiesigen Bank hinterlegt sei und daß sein Vater ihn ermächtigt habe, auf dessen Firma Josef Stolzmann Nachfolger in Hofen Wechsel bis zum Betrage von 300 M. zu ziehen. Diese Mittheilungen fanden Glauben und veranlaßten den Herrn, dem sie gemacht waren, dem jungen Manne Geld zu leihen. Durch ähnliche Vorspiegelungen hat der angebliche Bab einen Zahnarzt zur Vergabe eines Darlehens bestimmt. In Berlin hat er sich bei einem Dr. H. in der Ammenstraße eingemietet. Nachdem der Schwindler dem Arzt einen Froch und Gehrod geküßt hatte, verschwand er und verlegte sich darauf, auf dem Namen des Arztes einige Kuren zu versuchen. Von einem Reichthumsbesitzer hat sich der junge Mann Pferde und Wagen verschafft und angeordnet, daß die Rechnung seinen Eltern übersandt werde. Eine Familie Bab wohnt auch in dem Hause, das der Schwindler als die Wohnung seiner Eltern angegeben hatte, doch steht sie in keinen Beziehungen zu dem Betrüger, über dessen Nachenschaften, leider recht verspätet, auch andere Klagen eingelaufen sind.

Für die Dastentfassung des Selsensfabrikanten Rosedmann sind 120 000 M. Kautions angeboten worden, doch hat das Gericht diese Bürgschaft nicht angenommen. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft bezieht sich übrigens auch auf die Firmen der Parfümerie- und Seifenbranche aus, deren Inhaber früher zum Personal von Wissing und Komp. gehörten; es wird der Verdacht geäußert, daß diese Geß in Wirklichkeit nur Vorsteher der Wissing'schen Filialen sind, die dem Publikum gegenüber als selbstständige Fabrikgeschäfte gelten mußten. Es dürfte übrigens noch längere Zeit dauern, ehe die Voruntersuchung in dieser höchst verwickelten Affäre abgeschlossen ist.

Wegen schwerer Urkundenfälschung. Unterschlagung von Geldentzügen etc. wurde am Sonntag der Landrießträger Gerick aus Fahrland (Kreis Osthavelland) in Potsdam verhaftet. Das ist binnen kurzer Zeit der dritte Postbeamte, welcher in Potsdam wegen solcher Vergehen verhaftet werden mußte. — Die alte Geschichte. So lange 2 Mark 25 Pf. für ein völlig ausreichendes Gehalt gelten, wird es im Reiche des Herrn v. Stephan auch Verantwortungen geben.

Von der Lokomotive überfahren und auf graßliche Weise getödtet wurde am Sonntag auf dem Geleise der Ostbahn unweit Bude 9 bei Sadowa ein alter Streckenarbeiter namens Ransch aus Friedrichshagen. Derselbe war gegen 9 Uhr früh auf dem Bahnhöfen beschäftigt, als er bemerkte, daß ein Vorortzug der Strecke Potsdam-Grüner herannahte. Vorchriftsmäßig trat er auf das Nebengeleise, bemerkte jedoch nicht, daß auf diesem in entgegengesetzter Richtung von Köpenick her der aus Frank-

furt kommende Schnellzug heranbrause; der Unglückliche wurde von den Rädern der Maschine erfaßt und 200 Meter weit fortgeschleift. Der entsehrlich verstümmelte Leichnam lag gestern noch an der Unfallstelle.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag Abend am Alexanderplatz. Eine Dame wollte einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen besteigen, trat fehl und stürzte auf den Bahrdamm nieder. Ein hinzugezogener Arzt konstatierte schwere innere Verletzungen, so daß die Dame per Droschke nach ihrer in der Prenzlauer Allee belegenen Wohnung geschafft werden mußte.

Wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung ist vorgestern der Steuerrechner D. aus dem Norden der Stadt pöthlich verhaftet worden. Genauere Einzelheiten über den Umfang der begangenen Straftathen, wie auch über die Höhe der verurtheilten Summen fehlen bislang.

Die Leichen des in Onkel Toms Hütte bei Zehlendorf aufgefundenen Paares sind als diejenigen des wegen Unterschlagung verfolgten Kommiss Nathanson aus Hamburg und der Näherin Ebenez aus Ungarn rekonnostrirt worden.

Der erste Reif zeigte sich insolge des eingetretenen Frostwitters in den Morgenstunden des geitrigen Tages auf Brücken, namentlich aber auf den an der Spree vor Anker liegenden Rähnen.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Morgens wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Stromstraße erschossen aufgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — Als Nachmittags eine Frau aus einem Fenster im zweiten Stod des Hauses Friedenstraße 79 sich und ihr einjähriges Kind auf die Fensterbrüstung gesetzt hatte, stürzte dasselbe auf den Bürgersteig hinab und erlitt einen Schädelbruch, so daß es bald darauf starb. — Im Laufe des Tages fanden sechs Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Ein Sozialistenprozeß. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I fand gestern in mehr als einstündiger Sitzung eine Verhandlung gegen 10 Angeklagte statt, welche sich „sozialdemokratischer Umtriebe“ schuldig gemacht haben sollten. Es waren zum größten Theile Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei im sechsten Reichstags-Wahlkreise, welche vor etwa Jahresfrist wegen Verdachts der Geheimbündelei verhaftet wurden. Nachdem sich bald herausstellte, daß sich die Anklage nach der angedeuteten Richtung hin nicht aufrecht erhalten ließ, wurden die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Es blieben schließlich noch die Verstellung und Verbreitung eines verbotenen sozialdemokratischen Niederbuchs, dessen Inhalt theilweise aufzeigender Natur sein soll und die Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung, worin öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, als strafbare Handlungen übrig. Des ersteren Vergehens waren Schlosser Brigan, Schlosser Werle, Vergolder Hartmann, Maurer Schulz, Schankwirth Gieshoit, Schankwirth Wigel und der Druckereibesitzer Schrinner, des letzteren der Schankwirth Kuhlmei, Zigarettenarbeiter Kiesel und Arbeiter Marten beschuldigt. Sämmtliche Angeklagten wurden vom Rechtsanwält Heino verteidigt. Auf Antrag des Staatsanwalts Wigel wurde die Oeffentlichkeit während der Verhandlung ausgeschlossen.

Die Angeklagten Gieshoit und Marten wurden freigesprochen, Kuhlmei und Kiesel wurden zu je 50 M., Schrinner wurde zu 4 Monaten Gefängniß und 50 M., Wigel zu 3 Monaten und die Angeklagten Brigan, Werle, Hartmann und Schulz wurden zu je 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Bei den letzten vier Verurtheilten wurde je ein Monat durch die ertitene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Ein Streit zwischen einem Hausverwalter und Miether hat für beide Theile höchst verhängnißvolle Folgen gehabt. An einem Septembertage des vorigen Jahres stellte der Schuhmacher Sporn in seiner Eigenschaft als Wirth den Tischlermeister Nautenberg wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Hausordnung zur Rede. Nautenberg warf ihn die Treppe hinunter, Sporn blieb hilflos liegen. Wie der Sanitätsrath Dr. Mittenberg in dem geitrigen Termine vor der 196. Abtheilung des Schöffengerichts begutachtete, hat Sporn durch den Sturz eine Lähmung der rechten Hüfte erlitten, sein Gang ist gebückt und hinkend geworden und bedarf Sporn beim Gehen zweier Stöbe. Da dieser Zustand voraussichtlich ein dauernder bleiben wird, so erklärte das Schöffengericht sich für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer.

Wegen Beamtenbeleidigung hatte sich heute Herr Caspari-Both-Boßi, Inhaber eines Privat-Detektivinstituts in Berlin, vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Bau-Inspektor a. D. Diez hat seinerzeit den großen Fehler begangen, seine Wirthschafterin zu heirathen, obwohl dieselbe vorher ohne sein Verschulden schon wiederholt Mutter geworden war. Diesen Sarcit hat er schwer bereuen müssen. Die Ehe wurde bald wieder getrennt. Gegen die Frau wurde vertheidener Beistie unter anderem wegen Verbrechen wider lebendes Leben, die Untersuchung eingeleitet, während andererseits der Gatte die Ehescheidungsfrage eingeleitet hatte. Am nun aus dem Ehescheidungsprozeß als obliegende Theil hervorzugehen, wandte sich die Frau an Herrn Caspari-Both-Boßi mit dem Auftrage, ihren Gatten auf Schritt und Tritt zu beobachten, um denselben wenn möglich bei einem Ehebruche zu ertappen, wofür sie bedeutende Summen opferte. Diese Klientin kam nun eines Tages zu dem Angeklagten, weinte und lamentirte und erzählte ihm, der Kriminalkommissar Krause in Charlottenburg habe ihr gesagt, daß das ganze Geld weggeworfen sei, welches sie für die Detektivs ausgegeben habe, denn diesen Leuten werde vor Gericht doch nicht geglaubt, weil es meist bestrafte Subjekte seien. Diese auf seine Angeklagten durchaus nicht zutreffende Charakteristik wollte der Angeklagte auf seinem Institut nicht sitzen lassen, er schrieb an den Kommissar Krause einen geharnischten Brief, in welchem u. a. die Wendung vorkam: „Ich worne Sie vor der Wiederholung derartiger Verleumdungen und theile Ihnen zu Ihrer, Ihnen sehr nothwendigen besseren Belehrung mit u. s. w.“ In dieser Wendung wurde eine Beleidigung gefunden; die vorgelegte Behörde des Beleidigten stellte Strafantrag; der Angeklagte entschuldigte sich zwar bei Herrn Krause, nachdem er in Erfahrung gebracht, daß ihm Frau Diez nicht die Wahrheit gesagt, er konnte aber damit das bereits eingeleitete Strafverfahren nicht aufhalten. Das Charlottenburger Schöffengericht verurtheilte ihn zu 50 Mark Geldstrafe. Es wurde zwar ein berechtigtes Interesse als vorliegend angenommen, jedoch wurde in der Form eine Beleidigung gefunden. Der Angeklagte legte Berufung ein, vor der Strafkammer machte aber die als Zeugin geladene Frau Diez den Eindruck einer ebenso exaltirten wie unklaren Frau, so daß der Gerichtshof Veranlassung fand, dem Angeklagten zu bemerken, daß er einer solchen Zuhörerin gegenüber besonders vorsichtig hätte sein sollen, bevor er derselben Glauben schenkte. Daß die inkriminirten Aeußerungen für einen rüchtrigen Beamten beleidigend sein müßten, liege auf der Hand und da der erste Richter schon den Schuld des § 193 zugebilligt habe, so sei die Berufung zu verwerfen.

Ahlwardt-Prozeß. Leipzig, 24. Oktober. Bei der heutigen Revisionverhandlung in der Prozeßsache gegen den Reichstags-

Abgeordneten Ahlwardt wegen Beleidigung des preussischen Beamtenhums und preussischer Richter in einer in Essen a. d. M. gehaltenen Rede beantragte der Reichsanwalt die Aufhebung des Urtheils gegen Ahlwardt, weil die Verlesung des Leumundsgewinnisses über Kommissar Gaud unzulässig sei. Ahlwardt war nicht erschienen. — Das Reichsgericht erkannte dem Antrage des Reichsanwalts entsprechend auf Aufhebung des gegen Ahlwardt gefällten Urtheils.

Soziale Ueberblick.

An die Lagerhalter! Der angekündigte Situationsbericht wird durch Zirkular zur Verfeindung kommen. Dies kann umhändelhalber jedoch erst in etwa drei Wochen geschehen. Alle diejenigen Lagerhalter von Konsum- und ähnlichen Vereinen, die mit den organisirten Lagerhaltern noch nicht in Verbindung stehen, ersuchen wir, ihre Adressen an den Unterzeichneten bis Montag, den 6. November, einzusenden, damit ihnen der Bericht zugesandt werden kann und sie sich über die Bewegung der Lagerhalter informieren können. Soweit der Vorrath von Protokollen vom ersten Lagerhaltertag noch vorhanden, bekommen diejenigen, die ihre Adresse einsenden, ein solches kostenlos mit zugestellt. Ganz besonders richten wir nunmehr auch an die Kollegen außerhalb Sachsens die Aufforderung, ihre Adressen einzusenden.

Die organisirten Kollegen werden aufgefordert, die uns noch fern stehenden Lagerhalter aus ihrer, wohl durch die Verhältnisse erklärlichen, aber nicht zu billigen Lethargie aufzurütteln, und sie der Bewegung, welche schon recht gute Erfolge zu verzeichnen hat, zuzuführen.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden gebeten, Vorstehendes zum Abdruck zu bringen.

Der Vertrauensmann der Lagerhalter.
Ernst Grenz, Chemnitz, Louisestr. 8, II.

Die Töpfer der Osenfabrik Bissen-Osterfeld haben die Arbeit niedergelegt und ersuchen ihre deutschen Kollegen, den Buzug streng fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht. J. A.: August Lehmann, Töpfer.

An die Haus-, Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen Berlins! Am Sonntag, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Gründer, Rdnptierstr. 100, eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann (früher Feih), sowie „Stellungnahme zum nächsten Kongreß aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands“. Es ist nothwendig, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen, denn die traurigen Verhältnisse in unserem Berufe erfordern ein festes Zusammenarbeiten aller in einer guten, die Interessen der Geschäftsdiener etc. vertretenden Organisation. Kollegen ersuchen daher am Sonntag Vormittag Mann für Mann in dieser Versammlung.

Der Vertrauensmann.
Karl Alboldt.

Das Häuflein der Steinmehlen in Roskoff, das durch die „Konsequenz“ des Granit-Industriellen Schrap in den Streik getrieben wurde, hält unentwegt Stand. Damit aber die Ausständigen ihre Solidarität gegenüber der Unternehmerrwillkür auch ferner behaupten und nicht wankend werden, sich auch nicht durch etwaige Drohungen oder Einschüchterungen von ihrem Rechtswege abbringen lassen, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, nach Kräften die Lage derselben zu einer erträglichen zu gestalten helfen. Die Streikenden müßten müßlos werden, wenn sie nicht thätkräftig unterstützt würden, denn der Hunger, auf den das Unternehmerrthum seine ganze Hoffnung setzt, ist ein arger Feind und mit den Ausständigen darben die Familien derselben. Deshalb appelliren wir an das Pflichtgefühl jedes aufgellärten Arbeiters und verbinden damit den Wunsch, daß die Steinmehlen von auswärts den Buzug nach hier vermeiden, damit die Ausständigen den Sieg erringen.

D. Tsch. Steinmeh.

Nicht allein das Mainzer Gewerkschaftsartell sondern auch der Verein selbständiger Gewerbetreibenden, mit andern Worten, die vereinigten Zünfte, haben sich in einer Eingabe an die Stadtverordneten gewandt behufs Errichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweis- und Auskunfts-Bureaus auf städtische Rechnung. „Wir würden“, so heißt es in der Eingabe, „es als einen großen Vortheil für die hiesigen Verhältnisse betrachten, wenn ein derartiges Institut zu stände käme. Im Interesse der Einigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern würden wir es mit Freuden begrüßen, wenn unsere Vorschläge in Verwirklichung gehen würden.“ Rein Liebchen, was willst Du noch mehr?

Zur Naturgeschichte dieser Eingabe sei mitgetheilt, daß dieselbe sinkt, nachdem kaum die ersten Nachrichten von dem Vorhaben der Arbeiter in die Oeffentlichkeit gelangt waren, in einer rasch zusammengerufenen Versammlung beschlossen wurde und von der sicheren Voraussetzung ausging, daß die Arbeiter ein einseitiges Institut ins Leben rufen wollten. Die Eingabe der Herren Arbeitgeber, darauf fußend, daß die Arbeiter die Verwaltung dieses Instituts „einseitig“ eingerichtet wissen wollten, ist durch die Thatsache längst überholt. Denn da die Arbeiter den Vorschlag gemacht haben, die Institution unter der Regide eines aus den Beisitzern des Gewerbegerichts gewählten Ausschusses einzurichten, ist eigentlich den Herren Arbeitgebern der Wind aus den Segeln genommen. Ist es ihnen aber wirklich ernst mit ihren Vorschlägen, dann können sie dies bethätigen und zwar am 30. Oktober, wo das Gutachten des Gewerbegerichts in der erwähnten Angelegenheit stattfindet.

In welcher Blüthe die Behringshülstererei auch im sogenannten Kunstgewerbe steht, veranschaulicht eine vom „Goldarbeiter“ aufgestellte Arbeiter- und Behrings-Statistik für das Goldschmiedegewerbe pro 1893. Nach dieser wurden beschäftigt in

A. Kleinen Geschäften:
in 28 Geschäften — Arbeiter — — Arbeiter und 37 Behrings
" 85 " je 1 " = 85 " " 47
" 30 " " 2 " = 60 " " 37 "

in 143 Geschäften 145 Arbeiter und 121 Behrings.
B. mittleren Geschäften:
in 24 Geschäften je 3 Arbeiter = 72 Arbeiter und 33 Behrings
" 17 " " 4 " = 68 " " 37
" 8 " " 5 " = 40 " " 18
" 5 " " 6 " = 30 " " 10 "

in 54 Geschäften 210 Arbeiter und 98 Behrings.
C. großen Geschäften:
in 5 Geschäften je 7 Arbeiter = 35 Arbeiter und 8 Behrings
" 2 " " 8 " = 16 " " 8
" 20 " je 9-117 " = 550 " " 118 "

in 27 Geschäften 601 Arbeiter und 127 Behrings.
Von den 224 Unternehmern gehören 74 der Berliner Goldschmiedezunft an. Diese 74 Zunftmeister beschäftigten zusammen 142 Behrings, die übrigen 150 Unternehmer nur 204 Behrings.

Krankenversicherungswesen. Im Reichsanzeiger Nr. 225 wird bekannt gegeben: Auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes ist folgenden Krankenkassen: 1. der nationalen Krankens- und Sterbekasse der Droschkenführer und verwandten Berufsgenossen (C. D.) zu Berlin, 2. der Kranken- und Wagnis-

nisklasse des Kaufmännischen Vereins zu Frankfurt a. M. (G. S.), 3. der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Wäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (G. S.) zu Dresden, 4. der Lichterfelder Kranken- und Sterbefälle für sämtliche Berufszweige (G. S.) zu Groß-Lichterfelde von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Ist die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Großindustrie größer, als im Kleingewerbe? Zu dieser Frage schreibt der „Arbeiterfreund“: Bisher neigte man dazu, diese Frage zu bejahen; auch der ministerielle Bericht über die Ergebnisse der österreichischen Krankheitsstatistik im Jahre 1890 spricht die Vermutung aus, daß die Fabrikarbeiter einer größeren Morbidität und Mortalität unterworfen sind, als die kleingewerblichen Arbeiter. Die Sache ist gewiß sehr wahrscheinlich, aber wissenschaftlich nicht absolut feststehend. Die bisherigen Ergebnisse der Statistik der österreichischen Krankenkassen sind zur Erforschung dieser Frage nicht verwendbar. Verschiedene Thatsachen — so das vom Verbands der Genossenschafts-Krankenkassen Wien gesammelte Material — sprechen dafür, daß speziell in Wien die Gesundheits- und Lebensverhältnisse der kleingewerblichen Arbeiter ungünstiger sind als die in großindustriellen Betrieben beschäftigten Personen. Aber sei dem wie immer, hier wie dort sind die Ursachen im Wesentlichen gleich, nur ihre Wirkungen mögen örtlichen Schwankungen ausgesetzt sein. Ueber die Ursachen läßt sich die „Wiener Medizinische Wochenschrift“ vom 24. Juni folgendermaßen aus: „... Sie scheinen in den ungenügenden oder nicht zweckentsprechend gewählten Ernährungsmitteln, die wieder durch ungünstige Lohnverhältnisse begründet sein dürften, nicht minder aber in den zumeist ungesunden, in ihrem ursprünglichen Baue für ganz andere Zwecke bestimmten Betriebsstätten und in den oft aller Hygiene unhinnehmbaren Wohnungsverhältnissen zu liegen, wie wir sie gelegentlich der vorjährigen Revision, als die Invasion der Cholera drohte, so häufig zu beobachten Gelegenheit hatten. Alle gütlichen Versuche — Zwangsmassregeln stehen ja den Revisionskommissionen nicht zu — die bestgemeinten Vorschläge fruchteten zumeist nichts. Diesen allen Gesellschaftsklassen Gefahr drohenden ungesunden Zuständen in den Fabrikräumen und Arbeiterwohnungen kann teilweise durch private Wohlfahrtsvereine, gründlich aber nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden. Es würde dies nicht nur heilsam auf die Arbeiterbevölkerung, sondern auch auf die Gesundheit aller Staatsbürger wirken.“

Stimmt. Trotz alledem aber geschieht in Oesterreich und anderswo so gut wie nichts, um namentlich im Kleingewerbe Besserung in hygienischer Hinsicht zu schaffen.

Erhebungen betreffs des Handelsgewerbes. Der Verein junger Kaufleute in Görlitz veranstaltete behufs Beantwortung der Fragebogen, betreffend die Verhältnisse im Handelsgewerbe, eine Zusammenkunft der Angestellten. Aus dem Vortrage des Referenten, des Kaufmanns Feldmann, seien die Angaben über das Verhältnis der Gehilfen zu den Lehrlingen in Schlesien erwähnt, wo auf 64 pCt. Gehilfen 36 pCt. Lehrlinge kommen; im Reiche stellen sich diese Zahlen auf 71 pCt. und 29 pCt. Die Angestellten bejahen die Frage, ob die gegenwärtige Arbeitszeit nachteilig auf das Familienleben einwirke, sprachen sich aber dahin aus, daß eine Besserung, ob die jetzige Arbeitszeit auch der Gesundheit nachteilig sei, nur mit Hilfe der Krankenkassen sich bewirken lasse. Die Ladenzzeit soll auf 12 Stunden, die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden festgesetzt werden. Ausnahmen sollen vor den drei großen Kirchenfesten und zur Inventur eintreten. Mittagspause soll 1 1/2 Stunden sein, und als Kündigungsfrist wird eine Frist von anderthalb Monaten für wünschenswert bezeichnet.

Unfallversicherung der Köhlerbetriebe. Das Reichs-Versicherungsamt hat auf Grund des § 1 Abs. 6 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes unter dem 29. August er. beschlossen, daß die Verkohlung von Holz in Meilern, soweit sie innerhalb der Waldungen ausgeführt wird, im Sinne des land-

wirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes als forstwirtschaftlicher Betrieb anzusehen ist. Als Unternehmer dieses Betriebes hat derjenige zu gelten, für dessen Rechnung die Verkohlungsarbeiten im einzelnen Falle ausgeführt werden. Indem das Reichs-Versicherungsamt den Vorständen der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von diesem Beschlusse Kenntnis giebt, bemerkt dasselbe, wie dabei ausdrücklich anerkannt sei, daß die Verkohlungsarbeiten allerdings mit den Holzfüllungsarbeiten und der Holzabfuhr (dem Rücken des Holzes) nicht auf gleiche Stufe zu stellen seien, da sie sich nicht als der notwendige Abschluß der forstwirtschaftlichen Berufstätigkeit darstellen. Die Berechnung der Versicherungsbeiträge für die Köhlerbetriebe habe hiernach je nach dem Statut der einzelnen Berufsgenossenschaft nach Maßgabe des Arbeitsverdienstes oder einer fingierten Grundsteuer besonders zu erfolgen. Als Teil oder Nebenbetrieb des forstwirtschaftlichen Betriebes des Waldarbeiters seien die Köhlerbetriebe dann anzusehen, wenn sie von dem letzteren für eigene Rechnung betrieben würden und vorzugsweise eigene Walderzeugnisse zur Verarbeitung gelangen. — Die außerhalb der Waldungen sich vollziehenden Kohlenbereitungsarbeiten, insbesondere solche, welche auf eine fabrikmäßige Verarbeitung oder Verarbeitung der Walderzeugnisse gerichtet sind, werden in Verbindung mit Theer- und Rindenverwertung, werden von dem Beschlusse des Reichs-Versicherungsamts nicht berührt.

Vermischtes.

Die Cholera. Stettin, 21. Oktober. Nachdem durch das Gutachten des Professor Koch festgestellt ist, daß die Ursache der hiesigen Cholerafälle allein auf die schlechte Beschaffenheit des hiesigen Leitungswassers zurückzuführen sei, ist eine bakteriologische Untersuchung dieses Wassers vorgenommen worden. Danach enthält in den hiesigen Wasserwerken 1 Kubikmeter Wasser: in Filter C 49, in Filter D 980, in Filter E 400, im Rechenwasserbecken 307 entwicklungsfähige Keime. Da in 1 Kubikmeter höchstens 100 solcher Keime enthalten sein sollen, so ist das Wasser als schlecht und höchst gefährlich zu bezeichnen und warnt der Polizeipräsident durch Maueranschlag auf's dringendste vor dem Genuß und dem Gebrauch desselben in ungelochtem Zustande. Die Schuld an dieser schlechten Beschaffenheit des Wassers liegt nach dem Urtheil Sachverständiger zum größten Teil an der unruhigen und verwerflichen Verwendung des Leitungswassers, da gegenwärtig 134 Liter für den Kopf der Bevölkerung täglich verbraucht werden, während 60 bis 70 Liter vollkommen genügen würden. Ein ökonomischer Verbrauch des Wassers würde ein langsameres Filtrieren möglich machen und damit zugleich eine Verbesserung des Wassers herbeiführen. Um den Wasserverbrauch zu beschränken, ist bereits das Spülen der Kinnsteine u. s. w. eingestellt, dafür werden Kalklösungen über alle Kanalaröffnungen gegossen. Im allgemeinen tritt die Cholera in den letzten Tagen nicht härter auf, aber täglich erfolgen doch Meldungen von Erkrankungen aus den verschiedensten Stadtteilen. — Stettin, 21. Oktober. Seit dem 23. September, dem Tage des Ausbruchs der Cholera, sind bis einschließlich heute 33 Personen der Epidemie erlegen. — Königsberg, 22. Oktober. Bei Schmalkeningen ist ein plötzlicher Ausbruch von Cholera, in Danzig ein Weichselkrieger unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. — Rom, 23. Oktober. In den letzten Tagen sind in Livorno 2 Todesfälle an Cholera vorgekommen, in Palermo 12 Erkrankungen und 7 Todesfälle. Hier sind 2 verdächtige Erkrankungen gemeldet worden.

Hamburg, 24. Oktober. Gustav Maurice, Direktor des Thalia-Theaters, ist im Alter von 57 Jahren gestorben. Durch das Obergericht in München kommt auch der Münchener Magistrat in Mitleidenschaft. Er muß, da er in Valley Grundbesitz hat, Nachwachsdienst leisten. — Geschieht ihm gerade recht. Wie verlautet, soll jede Nacht ein anderer Herr Nach in Schiffhut und Regen losziehen, d. h. wenn's a Schneid' ham!

Depechen.

(Depechen des Bureau Herold.)

Wien, 24. Oktober. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Beratung der Wahlreform-Vorlage führte Hohenwart aus, der Klub der Konservativen habe in Erwiderung des der Regierung jederzeit entgegengebrachten Vertrauens gehofft, in einer so wichtigen Frage wenigstens vor Ueberfahrungen gesichert zu sein; leider sei diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe sei nicht zufriedenstellend. Durch die angeregte Wahlreform werde der politische Einfluß des Mittelstandes in Stadt und Land stark herabgedrückt. Es wäre ein Gebot der Klugheit gewesen, gerade den Bürger- und Bauernstand in der gegenwärtigen Stellung eher zu stärken als zu schwächen. Die Regierung sei nicht im Stande die Konsequenzen hinzuzuführen. Es sei total unrichtig, daß die ländliche Bevölkerung von der Wahlreform nichts zu befürchten habe. Die niedrigen Schichten der Bevölkerung, welche der Politik apathisch gegenüberstehen, würden leicht eine Beute der sozialistischen Emisäre. Noch stärker sei das Wahlrecht der städtischen Bürgerschaft bedroht. Obwohl die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung liberalen Prinzipien huldige, müsse doch die konservative Partei für dieselbe eintreten. Eine Schädigung der städtischen Bürgerschaft involviere aber auch eine Schädigung des Staates. Die konservative Partei könne nicht zugeben, daß das politische Schwergewicht von den besitzenden Klassen auf die beschloßen abgewälzt werde. Dadurch würde ein höchst bedenklicher Zustand herbeigeführt. (Lebhafte Weisfall.) Nachdem Lindbacher seinen Wahlreformantrag begründet hatte, führte Stadtmitt (Pole) aus, das allgemeine Wahlrecht würde auch auf die militärische Disziplin nachtheilig einwirken, da jeder Rekrut mit Klagen bei seinen Abgeordneten drohen könnte. In Galizien würden die neuen Wählerklassen Anarchisten erzeugen; sollte die Regierungsvorlage durchdringen, dann könnte Rußland Einfluß auf die Massen in Galizien gewinnen. Nachdem Schleisinger (Antifemist) für und Demel (liberal) gegen die Vorlage gesprochen hatte, wurde die Verhandlung abgebrochen.

Die deutsche Nationalpartei wird in der Wahlreform-Debatte eine Erklärung abgeben, in welcher sie sich für die möglichst weitgehende Ausdehnung des Wahlrechtes mit direkten Landgemeinde-Wahlen ausspricht, sich jedoch dagegen erklärt, daß gerade die deutschen Bürger und Bauern der Majorisierung durch die Massen preisgegeben werden. Die Entscheidung der Partei werde von der Ausnahme dieser Abänderung abhängen.

Budapest, 24. Oktober. An die österreichische Regierung ergeht seitens des Regierungsorgans die Aufforderung, mit den Parteien eine Verständigung zu bewirken, da andernfalls durch die Auflösung des Reichsrates allgemeine Wirren unausbleiblich seien. Der „Pester Lloyd“ bemerkt, daß das österreichische Ministerium aufhöre, seine politische Rolle fortzuspielen, es wolle durch die Reichsrath-Auflösung nur seine eigene verdecken.

Paris, 24. Oktober. Ein angeblich Deutscher wurde in der Nähe der Festung Montrenay von Soldaten überfallen, als er die Gegend aufzeichnete. Er wurde als Spion verhaftet.

Serajewo, 24. Oktober. Heute früh 6 Uhr 10 Minuten fand in Ploestje und Brijopolje in der Richtung von Nordwest nach Südost ein fünfzig Sekunden dauerndes Erdbeben statt, welches von Getöse begleitet war.

Briefkasten der Redaktion.

An die Vererkshausvorstände etc. In letzter Zeit gehen uns wieder öfters Mitteilungen zu, die nicht mit dem Stempel der Gewerkschaften versehen sind. Da uns häufig die Personen unbekannt sind, können wir dann nicht beurtheilen, ob es sich um offizielle oder private Mitteilungen handelt, wodurch häufig unliebsame Verzögerungen entstehen. Sozialistenmarsch (Schönebeck). Vielleicht bei Kessler, Raufherstraße.

Mechanische Weberei

F. M. Merkel, Charlottenburg, Berlinerstraße 126.

Eigene Fabrik von Kleiderstoffen aller Art.

Grosses Lager in Herbst- und Winter-Neuheiten, Fabrik-Niederlage von Teppichen, Gardinen und Tischdecken.

Ferner empfehle mein großes Lager in Trikotsagen, Wäsche, Unterröcke, Schürzen, Schirme, Schulterkragen, Korsetts, Tücher, Schlaf- und Reisdecken.

Feste Preise. 50412* Koulante Bedienung.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Büchermöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.

Berlin S.O., Köpenickerstr. 25.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz.

größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar.

Ich jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Volkszither

dürfte in keiner Familie fehlen, ist in einer Stunde zu erlernen, kostet mit Schule nur 14 Mark und ist die angenehmste Musik.

Aug. Kessler, Zitherfabrik, Lausitzerstr. 51.

Landwolle

garantirt nicht einlaufend, sehr empfehlenswerth gegen Schweissfüße. Schoß 25 Pf. Alleinvertauf für Berlin Richard Stock, Wrangelstr. 119.

66. Resterhandlung.

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.

Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.

66. Karls, Waldemarstrasse 66.

Rechtsbureau: Zivil- u. Strafprozess, sowie Verwaltungssachen. Rath unentgeltlich. Wilmersdorf-Alexisstr. 43, IV r., Ecke Primstraße. 2735b

Fertige Betten, großer Stand,

Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, m. gerein. neuen Federn, v. 12 Mk. an, fertige Inlets, Bettwische, Matragen, alle Arten Stepp-, Schlaf-, u. Bettdecken, Polsterbettsstellen empfiehlt billigt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafte Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 49228*

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Größe 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenaugen, in reizenden Jacquard-Rustern, Größe 150 x 200 cm. per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M. Reine illustrierte Preisliste oder hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 3783L*

Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Größtes Bettfedern-Spezial-Geschäft C. M. Schmidt, Andreasstr. 59, vorn eine Treppe.

Gereinigte neue Bettfedern per Fd. 50 Pf. bis zu den feinsten Sorten. Fertige Betten, kompletter Stand (Decke, Unterbett, 2 Kissen) 10 Mark. Bessere Betten ebenfalls sehr billig. Nur streng reelle Bedienung. Fertig genähte Inlets stets vorrätig.

Roh-Tabak. Das reich sortirte Lager in allen in- und ausländischen Rohtabaken und in allen Preislagen empfiehlt 6042L*

W. Lindenstaedt, 179 Brunnen-Strasse 179, 48 Sandbergerstraße 48.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4495L*

am hiesigen Plage wie bekannt

größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Charlottenburg.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Cigarren-Geschäft auf's Beste. 2746b

Gustav Abraham,

Wilmersdorferstraße Nr. 66,

nahe dem Bahnhof.

Mehl, Hülsenfrüchte,

Landesprodukte,

Mühlenfabrikate etc.

liefern preiswerth in anerkannter Güte

2834b P. Herrguth,

Müllerstr. 180 (Wedding-Platz.)

Achtung! Kein Laden.

Kontroll-Zahnummer.

Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren

1 Mark. Garantie rein amerikanische

Tabake. Hippenabak 2 Pfd. 60 Pfg.

3561L G. F. Dinslage,

Kottbusserstr. 4, Hof part.

Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle

des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-,

Alfenidewaaren (Eig. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfehlen sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Strasse 37

Meyer's Lexikon,

Brockhaus, Brehm's Thierleben kauft

Antiquariat Kochstraße Nr. 56 L.

Fernsprecher: Amt IV, Nr. 895.

Von meiner Krankheit hergestellt, habe ich die Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Joseph Löwenstein, 2762b Al. Frankfurterstr. 5.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Moritzplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt

Heinr. Franck, Handlung Brunnenstr. 185.

Rußbaum-Wirthschaft, fast neu, Umstände halber billig, Sebarkianstraße 71, 1 Tr. links, am Moritzplatz. 5193R

Bereins-Abzeichen etc. H. Guttman, Brunnenstr. 9.

Stempel

Gardinen-Reste zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, pr. Eing. v. Flur.

Zanzmäuse, weiße Mäuse, Vögel, Lachtauben, Vogelbauer, Meerfische, Kaninchen, alle Arten Tauben laut Heß Rodtmann's Thierhandlung, Radaiistr. 1, Schleißer Bahnhof. 2754b

Eine Destillation, passend für kleine Familie, sofort zu verl. Gipsstraße 4.

Prachtvolle neu renov. Restaurationsräume, bestehend aus: 1 Laden, 1 Saal für 200 Personen, Vereinszimmer, zwei Winterterrassebahnen, gr. Wohnung — Inventar theilw. vorhanden — sofort billig zu verm. Schönleinstr. 6. 2755b

Kleine Wohnungen v. 1, 2 u. 3 Stuben, Küche und Kloset sind billig zu vermieten Marienburgerstr. 35.

Dresdenstr. 18, v. III L, ist eine febl. möbl. Schlafst., sep. C., f. D. billig zu verm. 2656b

1 Stube u. Küche, Hof part., 85 Thlr., Mittenwalderstr. 55. 2645b*

Möbl. Schlafstelle zu vermieten bei Trümper, Schleißerstr. 5, v. 3 Tr.

Hüben und drüben.

Ein Bild vom englischen Kohlenausstand.

London, 21. Oktober 1893.

Der Kampf der verbündeten Kohlengrubenbesitzer gegen die Föderation der Kohlenarbeiter zieht sich bedenklich in die Länge. Wohl hat in den Reihen der Ersteren die Defektion bereits eingesetzt; in einigen Grafschaften, deren Förderung sich allerdings mit der Zentren des Kampfes — Lancashire, Yorkshire und Derbyshire — nicht messen kann, wird wieder flott gearbeitet, in der letztgenannten Grafschaft ist ein erheblicher Theil, in Yorkshire und Lancashire wenigstens eine Minderheit von Gruben wieder in Betrieb, aber zwei Drittel der Belegschaft des Föderationsgebietes sind doch noch immer im Ausstand. Die Großen unter den Kohlengrubenbesitzern, die treibenden Geister des Besitzerverbandes, halten an der Forderung seiner wesentlichen Herabsetzung der Löhne fest und schwören Stein und Bein, lieber ihre Gruben ganz zu schließen, als in die Fortzahlung der alten Löhne zu willigen.

Aber ebenso fest wie die Herren halten die Arbeiter an ihrer Erklärung fest, in keine Reduktion der bisherigen Löhne zu willigen, und ungleich den Meistern, haben sie noch keine Defekteure in ihren Reihen zu verzeichnen. Trotzdem die größte Noth bereits bei ihnen eingeleitet ist, legen die Arbeiter in den Föderationsdistrikten, sowohl diejenigen, die Mitglieder der Föderation sind, als die ihr nicht angehören, eine Ausdauer im Widerstand an den Tag, die wahrhaft bewundernswürdig genannt werden muß und einen Sieg auf der ganzen Linie zu erhoffen berechtigt. Zur Zeit wäre es ja verfrüht, zu sagen, daß die Arbeiter schon gesiegt hätten; sie sind nur erst auf dem Wege dazu — sie haben nur erst einen Theil der gegnerischen Positionen genommen, sie sind im Vorwärtigen, aber noch nicht am Ziel.

Siegen sie, so haben sie formell eigentlich nur wenig erreicht; sie haben einen Lohnsatz aufrecht erhalten, den sie in herben Kämpfen errungen, und der, wie sich jetzt herausstellt, ihnen noch immer nur eine sehr bescheidene Existenz ermöglicht. Und sie haben ihn aufrechterhalten, indem sie sich und die Ihrigen durch lange Wochen hindurchgehungen. Aber es steht mehr in dem jetzigen Kampf als nur die bloße Lohnfrage. Der Sieg wird die Position des Unternehmertums bis in die Grundfesten erschüttern machen. Hier ist ein Ausstand, provozirt, wie fast alle großen Ausstände der letzten Zeit, von den Unternehmern, provozirt zu einer von ihnen anserlesenen, zu der ihnen g u n s t i g e n Zeit, und dieser Ausstand, ausgedehnt auf ein Gebiet von bisher unerhörter Weite — man denke, gegen dreihunderttausend Arbeiter mit ihren Familien wurden durch ihn betroffen — beendet, nicht durch Unterwerfung der von der Hungerpeitsche zurückgetriebenen Arbeiter, nicht durch einen Kompromiß, der den Meistern, sei es auch nur den Schein eines moralischen Erfolges gewährt, sondern durch bedingungslosen Verzicht auf ihre Forderung, das k a n n nicht anders als sich auch fürderhin bei allen Konflikten, bei allen Verhandlungen zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft weiterwirkend fühlbar machen. Neben sonstigen Rücksichten ist die Furcht vor dieser Untergrabung ihres Einflusses der Hauptgrund, der die Größten der Großen unter den Kohlengruben-Besitzern zum zweifelhaften Festhalten an ihrer, durch den Stand des Kohlenmarktes nicht mehr zu verteidigenden Forderung antreibt. Wenn die Absicht, die Macht der Bergarbeiter-Föderation zu brechen, anfangs nur einer der Zwecke ihres Vorgehens war, so ist er jetzt der vornehmste, der den Ausschlag gebende Zweck geworden.

Wenn die Arbeiterföderation siegreich bleibt, so dankt sie dies indes nicht nur der Vortrefflichkeit ihrer Organisation und dem ausgezeichneten Geist ihrer Mitglieder und der sonstigen mit in den Ausstand gezogenen Arbeiterschaft. Es kommen ihnen noch zwei Umstände zu gute, in bezug auf welche selbst bei der besten Organisation und dem trefflichsten Geiste die Arbeiter des Festlandes ihnen gegenüber im Nachtheil sein würden.

Der eine ist, daß England kein Militär- und Polizeistaat ist und die organisierten Arbeiter infolge dessen eine unendlich größere Möglichkeit haben, ihre Stimme geltend zu machen als zur Zeit auf dem Festlande. Ich meine darunter nicht Reden und Beschlüsse in Versammlungen, Aufrufe in der Presse und dergleichen. Das ist ja mehr oder minder auf dem Festlande auch gegeben. Aber mit Reden, Aufrufen, Beschlüssen allein wird ein Kampf wie dieser nicht ausgefochten, da bedarf es — man mag darüber zeteren wie man will — eines stärkeren Druckes, da ist auch ein größerer oder geringerer Z w a n g notwendig. Die Unternehmer üben ihn dadurch in ihren eigenen Reihen aus, daß sie einander hohe Konventionalstrafen für den Fall des Zuwiderhandelns gegen die gefassten Beschlüsse auferlegen und sich durch Rationen der Zahlung versehen. Für die Arbeiter fällt dieses Mittel weg, und wenn es ihnen das Gesez und dessen Handhabung unmöglich machen, sich anderweitig zu helfen, dann sind sie von vornherein den koalirten Meistern gegenüber im Nachtheil. Der Wortlaut des Gesezes verbietet nun allerdings auch den englischen Arbeitern, durch Gewaltandrohung oder Gewaltausübung andere am arbeiten zu verhindern, aber wie anders ist es gehandhabt worden als in ähnlichen Fällen auf dem Festlande. Man nehme selbst das Beispiel von Featherstone, das der Regierung und den örtlichen Behörden so scharfe und von jedem in seiner Art auch verdiente Angriffe zugezogen. Was ist da alles vorausgegangen, ehe die verhängnisvollen Schüsse fielen! Schon zwei Tage vorher hatten Arbeiterhaufen die Leute, die für die Kompagnie den abgelagerten Kohlenstand auf Wagen verladen, von der Arbeit verjagt, am nächsten Tage verlangte eine Deputation von Arbeitern vom Leiter der Grube das Versprechen, zunächst für einige Tage das Ausladen des Kohlenstandes ganz einzustellen, und am Tage des Zusammenstoßes selbst waren schon Vormittag Arbeiter und Arbeiterfrauen auf den Hof des Kohlenwerkes eingedrungen und hatten die dort stehenden Wagen umgestülpt und ihres Inhalts entledigt, und von da ab war den ganzen Tag über das Werk von

einem stets anwachsenden Haufen belagert geblieben. Auf dem Festlande hätte das wahrscheinlich schon genügt, die Masse mit Gewalt auseinander zu treiben und eventuell scharf zu feuern, aber bis dahin ist der Vorgang in Featherstone wenig unterschieden von dem, was sich auf anderen Gruben im Ausstandsrevier zugetragen. Von solchen Vorkommnissen macht man hier kein übermäßiges Aufsehen, sondern sucht die Sache in der Stille beizulegen. So hat man denn auch nirgends gewagt, mit von Auswärts herbeigezogenen Arbeitern den Betrieb aufzunehmen, weil das unfehlbar zu einem blutigen Zusammenstoße geführt hätte. Und wie schon die Schüsse in Featherstone — die doch erst Abends um 9 Uhr erfolgten, nachdem stundenlang vorher das Werk und die dasselbe besetzt haltenden Beamten und Soldaten mit Steinen bombardirt, die Holzlager, Schuppen, Wagen etc. in Brand gesetzt worden — von der Arbeiterschaft des ganzen Landes mit einhelligem Protest aufgenommen wurden, unter dessen Druck die Regierung sich genöthigt sah, eine genaue Untersuchung darüber zu veranstalten, ob auch wirklich die Tumultuanten Menschenleben bedroht, und keine anderen Möglichkeiten gegeben waren, die Ruhe wiederherzustellen, so würden Hintenschüsse gegen ausländische Bergarbeiter, um die Arbeit von Blacklegs zu beschützen, einen wahren Sturm im Lande erregen, gegen den die Entrüstung über Featherstone gering zu nennen wäre. Das weiß die Regierung und wissen die Kohlenmagnaten, und ebenso wissen sie, daß das Einstellen von herbeigezogenen Arbeitern von den Ausständigen mit Tumult und Zerstörungen beantwortet werden würde. Die Unternehmer beschränken ihre Versuche, den Widerstand der Arbeiter zu durchbrechen, darauf, daß sie ihren Belegschaften anbieten, mit geringeren Lohnreduktionen den Betrieb aufzunehmen zu wollen, sie suchen sie zu verlocken, aber drohen ihnen nicht, sie zu verdrängen.)

Hinzu kommt freilich, daß die dreihunderttausend Bergarbeiter zugleich eine politische Macht sind. Mit kleineren Gruppen von Arbeitern macht man schon weniger Federlesen. Aber der Polizei- und Militärstaat wird doch auch da nicht erreicht.

Während also die Arbeiter in der Lage sind, sich ganz anders zur Wehr setzen zu können als ihre Kameraden auf dem Festlande, wird ihnen auf der anderen Seite auch aus den Kreisen des Publikums in viel höherem Grade Hilfe zu Theil als z. B. in Deutschland. Es ist ja auch bei uns hier und da vorgekommen, daß in bürgerlichen Blättern für Streikende Geldsammlungen veranstaltet wurden, aber wie kläglich war gewöhnlich das Resultat. Hier wird in dieser Hinsicht wirklich außerordentlich geleistet. Gewiß spielen da nicht immer ganz uneigennütige Motive mit. Die Blätter, die die Sache der Ausständigen aufgenommen haben, verbinden damit Beklamezwecke, die Politiker, die sich an den Sammlungen beteiligen, thun es meist aus Rücksicht auf ihre Wähler, und die Geislichen, die sich an die Spitze der Hilfsvereine für die Frauen und Kinder der Ausständigen gestellt, haben bei diesem „christlichen“ Werk sicher auch die Zwecke ihrer resp. Kirchen im Auge. Indes es handelt sich nicht nur darum, daß etwas geschieht, sondern auch wie und in welchem Umfange es geschieht. Und da ist es wirklich hochinteressant, die Sammlungen in der Presse zu studiren. Beiträge von 20, 50, ja 100 Pfund Sterling kommen fast täglich vor, dann liest man häufig „Opferstück der und der Kirche“, oder „Gesammelt nach der Predigt des Reverend So und so“, „Gesammelt in der Sonntagsschule“ (die Sonntagsschulen sind ebenfalls religiöse Institutionen), oder auch „Gesammelt in der und der Knaben- oder Mädchenschule“, und selbst „Gesammelt vom Bürgermeister dieser oder jener Stadt“. Mitglieder aller Gesellschaftsklassen, aller politischen und religiösen Bekenntnisse, aller Altersklassen betheiligen sich an den Sammlungen, und in den Ausstandsdistrikten selbst sind Hilfsstationen eingerichtet, als handele es sich nicht um einen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sondern um den Kampf gegen ein nationales Unglück, einen Krieg, eine Pest oder dergleichen. „Wir wollen uns nicht in den Streit selbst einmischen, wir wollen nur nicht, daß er durch den Hunger von Kindern und Frauen entschieden wird“, ist oft die Motivirung, unter der Hilfe gewährt wird. Bei dem Einen vielleicht mehr Ausrede, um es nicht mit den Kapitalisten zu verderben, im Großen und Ganzen aber doch der Ausbreitung weiter Kreise der Bevölkerung. Man hält für nicht „fair“, nicht recht und billig, daß die Bergarbeiter, weil ihre Kinder hungern, zum Nachgeben gezwungen werden sollen. Soweit ist eben das Publikum hier schon erzogen.

Aber eine Armee von Hunderttausenden mit ihren Familien zu erhalten, erfordert enorme Mittel, und bei dem allgemeinen Darunterliegen der Geschäfte geht doch Alles in Allem höchstens soviel ein, um den äußersten Hunger abzuwenden. Es werden denn auch immer mehr Stimmen laut, die außergewöhnliche Maßregeln zu gunsten der Arbeiter verlangen. Unter anderem ist eine Kundgebung der Geistlichkeit aller Schattirungen in diesem Sinne angeregt worden, und von den sektirerischen Verbindungen haben sogar einige schon ziemlich offen in diesem Sinne Stellung genommen. Andere fordern, nachdem der Vermittlungsversuch der Bürgermeister („Mayors“) von fünf Städten des Nordens gescheitert, eine Vermittlungsfaktion der Regierung. Aber es ist da nicht viel zu vermitteln. Die Unternehmer bestehen darauf, die Löhne müßten sich nach den Preisen richten, die Arbeiter aber sagen: Der jetzt erreichte Status ist ein Minimum, unter das wir nicht herabgehen. Will also die Regierung

*) In Yorkshire haben einige Grubenbesitzer Miene gemacht, die Arbeiter, die natürlich jetzt keine Rente zahlen können, aus den der Grubenverwaltung gebührenden Häusern zu ernutiren. Es scheint ihnen aber die Lust dazu vergangen zu sein. Die Führer der Bergarbeiter von Yorkshire haben offen erklärt, daß jedem derartigen Versuch gewaltsamer Widerstand entgegenzusetzen werden würde, ob dann Blut fließen werde oder nicht, und die Leute des Nordens sind trotz ihrer Frömmigkeit von dem Stoff Wort zu halten.

interveniren, so muß sie für die Einen oder für die Andern entscheiden, und dazu hat sie das Herz nicht.

So kann sich der Streik doch noch länger hinziehen, als man geglaubt. Allzuviel ist indes auf die präherliche Erklärung der Großhanse unter den Kohlenmagnaten, die Gruben eventuell bis Neujahr und noch länger außer Betrieb zu lassen, nicht zu geben. Solche Erklärungen sind schon wiederholt am Vorabend vollendeter Niederlagen hinausposaunt worden. Tag für Tag bröckeln einzelne Unternehmer vom Verbanne ab. Eine Weile mögen das die Großen noch mit ansehen können — dank der schrecklichen „Verluste“, mit denen sie angeblüh in der letzten Zeit gearbeitet. Aber wenn's nicht nachläßt, so stürzt in einem schönen Moment der ganze Bau zusammen, und unter den Großen bricht die Deroute ein. Das ist das wahrscheinlichste und auch das wünschenswerthe Ende dieses Ausstandes.

Versammlungen.

Eine Volksversammlung, einberufen von der Arbeiter Sanitätskommission, nahm am 23. Oktober den ersten Jahresbericht derselben entgegen und beschäftigte sich des Weiteren mit dem Boykott der Charitee. In der Versammlung, zu der die Vorstände und Mitglieder der Krankenkassen ganz besonders geladen waren, hatten sich viele Damen und auch eine Anzahl Ärzte eingefunden. Der Vorsitzende Dr. Jabel, der den Bericht gab, erläuterte zunächst die Entstehungsgeschichte der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission. Der Opferwilligkeit der Arbeiter allein ist es zu danken, daß die Kommission das leisten konnte, was sie geleistet hat. Die Einnahmen, worunter sich größere Summen von Wahlvereinen, Gewerkschaften, dem Sängerbund etc. befinden, beliefen sich auf 1005,75 M., die Ausgaben betragen 653,10 M., wovon 355,85 M. als Befoldung respektive Entschädigung an die Kontrolleure zur Auszahlung gelangten. Der Ueberschuß betrug bei der Revision 352,65 M. Der Bestand hat sich jedoch durch weitere Zuwendungen bereits wieder bedeutend vermehrt. Eingegangen waren im Laufe des vorigen Jahres 680 Meldungen, zur Hälfte von Mitgliedern der Kommission und Kontrolleuren, sowie aus dem Publikum. Jeder Eingang sei durch zwei Kontrolleure gewissenhaft geprüft worden; trotz Drohungen und widersprechenden Berichtigungen der davon Betroffenen ist in keinem einzigen Falle eine Klage anhängig gemacht worden. Die Schwierigkeit der Kontrolle erbeile aus dem Umstand, daß sie freiwillig und unentgeltlich von Arbeitern ausgeführt wurde, die am Tage schwer arbeiten mußten und dieselbe daher nur nach Feierabend oder des Sonntags vornehmen konnten. Ein immerwährender Wechsel des Personals wirkt gleichfalls nicht zum Vortheil der Einrichtung, deshalb habe die Kommission in ihrer letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, so weit es die Mittel gestatten, besoldete Kontrolleure, als welche auch Damen sehr willkommen sind, anzustellen, und diese mit Legitimationskarten auszustatten. Die zweite Schwierigkeit, die sich der Kommission entgegenstellte, war die Bearbeitung des eingesandten Materials. In vielen Fällen wurde nach Prüfung der Bescheide beim Hauswirth Abstellung der Mißstände erzielt; wo sich dieselben aber hartnäckig zeigten, wurden sie der Verantwortlichkeit preisgegeben. Im ganzen sind im „Vorwärts“ 40 derartige Veröffentlichungen erfolgt, und hatte die Kommission die Genugthuung, daß die Behörden nachforschen ließen und Remedur schafften. Keineswegs wolle man sich mit diesen Erfolgen brüsten, doch sollten sie jeden zur Nachahmung anspornen. Für aufgeklärte Arbeiter enthalten dieselben ein Agitationsmaterial, wie man es sich kaum besser denken kann. Wir haben zu zeigen, wie die Dinge in der heutigen Gesellschaft liegen und wie leicht sich bei einem vernünftigen Wirtschaftssystem alle diese Uebelstände beseitigen ließen. Der Redner besprach sodann die seitens der Kommission vorgenommene Untersuchung der Arbeiterwohnungen in der Sorauerstraße, über welche Dr. Braun eine Broschüre geschrieben habe, die für 35 Pfennig im Verlag des „Vorwärts“ resp. bei allen Korrespondenten erhältlich sei, und weiter die gleichfalls von der Kommission vorgenommene Bäcker-Enquete, über welche bekanntlich selbst der Stellvertreter des Polizeipräsidenten, Herr Friedheim, sich anerkennend ausgesprochen und den königl. Revier-Sanitätskommissionen als Muster empfehlen mußte. Es soll versucht werden, für diese offiziellen Sanitätskommissionen geeignete Arbeiter als Mitglieder in Vorschlag zu bringen. Dr. Jabel sprach allen Mitarbeitern den Dank für ihre selbstlose Aufopferung aus und ermunterte sie, in gleicher Weise auch in jenerer Zeit sich in den Dienst dieser guten Sache zu stellen. Im nächsten Jahr werde sich die Kommission eine Untersuchung der Massenherbergen, der sog. Pennen und christlichen Heimstätten und Vereinshäuser, sowie der Werkstätten und Fabriken mit gesundheitschädlichem Betriebe angelegen sein lassen. Hierbei werde sich nicht nur Material für die statistischen Erhebungen der Gewerkschaftskommission, sondern auch für die Reichskommission ergeben. Die Stadtverwaltung soll zur Bornahme einer allgemeinen Wohnungs-enquete aufgefordert werden, da sie weit wirksamere Mittel als wir dazu besäße. Auf die Untersuchung snatlicher und städtischer Infinitie, wie Gassenhallen, Krankenhäuser, Schulen, Kasernen, Gefängnisse etc. werde man gleichfalls das Augenmerk lenken. (Beifall.)

Ohne Widerspruch hielt hierauf Dr. Jabel auch das Referat, betreffend den Boykott der Charitee, nach dessen Beendigung sich die Diskussion gleichzeitig über beide Punkte der Tagesordnung erstreckte. Der Redner führte aus:

Die unausgesehenen Beschwerden über Mißhandlungen, vernachlässigte Pflege, schlechte Ernährung etc. der in der Charitee Heilung suchenden Kranken haben die Vorstände der Krankenkasse bisher leider vorübergehen lassen, ohne von der Direktion Abhilfe zu fordern. Niemals sei gegen die Charitee provokatorisch vorgegangen worden, nur das, was die Patienten berichteten, sei veröffentlicht worden und für die berechtigten Klagen der Patienten könne lediglich die Verwaltung verantwortlich gemacht werden. Den ersten Anlaß zur Beschwerde gab die Behandlung der Kranken in der sogenannten Neuen Charitee. Dort bestche das Wärterpersonal aus früheren Unteroffizieren, welches der Direktor S p i n o l a deshalb für das geeignete Wärterpersonal halte, weil nach seiner Meinung die Mehrzahl der Inassen Zuhälter sind. (Beifall.) Gewöhnlich waren die Stationen der Geschlechtskranken (26 und 27) übervoll, da alle anderen Krankenhäuser Geschlechtskranke zurückwiesen. Infolge der schlechten Behandlung und Pflege verließen die meisten Patienten die Anstalt, sobald sie dazu irgendwie in der Lage waren, das heißt also, bevor sie vollständig geheilt waren. Eine Infizirung weiterer Personen konnte dabei naturgemäß nicht ausbleiben. Endlich sei es gelungen, daß auch die drei städtischen Krankenhäuser derartige Kranke aufnehmen. Allerdings hätten, wie er gehört habe, die städtischen Behörden beschlossen, solche Kranke jetzt nur noch in Moabit aufzunehmen, da nicht genügend „berartiges

Material" vorhanden wäre, um je eine Station in jedem der drei Krankenhäuser zu stellen. In den Arbeiter- und deren Familienverwaltungen liege es nun, sich alle drei offen zu halten und es wird gelingen, wenn der Boykott speziell gegen die Geschlechtsstation der Charitee aufrecht erhalten wird. Der Redner ging dann auf die Behandlung, anfangend bei der Aufnahme, alle Stationen bis zur Entlassung der Kranken in der Charitee durch und sprach seine Verwunderung aus, daß trotz der übereinstimmenden wiederholten Beschwerden bis zum heutigen Tage alles beim alten geblieben sei. Er zog dann Vergleiche zwischen dieser "Krankenstation" und anderen deutschen und englischen Krankenhäusern, bei denen sowohl, was Verpflegung als auch sanitäre Einrichtung betrifft, der Vergleich sehr zu ungunsten "des alten Systems", wie der Redner die Charitee sehr richtig nannte, ausfiel. Bei der geringen Besoldung des Wärterspersonals — männlich sängt mit 18, weiblich mit 12 M. monatlichem Gehalt, natürlich bei freier Station, an — sind Unterschleife leicht erklärlich. Da übrigens viel zu wenig Wärter vorhanden, so ist die Aufsicht der Kranken eine mangelhafte. Die Ernährung der Kranken, die durch ein Dekret der Direktion unter Hinweis auf ein Reskript des Ministeriums noch mehr Sparfameit zu üben, vor einiger Zeit weitere Einschränkung erfuhr, ist durchaus ungenügend. Die Ärzte sind bei Verschreibung stärkender Speisen und Getränke allen möglichen Beschränkungen unterworfen. Einige Stellen aus einem Bericht des Dr. Croner veranschaulichte den Zuhörern den Unterschied unserer und englischer Krankenhäuser. Die Ausnützung der Kranken zu Studienzwecken, wobei am Körper des Proletariats dem jungen Arzt vordemonstriert werde, wie er vorkommenden Falles den Vorgang zu behandeln habe, scheine der Hauptzweck der Charitee zu sein. Wohl sei eine Belehrung der Studenten anders kaum möglich, dabei müsse aber eine rücksichtsvollere Behandlung, als es jetzt häufig geschieht, Platz greifen. Nicht nur Patienten und Wärter klagen, sondern auch die dirigierenden Ärzte. Es fehlt am Nötigsten. Sie sind jedoch machtlos, als Angestellte können sie nur unterbändigste Wünsche aussprechen, aber keine Forderungen stellen. Bei den heutigen Verhältnissen sei das erklärlich, man habe wohl ungezählte Millionen für Kanonen, Panonette u. s. w., aber nicht einige Tausende für Zwecke der Besserung menschlichen Glucks übrig. Bisher war die Stadt Berlin der Hauptgeber für die Charitee. Bei einer Gesamtsumme von 1 297 000 Mark habe der Staat im vorigen Jahr nur einen Zuschuß von 201 000 Mark geleistet. Bei den drei städtischen Krankenhäusern, welche eine Einnahme von 466 000 Mark erzielten, zahlte die Kommune einen Zuschuß von 1 137 000 Mark. Das Geheimnis der unergieblichen Zustände in der Charitee liegt also nur in der Knauerei der staatlichen Behörden. Hier betrage die Verpflegung pro Kopf 1,23 Mark, bei den städtischen Krankenhäusern 2,49 bis 3,74 Mark im Durchschnitt. Nach einem Rückblick auf die Entstehung und geschichtliche Entwicklung der Charitee, besonders deren militarischen Charakter betont, behandelte Dr. Jadel noch die vollständige Weisheits-Anfreiheit der in derselben befindlichen Patienten betreffs der Beschaffung der ihnen geeignet erscheinenden Heilmittel (Verbot des "Vornamens") und kam zu dem Schluss, die Zustände in der Charitee seien derart, daß jeder Arbeiter, der noch auf Ehre halte und nicht wie ein Zubehöler behandelt sein wolle, auf eine Aufnahme in der Charitee unter allen Umständen verzichten müsse. Im "Weißen Hause" werde ebenfalls der Antrag eingebracht werden, der Charitee keine Kranken mehr zu überweisen. Er empfahl die Zusammensetzung einer Kommission aus den Vorständen der Klassen, die sich bisher für den Boykott der Charitee erklärt haben (ca. 40), damit diese alle Berichte und Beschwerden sammelt und die Agitation für den Boykott der Charitee in immer weitere Kreise trage. Mit einer Zusammenstellung von Minimalforderungen werde man sich alsdann an die Verwaltung der Charitee eventuell an den Minister wenden. Treten alle Klassen dem Boykott bei, dann muß die Charitee in kurzer Zeit nachgeben. Bis jetzt habe erst eine Hilfsklasse sich dem Boykott angeschlossen. Allerdings ließ der Referent keinen Zweifel aufkommen, daß derartige menschenwürdige Zustände erst dann gänzlich beseitigt sein werden, wenn es keine Reichen und Armen mehr gebe, das heißt, wenn wir eine andere, und zwar die von uns erstrebte Gesellschaftsform haben werden. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine interessante, lebhaft debattierte, die sich bis lange nach Mitternacht hin zog. Mehr als zwölf Redner, zum Teil frühere Patienten der Charitee, bestritten die von Dr. Jadel besprochenen Uebelstände in vollem Umfange. Dieselben betreffen sämtliche Klassen; selbst die Beschaffenheit des Leichenstellers wurde in die Diskussion mit hineingezogen. Die Herren Dr. Schiff und Dr. Wecher suchten das Vorgebrachte abzumildern, wurden aber angefordert, die Verhältnisse der Charitee nicht durch eine gefärbte Brille in Augenschein zu nehmen, sondern den Versuch zu unternehmen, gelegentlich Patienten dieser famosen "Heilanstalt" zu werden und persönlich Erfahrungen zu sammeln. Dr. Wecher bestritt beispielsweise die überlieferte Tatsache, daß für vermögende Personen in der Charitee Extrazimmer mit besonderer Verpflegung und Bewachung existieren. Tischler König verwies auf die Panikstation, der er kürzlich wiederholt einen Besuch abgestattet und bemerkt habe, daß in einem Raum von etwa 14 Meter Länge 6 Meter Breite und 3 Meter Höhe 13 Betten seien. Durch den großen Nachschub und eine eingebaute Gasse gebe obendrein noch ein bedeutender Lustraum verloren. In diesem Raum find unter Männern jeden Alters auch einige Schulknaben untergebracht, auf die die Gespräche der erkrankten jedenfalls nicht sehr erzieherischen Einfluß haben. Münchow klagte über Verletzung des Besuchsheimnisses durch die Verwaltung und über die Kasseinrichtungen in der Augenstation. Fuchs beantragte die Sarglieferung der Chariteeverwaltung, den Leichenstau und die wenig pietätvolle Behandlung der Toten, die im Leichenstauer ohne jede Bekleidung, nur mit einem Zettel an der großen Fuge versehen, daliegen. Lutra führte an, daß man in der chirurgischen Station die Selbstanschaffung von Kräften fordere mit der Begründung, die Charitee habe zu deren Anschaffung kein Geld. Herrmann bestätigte, daß Bestrafungen mittels Entziehung der ohnehin unzulänglichen Kost vorgekommen sind, weil sich Kranke weigerten, sich im Defizit der Klinik als Studienobjekt hinzustellen. Es liege an der Arbeiterschaft, mit diesen Uebelständen energisch aufzuräumen. Die Kommission für Zentralisation der Krankenkassen werde die Schritte beschleunigen, daß die Klassen bald in den Besitz eines eigenen Krankenhauses gelangen. Gärtler König, Köhl und Tschernia sprachen im Sinne des Referenten. Barnewitz, früherer Wärter der Charitee, konstatierte gleichfalls, daß in derselben Extrazimmer beständen. — Degen gab seine Ergebnisse und Erfahrungen als Kontrolleur der Arbeiter-Sanitätskommission zum Besten, die sowohl Heiterkeit, als auch zum Teil die Entrüstung der Zuhörer über das Gebahren der Herren Hauspächter hervorriefen. Nachstehende Resolution gelangte gegen wenige Stimmen zur Annahme:

Die öffentliche Versammlung der Arbeiter-Sanitätskommission erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Dr. Jadel einverstanden und protestiert energisch gegen die Zustände in der Charitee, insbesondere gegen die Ausnahmestellung der Geschlechtskranke. Sie erklärt es für eine Ehrenpflicht jedes kranken Arbeiters, so lange die Charitee zu weiden, bis diese unwürdigen Zustände beseitigt sind. Die Versammlung ersucht diejenigen Krankenkassen, welche sich dem Boykott der Charitee angeschlossen haben, eine Kommission zur schleunigen Verfolgung der Angelegenheit zu bilden.

In die ausgelegten Listen zeichneten sich 32 Personen als Kontrolleure der Kommission ein.

1/2 Uhr Nachmittags waren schon gegen 80 Personen versammelt. Kein Wunder, daß lange vor Eröffnung der Versammlung der Saal trotz Entfernung der Tische aus demselben überfüllt und das Lokal polizeilich gesperrt war. Die in der vorhergehenden Versammlung abgebrochene Diskussion wurde fortgesetzt. Als erster Redner erhielt Genosse Wächter das Wort, welcher zunächst eine an ihn von außerhalb ergangene Anfrage dahin beantwortete, daß er der Meinung sei, daß in der zukünftigen Gesellschaft bezüglich der Kindererziehung auch getheilte Arbeit am Platze sein werde. Nicht alle Mütter würden befähigt sein, ihre Kinder richtig zu erziehen. Deshalb würde es wohl am Platze sein, daß während die Mutter der ihr zufallenden wirtschaftlichen Thätigkeit nachgebe, die Kinder in guten Erzieherhänden sich befinden. Dafür aber wollten die Sozialdemokraten sorgen, daß Abends, nach Beendigung der Arbeit, das echte rechte Familienleben zu seinem Rechte komme. Durch die wirtschaftliche Notlage oder durch Studium könnten viele zu der Erkenntnis kommen, daß nur durch eine bestimmte Wirtschaftsordnung bessere Zustände geschaffen werden können. Von diesen Gleichgesinnten sammle er sich einen Kreis um sich und mache für die politischen Ziele Propaganda. Auf dem Gebiete der Weltanschauung könne man aber zu anderen Resultaten gelangen. Auch hier sammle er sich einen Kreis von Gleichgesinnten und mache für seine Weltanschauung Propaganda. Mit Bogherr sei er völlig einverstanden, soweit das organisierte Staatschristentum in Frage komme. Wenn derselbe aber behaupte, daß "der Sozialismus unsere Religion" sei, so sei das dessen Privatmeinung. Die Partei bekämpfe die Religion, soweit sie sich dem wirtschaftlichen Emanzipationskampfe und der Freiheit der Wissenschaft entgegenstelle. Falls sie, zu verlangen, soweit sie sich der Wissenschaft entgegenstelle, denn die Partei als solche könne nicht entscheiden, was Wissenschaft ist. Die meisten der aus der vorigen Versammlung eingeleiteten Redner waren nicht anwesend, einzelne derselben verzichteten auf das Wort. Der erste Redner zur Diskussion war Bösch, welcher Christentum und Sozialdemokratie für unvereinbar und der Versammlung eine Vorlesung über Anarchismus hielt. Ebenso wenig, so schloß Redner, wie ein Anarchist könne ein Sozialist ein gläubiger Christ sein. Ebenso wenig könne die Sozialdemokratie das Volk völlig befreien, denn die Sozialdemokratie schließe Herrschaft in sich. Völlige Befreiung könne nur der Anarchismus bringen. Herr Wendisch vertrat den Standpunkt des echten, wahrhaftigen Christentums im Gegensatz zu dem sogenannten Christentum und erregte zeitweise recht große Heiterkeit. Pastor emer. Kendorra stellte sich die Aufgabe, in längerer Ausführungen darzulegen, daß zwischen Religion, d. h. christlicher Religion und Sozialismus kein Gegensatz bestehe, wie zwischen Feuer und Wasser. Die Kirche sei eine menschliche Einrichtung und den Zeitverhältnissen unterworfen und sei nicht zu identifizieren mit Christentum. In vielen Beispielen wies Redner nach, daß die christliche Lehre sich in vielen Punkten mit dem Sozialismus decke. Ein ungeheures Studium gehöre dazu, den Kern der Wahrheit aus dem heutigen Christentum heraus zu schälen. In letzter Linie entscheide über das Christentum die Wissenschaft, besonders die Philosophie. Zunächst gelte es, die wirtschaftliche Frage zu lösen, die religiöse Frage werde nach dem die Wissenschaft zu lösen haben. Große sprach als christlicher Arbeiter und forderte Gedankenfreiheit. Engler hielt es allerdings mit dem Standpunkte eines Sozialdemokraten für unvereinbar, der Landesstraße anzugehören, wüßte aber, daß innerhalb der Partei Religion Privatsache bleibe. Herr von Egidy antwortete zunächst den Rednern, die ihm in der vorigen Versammlung entgegengetreten waren. Bei dieser Gelegenheit entwickelte derselbe nochmals eingehend seine Theorien. Wenn Bogherr sagte, vor dem christlichen Staate habe er wenig Respekt, so erkläre er, einen "christlichen" Staat habe es überhaupt noch nicht gegeben. Sein Ideal sei eine christliche Gemeinlichkeit. Sehr unfreundlich sei es, nicht zu glauben, daß auch viele Tausend Anderer, außer den Sozialdemokraten, rechtschaffen bemüht seien, Besserung und Befreiung der heutigen Zustände zu erstreben. An ihren Früchten solle man sie erkennen. Redner ging sodann auf verschiedene Vorredner des Abends ein. Er unterschied Religion und Konfession und war der Meinung, Konfession solle Privatsache bleiben, nimmermehr aber Religion. Frau Reißner sprach gegen das Christentum. Herr Dr. Peters, welcher speziell zu dieser Versammlung aus Preußen nach Berlin gekommen war, erhielt als letzter Redner das Wort. Derselbe betonte, daß von den meisten Rednern, namentlich von den Arbeitern, das Christentum mit der organisierten Kirche verwechselt worden sei und empfahl Toleranz gegen das ideale Christentum. Einem früher gestellten und fast einstimmig angenommenen Antrage entsprechend wurde hierauf die Debatte geschlossen und Genosse Näher beauftragt, zur Fortsetzung derselben eine neue Versammlung einzuberufen, um zu möglichst völliger Klärung zu gelangen. Diese Versammlung findet voraussichtlich am kommenden Montag in demselben Lokale statt. Zur Annahme gelangte noch folgender von Fomtschit eingehender Antrag: "Die heutige in den Germania-Sälen tagende öffentliche Volksversammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Mehrzahl der Parteigenossen, welche die Entwicklungslinie des religiösen Bewusstseins bereits überwunden haben, trotzdem einer konfessionellen Glaubensgemeinschaft, wenn auch nur der Form nach, angehören. Sie erblickt darin ein benutztes oder unbewusstes Unterjügen der Lebensfähigkeit eines Systems, welches jeder freistündlichen Entwicklung hemmend in den Weg tritt." Nachdem wurde die von wohl mehr als 3000 Personen besuchte Volksversammlung mit brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Für den ersten Kommunal-Wahlbezirk tagte am 23. Oktober eine öffentliche Kommunal-Wahlerversammlung, in welcher Stadtverordneter Genosse W. Bruhnus einen Vortrag über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl hielt. Redner gab einen kurzen Überblick über die seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtverordneten-Kollegium gestellten Anträge, kritisierte die Motive der freisinnigen Majorität, welche alles, was von unserer Seite kommt, niederstimmt, belächelte besonders die Ablehnung der Forderung, statt des in Aussicht genommenen Sechshundertmark-Mägdeleisens die ganzen 7000 Mark unter den Arbeitern, welche bisher an den Wasserwerken gearbeitet haben, zu verteilen, und erklärte unter allgemeinem Beifall, daß alle Anträge so oft von neuem zu stellen seien, bis dieselben Annahme gefunden haben. Genosse Taterow gestellte das erwähnte Wahlsystem zu den Kommunalwahlen und schloß sich den Ausführungen des Referenten, dieselben ergänzend, an. Er betonte, daß jegliches Sonderinteresse den Interessen der Allgemeinheit zu weichen habe. Zum Punkt: "Kandidatenwahl" sprachen die Genossen Wuttig und Timm. Einstimmig wurde für den 1. Kommunal-Wahlbezirk (und weil Aussicht auf Erfolg im 2. und 4. Wahlbezirk nicht sei, es sich bei beiden letzteren nur um eine Zahlkandidatur handeln könne), der Genosse August Taterow als Kandidat für alle drei hier in Betracht kommenden Bezirke gewählt. Nachdem der Vorsitzende Timm auf die am nächsten Sonntag stattfindende Flugblatt-Verteilung und die diesbezügliche Bekanntmachung im "Vorwärts", sowie auf die in den nächsten Tagen zur Verteilung gelangenden Sammelblätter aufmerksam gemacht hatte, schloß er die Versammlung mit der Hoffnung, daß der eifrigen Agitation eine hegezeitige Wahl folgen werde.

Eine sehr gut besuchte Volksversammlung für Männer und Frauen fand am vergangenen Sonntag in Rixdorf statt, wo Genosse Hoffmann seinen Vortrag über die zehn Gebote hielt, zu dem er Herrn Prediger Bährmann wegen eines Artikels in der "Rixdorfer Zeitung" eingeladen hatte. Herr Hoffmann entwickelte auf grund seiner bekannten Broschüre "Die

zehn Gebote und die bestehende Klasse" seine Ansichten. Nachdem Herr Hoffmann sämtliche Gebote in ihrem Verhältnis zur heutigen Gesellschaft und ihren Grundfähnen dargelegt hatte, ergriff das Wort Herr Prediger Bährmann: Ich erkenne vollständig an, daß der Vortragende in der Kritik der bestehenden Klassen sehr viel Wahres gesagt hat, aber dennoch kann ich nicht einstimmen in den Ton, in dem diese Erörterungen hier gepflegt werden. Wenn der Herr Vortragende auch behauptet hat, es könne ihm nicht nachgesagt werden, daß er die Beisitzenden von allen Sünden freispreche, so muß ich doch sagen, es giebt in der freien Rede gewisse Imponderabilien (unwägbare Größen), d. h. es weht ein Geist durch diese Vorträge, der mindestens streift an das Predigen des Klassenhasses und in ihren Neben hört es sich immer so an, als ob die Beisitzenden allein die Sünden wären. Sie sagen, das ganze System ist verwerflich, ich sage aber, es liegt nicht allein am System, sondern es liegt hauptsächlich an den Menschen und namentlich daran, daß der Glaube aus der Welt geschwunden ist. Goethe hat gesagt, diejenigen Zeiten, in denen der Glaube geherrscht hat, sind die fruchtbarsten gewesen, und der berühmte Engländer Carlyle hat dasselbe gesagt. Die wirtschaftlichen Systeme sind auch abhängig von den Glaubenssätzen, die in den Köpfen fiedeln. Ich lege den Nachdruck des Kampfes auf die ideale Seite. Der Redner sprach um zu beweisen, daß Religion Privatsache des Einzelnen sei, von einer Leiter. So lange die Leiter auf meinem Hofe liegt, hindert sie Niemand, sobald ich aber die Leiter quer über die Straße lege, meinte der Herr Vortragende, dann hindert sie den freien Verkehr, dann kommt die Polizei und beseitigt sie. Ich nehme den Vergleich an, aber ich sage, wenn ein Haus brennt oder in Gefahr steht, wo die Leiter liegt, dann ist es nicht mehr meine Privatsache, die Leiter liegen zu lassen, dann wird es meine Pflicht, die Menschen zu retten. So sehe ich die Religion als die Leiter an, die wir anlegen müssen, damit die Menschen nicht untergehen. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß ich jemand von Ihnen zu meinen Ansichten bekehre, aber ich bin der Meinung, Sie könnten viel mehr leisten, wenn Sie sich nicht so sehr in Gegensatz zur Religion stellen würden.

Genosse Hoffmann widerlegte die Ausführungen des Herrn Pastor Bährmann nicht bloß mit Thatfachen aus der Gegenwart, sondern griff in das reiche Lager von Aeußerungen, die er im Laufe der Zeit von Antigenossen des Herrn Pastor Bährmann gesammelt hatte. Alle diese Zitate klangen aus in dem Zugeländnis, wie traurig, wie unhaltbar, wie unbefriedigend die heutigen Zustände sind. Der Herr Pastor hat hervorzuheben, die Leiter höre auf Privatsache zu sein, wenn das Haus brennt, und es sei unsere Pflicht, aufzubauen und nicht niederzulegen. Aber das Haus brennt ja gar nicht, sondern es ist so baufällig, daß es dem Einsturz nahe ist, da kann von Aufbauen keine Rede mehr sein, sondern man muß das Alte erst beseitigen. Herr Hoffmann hatte mit seinem Vortrag und seinen Er widerungen so viel schlagende Gesichtspunkte ins Feld geführt, daß die Ausführungen vielfach mit lebhaftem Beifall unterbrochen wurden. Indessen mußte sich der Vorsitzende bemühen, die Heiterkeit und den Beifall abzuwehren, weil in Rixdorf ein zu lebhafter Beifall leicht als eine Ursache zur Auflösung der Versammlung benutzt werden könnte.

Der Verein "Freie Volksschule" hielt am 10. Oktober seine ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Dr. Mebring, berichtete über die Thätigkeit des Vorstandes und des Ausschusses. Betreffs der Aufführung der "Weber" von Gerhart Hauptmann erklärte derselbe, daß der Ausschuss beabsichtige, dieses Schauspiel zur Aufführung zu bringen, jedoch wäre dies nur unter der Bedingung möglich, daß sich die Mitglieder, in anbetragt der großen Kosten der Aufführung verpflichten, einen Extrazuschuß bis zur Höhe von 50 Pfennig pro Person zu zahlen. Nach dem vom Kassirer Türl gegebenen Kostenbericht betrug im letzten Quartal die Einnahme 6479,27 M., die Ausgabe 4486,89 M.; mit einem am 1. Juli vorhandenen Bestande von 2377 M. stellte sich also am 1. Oktober der Kassenbestand auf 4969,88 M. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Sodann wurde fast einstimmig die Aufführung der "Weber" für einen der nächsten Monate, sowie die Leistung von 50 Pfennig Extrazuschuß pro Person für den betreffenden Monat beschlossen. Zwei vom Mitgliede Naash gestellte Anträge: a) Neuwahl des zweiten Vorsitzenden und des Kassirers, b) die Vereinsarbeiten des bisherigen Kassirers auf den zweiten Vorsitzenden und den Kassirer zu vertheilen und beide für ihre Thätigkeit zu belohnen, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf wurde über die Gründung einer fünften Abteilung beraten. Türl legte die Nothwendigkeit der Gründung klar, indem er auf die Ueberfüllung sämtlicher vier Abteilungen hinwies. Dr. Mebring äußerte dagegen seine Bedenken. Er ist der Meinung, daß im Interesse der Wirksamkeit des Vereins in bezug auf seinen Zweck — der darin besteht, den proletarischen Emanzipationskampf auf künstlerischem und literarischem Gebiete zu fördern — eine Vergrößerung des Vereins nicht rathsam sei; denn je größer derselbe werde, desto weniger könnte er für seine Aufgabe wirken, da durch die Gründung einer neuen Abteilung dem Eindringen bürgerlicher Elemente die Thür geöffnet werde, die nicht zu haben seien, wenn es gelte, für den Verein Opfer zu bringen und mitzuarbeiten, denen aber im Gegentheil nur darum zu thun sei, einem Verein anzugehören, der ihnen für wenig Geld Theatervorstellungen bietet. Es entwickelte sich hiernach eine lebhaft debattierte, in der von fast allen Rednern betont wurde, daß die Zugehörigkeit bürgerlicher Elemente zum Verein für die prinzipielle Haltung derselben ohne Gefahr, dagegen für ersteres im Interesse der Ausdauer derselben von Vortheil sei. Zur Vorbereitung eines im Winter zu veranstaltenden Künstlerkonzerts wurde eine Kommission gewählt; derselben gehören an die Herren Korroldt, Grefling und Köhl, Frauenlein Köhler und Frau Winkelmann. — Unter Verschiedenem äußerten mehrere Mitglieder ihre Unzufriedenheit über das Gebahren der Vollkommens wegen des Boykotts der Kunstinstitute, wie Philharmonie, Konzerthaus und Kroll's Etablissement. Nach einer längeren Debatte hierüber beauftragte die Versammlung den Vorstand, die Vollkommens um Einberufung einer öffentlichen Volksversammlung, welche über diese Angelegenheit entscheiden solle, zu ersuchen.

Die Färber, Hilfsarbeiter, Tekatoure, Apptekoure Berufsgruppen und Berufsgruppen hatten sich zum ersten Male, und gleich in städtischer Zahl, in einer öffentlichen Versammlung am 22. Oktober in den Konordia-Besälen zusammengefunden, um über ihre Lage, wie derselben abzuwehren und wie sie zu organisieren sind, zu beraten. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß sich auch bei diesen mit am schlechtesten gestellten Arbeitern und Arbeiterinnen zu regen beginnt. Die ganze Verhandlung, welche dem trefflichen Vortrage des Genossen F. J. D. E. folgte, über: "Warum organisieren sich die Arbeiter?" bewies durchschlagend, daß nur eine geschlossene, feste Organisation dem proftuätigen Unternehmertum ein energisches Halt zu gebieten im Stande sei. Die ausgedehnte Diskussion entrollte ein ergreifendes, schauriges Bild von brutaler Rücksichtslosigkeit eines organisierten Unternehmertums gegenüber einer gänzlich unorganisierten Arbeitermasse. Daher auch der laute und bringende Ruf, der aus allen Ausführungen sämtlicher Redner herausdrang: halten wir zusammen, organisieren wir uns! Der Kollege Fiedler führte an, daß Arbeitern, welche bis zu ihrem Eintritt in die Ferienkolonie 21 M. Wochenlohn erhielten, nach Rückkehr aus derselben 18 M. gegeben würden; Kollege Densel, daß in verschiedenen Baden von früh bis Mittag ohne Frühstückspause gearbeitet werden muß, also das Brot in den dampfgeheizten Räumen bei der Arbeit gegeben wird, daß, wenn die Arbeit

drängt, die Mittagspause verlängert, und auch Abends über Feierabend gearbeitet wird, dieses alles für 13,50 M. Der Kollege Krana weiß von äußerst schlechten Behandlungen zu berichten, von Schimpfwörtern wie Schweinehunde, Ochsen u. s. w. bei 12 stündiger Arbeitszeit und 12 M. Lohn. In schlechten Zeiten erhalten die ältesten Arbeiter 6-9 M. Die jüngst angeheulenen fliegen gänzlich hinaus. Ferner wurde berichtet, der Unternehmer lege bezuglich der Fabrikordnung auf dem Standpunkt seines Mitgliebes Steinthal: „Je mehr Strafsparagrafen, je besser ist es für uns.“ Die Arbeiter bei Steinthal und Kohn können nicht mehr verdienen, wie wöchentlich 8 bis 10 Mark. Solche Mißstände förderte die Diskussion eine ganze Blüthenlese zu Tage, an derselben beteiligten sich bis zum angenehmen Schlussantrage die Kollegen: Arndt, Stiehler, Wächler, Schüler, Bindig, Riediger, Bengke, Colassat, Braun, Pohl, Gohle; etwa acht bis neun Redner, laut Rednerliste, hatten Nebenliches vorzubringen. Verschiedentlich wurde der Kastengeist der Färber im allgemeinen und besonders der Spindlersfelder stark gerügt. Hauptächlich wurde letzteren zum Vorwurf gemacht, daß sie sich kurz vor den bedrohlichsterseits gestellten Termin so ganz widerstandslos eine durchaus einseitige Fabrikordnung aufzotroiren ließen, deren Kuren verschiedene Redner zum Schaden und Nachtheil am eigenen Leibe erfahren hatten. Nach dem nochmals auftrittehenden Schlusswort Faber's nahm man folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung beschließt, eine Organisation der Färber, Berufsgenossen und Berufsgenossinnen zu gründen, um eine Verschlechterung der Lebenshaltung der in den Färbereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu verhindern, und um Aufklärung und Wissen über die Klassenlage der Arbeiter unter den Mitgliedern zu verbreiten. Hiernach wählte man zur Statutenberatung eine fünf-gliedrige Kommission bestehend aus den Kollegen Glos, Stieler, Liebe, Menzel und Schulz. Die ebenfalls aufgebotene Diskussion über Verschiedenes förderte gleichfalls schändliche Mißstände zu Tage, von denen einige hervorgehoben sich verlohnt. Die Zustände bei Barnewig: Den Kunden dieses Unternehmers wird Schabeseisig verabfolgt, die Arbeiter haben kaum das trodene Brot. Letzterem abzu-helfen errangen sie dieselben einen wöchentlichen Lohn-zuschlag von 1,50 M. und Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, aber — sie mußten jetzt in fünf Tagen dasselbe Arbeitspensum schaffen, wie vordem in sechs Tagen. Unter-nemer: Gesech hat den Wochenlohn von 15 M. auf 12 M. herabgesetzt. Kalläne u. Weiling veranloßten Arbeiter, denen bisher 20 M. Wochenlohn gezahlt wurde, in Afford zu arbeiten, dieser war so niedrig berechnet, daß nur 16 M. ver-dient werden konnten; jene Unternehmer aber erklärten den Ar-beitern unumwunden: „sehen Sie, die ganzen Jahre haben Sie uns so viel Geld aus der Tasche gestohlen!“ Es kam hier vor, daß in schlechten Zeiten auch nur 3,90 M. verdient werden konnte. Solche und ähnliche Mißstände wurden noch in großer Zahl zur Sprache gebracht, so über die Färbereien in der Köpfnistrasse, in der Mühlenstrasse, aus der Färberei Post-strasse 13. Der Verlesung der rigorosen Arbeitsordnung bei Kuhnert wurde entgegnet, sie sei unbedeutend gegenüber der- jenigen bei Matrone. Bis zu später Nachmittagstunde zog sich unter diesen Erörterungen die Versammlung hin und hatte zum Schlusse das erfreuliche Resultat auf-zuweisen, daß sich über 150 Kollegen und Kolleginnen als Mitglieder dieser zu gründenden Organisation eingeschrieben hatten.

Der Verband deutscher Korbmacher, Filiale Berlin, hielt am 16. Oktober seine Monatsversammlung ab, in welcher die Lohnverhältnisse in den Werkstätten besprochen wurden. Die Lohnkommission berichtete, daß noch immer Werkstätten vorhanden sind, wo nicht tarifmäßiger Lohn bezahlt wird und daß die Ver-hältnisse in einzelnen Werkstätten dadurch sehr traurig sind, daß sehr schlechtes Material zur Verarbeitung kommt, und zwar hauptsächlich in der Grünbranche. Dort sind zum Beispiel Kollegen in Friedrichsberg und Friedrichsfelde, welche nicht mehr als 8 bis 9 M. pro Woche verdienen haben. Ferner wurde von der Starke'schen Werkstatt berichtet, daß da-selbst schon wieder 40 Mann arbeiten, trotzdem alle wissen, daß diese Werkstatt noch vom vergangenen Winter gesperrt ist, und Herr Starke sich nur solcher Leute bedient, welche dem Verband fern stehen. Von der Kemple'schen Werkstatt wurde berichtet, daß die dortigen Mißstände behoben sind und Herr Kemple an-statt 45 jetzt 46 Pf. für Angelörbe bezahlt. Doch soll damit nicht gefagt sein, daß diese Werkstatt zu besuchen ist, sondern bitten wir vielmehr den Zugang von außerhalb auf strengste fern zu halten, da Herr Kemple die Leute, welche sich gegen die dortigen Mißstände auflegten, selbst ausgesperrt hat, worüber jetzt der Rechtsstreit beim Gewerbegericht anhängig gemacht ist. Daher bitten wir nochmals den Zugang von außerhalb streng fern zu halten.

Der Verein der Bureauangestellten und verwandten Berufsgenossen hielt am 17. d. Mts. seine erste Generalver-sammlung ab. Genosse Walter hielt einen Vortrag: Ver-längerung der Arbeitszeit und schilderte eingehend und in verständlicher Weise die Vortheile des achtstündigen Arbeitstages; u. a. führte er aus, daß diesen die kapitalistische Gesell-schaft nicht einführen werde, sei klar, es sei dieses ganz und gar nur Aufgabe der Arbeiterschaft sich diese, zum Wohle des Pro-letariats gereichende Forderung selbst zu erobern, dazu seien starke, enggeschlossene Organisationen nöthig, welche energig Front gegen die Ausbeuter machen, es müsse jeder Arbeiter dafür eintreten, sich selbst und seinen Mitmenschen ein besseres Dasein zu schaffen. Auch die Bureauangestellten müßten aus ihren Schlaf erwecken und endlich daran denken, daß auch sie das Recht haben menschenwürdig zu leben und sich nicht für einen Hungerlohn den letzten Blutstropfen ansaugen lassen brauchen. Die Bureauangestellten mögen den Dankel bei Seite lassen und nicht glauben sie seien mehr wie ein Arbeiter, sondern geschlossen mit denselben in den Kampf um Dasein eintreten. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Genosse Kunkele befuhrwortete die Ein-berufung einer öffentlichen Versammlung betreff den Anschluß der Bureauangestellten Berlin und Umgegend an die Gewerkschaftskommission. Dieser Punkt wurde ebenfalls vertagt. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versamm-lung geschlossen.

Die Frauen-Agitationskommission hatte zum 23. Oktober eine Volksversammlung einberufen, um dem Genossen A. Hoff-mann Gelegenheit zu geben, seinen in der letzten Frauen- bzw. Volksversammlung nur zur Hälfte gehaltenen Vortrag über: „Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen.“ zu beenden. Circa 1000 Personen füllten den großen Marten'schen Saal in der Friedrichstraße. Die „Moral“ und „Sittlichkeit“ der den Proletariern Moral predigenden Besitzenden und ihrer „christlichen“ Besitzende erschr durch die Ausführungen Hoffmann's die denkbar schärfste Kritik. Großer Beifall folgte dem Vortrage, an dem sich eine kurze Debatte knüpfte. Ein Redner rügte den Bericht, welchen das „Intelligenz-Blatt“ über die letzte Frauenversamm-lung brachte. Hoffmann dankte im Schlusswort dem betreffenden Berichterstatter des „Intelligenz-Blatt“ dafür, daß er ihn, wenn auch verächtlich, denunziert habe, indem er schrieb: Redner verstand es, die Klippe der Majestätsbeleidigung zu umschiffen. Im „Ver-schiedenen“ richtete Frau M. G. Reifenberg an die anwesenden Frauen das Ersuchen, sich nicht das Buch der Frau Wittstein-Adelt mit dem vielversprechenden Titel: „Macht Euch frei! Ein Mahnruf an die deutschen Frauen“, zu kaufen, da die Verfasserin in dem Buche nur das Freimachen vom Korsett behandelte. Als aus gut unterrichteter Quelle kam, führt Rednerin an, daß die Frau

Doktor Wittstein-Adelt sich extra in einem der bürgerlichen Frauenvereine Deutschlands habe als Mitglied aufnehmen lassen, um den Antrag stellen zu können, Sozialdemokratinnen dürften nicht Mitglieder werden. Rednerin forderte dann noch die Frauen und Mädchen auf, sich auch an den Kommunalwähler-Versammlungen zu beteiligen. Es werde da so viel zu reden, was speziell die Weiber angehe. Gerade da könne z. B. die Schaffung unentgeltlich benutzbarer Bedürfnisanstalten für Frauen angeregt werden. Es sei eine Schande, daß solche nicht in der Weltstadt Berlin, oder doch fast nicht beständen. Die, welche vorhanden sind, seien auch danach. Ein wahres Kunststück wäre es, zunächst in dieselben hineinzukommen; jede Kunstfertigkeit übersteige es aber, sie ihrem Zwecke gemäß zu benutzen. (Viel-sache Zustimmungsrufe aus der Versammlung.) Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen hielten am 23. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Thal über die Thätigkeit der früheren 1891 gewählten Agitationskommission berichtete. Aus dem vorgelegenen Kassen-bericht sei erwähnt, daß die Einnahme 260,06 M. und die Aus-gabe 248,61 M. betragen hat, also ein Bestand von 11,45 M. ge-blichen ist, dem freilich noch eine Schuld von 24,80 M. gegen-übersteht. Die Versammlung wählte nach kurzer Diskussion drei Kollegen zur Prüfung der Abrechnung und beschloß dann, nach dem Thal über die Errichtung und die rege Benutzung des Aus-lustbüros der Gewerkschafts-Kommission berichtet hatte, die Sorge für die Ausführung des auf die Hilfsarbeiter entfallenden Kostenbeitrags dem Delegierten zu jener Kommission zu überlassen. Hiernach hörte die Versammlung an stelle des Vortrags des am Erscheinen gehinderten Genossen Th. von Wächter ein inter-essantes Referat des Kollegen Thal über Geschichtsfälschung an.

Ein Branchenversammlung der Rohrleger und Ge-hilfen tagte Sonntag, den 15. Oktober, in Volz's Resthale. Genosse Dr. Paul Bernheim referierte in derselben über „Berufs-krankheiten im Rohrlegergewerbe“. Derselbe führte den Kollegen die Entstehung des Typhus, der Cholera, Bleichfoll und der rheumatischen Leiden vor Augen, diesen Krankheiten seien die Berufs-kollegen am meisten ausgelegt, auch zeigte der Referent, in welcher Weise dieselben zu heilen seien. Betreffs der Bleichfoll wurde den Kollegen angerathen, sich vor jeder einzunehmenden Mahlzeit gründlich die Hände und Fingernägel zu reinigen, wenn möglich mit warmem Wasser, nur dadurch sei es möglich, die giftigen Bestandtheile des Meies aus dem Körper fernzuhalten, auch wurde empfohlen, bei stützigen Meis sich möglichst vor Ein-atmen der sich entwickelnden Dämpfe zu hüten. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und vom Referenten in der Diskussion verschiedene Fragen beantwortet. Zu Ver-bands-Angelegenheiten wurde auf § 4 des Statuts auf-merksam gemacht und den Mitgliedern empfohlen, bei etwa in Aussicht stehenden oder vorkommenden Differenzen mit dem Unternehmerrath, diesen Paragraphen auszuführen. Kollege Weder machte auf die am 24. Oktober, Alte Jakobstraße 75, stattfindende öffentliche Versammlung der Rohrleger aufmerksam und erjuchte um rege Agitation für Besuch derselben. Beschlossen wurde, die Morgenpatrouille nach wie vor bei Radtke, Krautsstr. 48, Tolls-dorf, Gölzingerstr. 58, und Schayer, Brunnen- und Rheinsberger-strassen-Gele, des Sonntags stattfinden zu lassen. Gerügt wurde noch das Fernbleiben des Branchenbeisizers in dieser Versammlung.

Der Agitationsklub für den Osten Berlins hatte am 22. Oktober eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fruchtbar. 96a einberufen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Th. Wächter über die Familie und die Sozialdemokratie. Der Redner führte in einem sehr inter-essanten Vortrage aus, wie die Ehe aus alter Zeit immer mehr schwand, wie sich alles neuen Formen anpaßt, daß die Familie in der heutigen Zeit nicht mehr das sein kann, was sie war, da die Frau aus der Familie herausgerissen und auf den Welt-markt getrieben wurde, so daß es den Frauen nicht möglich ist, ihren Kindern die richtige Erziehung zu geben, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung es den jungen Leuten unmöglich ist, zur rechten Zeit in die Ehe zu treten, sie daher genöthigt sind, zur Prostitution ihre Zuflucht zu nehmen, und daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, alle diese Uebelstände zu beseitigen, für bessere Schulbildung zu sorgen, der Frau in der Schwangerschaft bessere Schutzmaßregeln zu verschaffen, den Kindern die Tugend zu erhalten, damit sie nicht zu früh verderblichen Einflüssen aus-gesetzt sind. Auch die Diensthöflichkeit berührte der Redner, er führte aus, daß auch hier die Sozialdemokratie eingzugreifen habe, um aus den Diensthöfen freie Gehilfen und Gehilfinnen zu machen. Wenn all dies erreicht werde, dann haben wir eine frohe und glückliche Zukunft vor uns, dann wird die zukünftige Generation sich gesünder und fröhlicher entwickeln. Lebhafter Beifall wurde von der Kopf an Kopf gedrängten Versammlung dem Referenten zu theil.

In der Diskussion sprach Frau Reimann über die Er-ziehung der Kinder, daß die Frau allein dazu nicht ausreicht, die Arbeiterin sich überhaupt nicht um die Kinder kümmern kann; bei den oberen Jahrentausend liege die Sache anders, da giebt es Sonnen, Erzieher und Institute (die der Arbeiter sich nicht leisten kann). Die Frauen der Bourgeoisie bedauern es, daß sie den unangenehmen Gebärtsakt nicht auch noch bezahlten Personen ausdrängen können. Fräulein Baader sprach über die Bedürfnislosigkeit der Frauen und empfahl den Frauen mehr für ihre Bedürfnisse auszugeben, dann müßten sie auch mehr fordern, und würden dann nicht mehr die Konkurrentinnen des Mannes sein. Auch die Diensthöfenfrage berührte sie und wies darauf hin, wie durch die Gefindeordnung von 1810 die-selben aller Rechte beraubt sind. Genosse Lotbar sprach über die Verrohung der Jugend, die Ehe und das Familienleben und über die Ziele der Sozialdemokratie. Genosse Baader be-rührte den nachlässigen Schulunterricht und wies auf die Vor-theile der Arbeiterbildungsschule hin. Frau Klauke und Ge-nosse Müller sprachen über die Kindererziehung auf religiöser Grund-lage. Im Schlusswort ging der Referent auf alles in der Dis-kussion angeregt ein und forderte die Anwesenden auf, nicht auf die Bourgeoisie hinzuhören, welche die Enthaltensamkeit nach den Vorschlägen des Wallstus predigt, sondern Freude an ihren Kindern zu haben, da die Welt groß genug sei, um noch mehr Menschen zu ernähren. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie schloß die gut besuchte Ver-sammlung. Gemüthliches Beisammensein hielt die meisten Bes-ucher bis nach Mitternacht zusammen.

Der Verein Berliner Handwerker hielt am 10. Oktober d. J. in dem Louisenstädtischen Konzerthaus seine erste ordent-liche Generalversammlung ab. Der vom Kassirer Kollege Runge gegebene Jahresbericht wies folgendes auf: An Dokumente waren 1500 M. vorhanden, Einnahmen 7194,25 M., Ausgaben 6523,09 M., bleibt ein Baarvermögen von 2171,16 M. Der Bericht des Stellennachweises des vorigen Jahres ist folgender: Stellen wurden 542 fest und 93 zur Aushilfe gemeldet, da-von wurden 292 fest, 29 zur Aushilfe und 9 Stellen von Nicht-mitgliedern des Vereins besetzt. Die Bibliothek wurde in 604 Bänden gelesen. Zu dem Bericht des Stellennachweises bemerkte Kollege Puyser, daß sich die stellenlosen Kollegen nicht rege genug daran beteiligen, sonst müßten viel mehr Stellen besetzt werden, als wie bisher. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Gustav Grauer, Stellvertreter Uttech, 1. Schriftführer Hildebrandt, Stellvertreter Wolter, Kassirer Runge, Stellvertreter Wandel. Die Wahl der Rahmenträger, Revisoren, Ehrenrath und Festkomitee wurde vertagt.

In der Wanderversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins, welche im Open am 18. d. Mts. stattfand, sprach Genosse Timm über die rechtlose Stellung der Frau und das Koalitionsrecht in Deutschland. Er führte aus, daß die

Frau zuerst in die Fabrik und dann in die Hausindustrie ge-drängt werde, daß der Unternehmer die rechtlose Stellung der Frau ausnütze und in ihr die Konkurrentin des Mannes groß-zieht, ferner wies Redner darauf hin, wie notwendig es ist, daß die Frau im Gewerbegericht mit thätig sei, er erklärte es für die Pflicht aller Genossinnen und Genossen, dafür zu agitieren, daß gerade die Organisation der Frauen energig betrieben werde, daß dieselben an allen Orten aufgestellt werden, damit dieselben endlich verstehen lernen, für ihr Recht zu kämpfen. Redner führte dann noch an, daß die Frau auch politisch rechtlos sei und die Frauen darauf hin arbeiten müssen, daß, wenn sie mit dem Mann gleiche Pflichten, auch gleiche Rechte haben müssen. In der Diskussion sprachen Frau Lange, Frau Leuschner und Frau Ullmacher. Es wurde von denselben hervorgehoben, daß die Männer vielfach die Frauen zurück halten, die Versammlungen zu besuchen. Frau Bengel's trat dem energig entgegen und betonte, daß nicht die Männer die Schuld tragen, sondern dies der Interesslosigkeit der Frau zuzuschreiben ist; dann sprach dieselbe noch über die Lage der Weber in Schlesien. Zum Schluss wurde bekannt gemacht, daß die nächste Vereinsversammlung am 8. November stattfindet und endlich wurde auf das Stiftungsfest des Vereins hingewiesen, welches am 18. November stattfindet.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Filiale Rigdorf) hielt am 17. Okt. die sechste Verbandsversammlung ab. Kollege Kolbold referierte über das Gewerbegericht und theilte den Kollegen mit, daß sich ein Auslustbüro für Arbeitnehmer in der Rosenstr. 21, 1 Tr., befindet, an das die Arbeitnehmer sich in Fällen von Klagen gegen die Arbeitgeber vertrauensvoll wenden können.

Der Verband der Möbelpolier für Berlin und Um-gegend hielt am 16. Oktober seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Verhandlungen ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Streckler und Berke in der üblichen Weise. Der vom Kassirer gebrachte Kassenbericht für das 3. Quartal 1893 ergab inkl. des Bestandes vom 2. Quartal eine Einnahme von 284,90 M. und eine Ausgabe von 212,08 M., so daß ein Bestand von 72,82 M. verbleibt. Die Einnahme der Nachkommission betrug 75,32 M., die Ausgabe 12,45 M., mithin ist ein Bestand von 62,87 M. vorhanden. Der Bericht des Ar-beiternachweises ergab zusammen 812 abgegebene Adressen und 295 als arbeitslos eingetragene Kollegen. Von diesen 312 Stellen konnten jedoch nur 191 besetzt werden.

Sodann wurden folgende Vorstandsmitglieder: Robert Weber als erster Vorsitzender, Hermann Kurze als zweiter Schriftführer und Richard Neumann als zweiter Kassirer wiedergewählt. In die Fachkommission wurden wieder- bzw. neugewählt die Kollegen: Kurth, Frohmann, Hermann Kluge, Hennig und Franz Müller, und zu Beitragskassierern 1. für Zahlstelle A: Jerzer, 2. für Zahlstelle B: Jahn und 3. für Zahlstelle C: Seyber. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 112,80 M., wovon 50 M. der Bibliothek, 20 M. dem Ver-trauensmann der Möbelpolier, 10 M. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und 10 M. der „Holzarbeiter-Zeitung“ für Inserate überwiesen werden sollen, während der Rest in die Unterhaltungskasse fließt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Friedrichsfelde. Der Arbeiter-Bildungsverein hielt am 19. Oktober seine regelmäßige Versammlung ab, in der Dr. Joel einen wissenschaftlichen Vortrag über Chemie des alltäglichen Lebens hielt, in welchem der Referent die Zerlegungprozesse, welche in der Natur sowie im menschlichen Leben alltäglich vor sich gehen, der Versammlung durch viele Experimente klar und deutlich vor Augen führte, die Versammlung folgte den Aus-führungen des Redners mit sichtlichem Interesse.

Vom Nürnberger Frauentag. Der Allgemeine deutsche Frauenverein, der in der bürgerlichen Frauenbewegung zwar nicht die Avantgarde, wohl aber den Gewalthaufen bildet, hält in den Tagen vom 21. bis 24. Oktober seine 17. General-versammlung in Nürnberg, verbunden mit dem üblichen allge-meinen Frauentag ab. Am Sonnabend fand, nach einer kurzen Begrüßung der Mitglieder und Delegierten, im schön geschmückten Saal in „Strauß“ die erste öffentliche Versammlung statt. Als erste Rednerin sprach Fräulein Auguste Schmidt. Ihr Vortrag war stark sozialpolitisch angehaucht; er behandelte das Thema unverheirateter Frauen, die nicht die Mittel besitzen, ihr Leben zu fristen, weil sie keine genügende Vorbildung erhalten haben. Rednerin vertritt das Recht auf Arbeit und den Grundfah, daß jede Frau zu dem berechtigt, wozu sie befähigt ist. Sie sieht in dem Dienjahr der Mädchen nach Helene Lange's Methode das Heil des Frauengeschlechts, möchte jedoch dieses Jahr mehr der Erziehung als der Haushaltungsbranche gewidmet sehen. Sie beklagt lebhaft das unnatürliche Loos der alten Jungfer und tritt warm für Erhaltung und Förderung der Familie ein. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall von seiten der Frauentheoretikerinnen aufgenommen, obgleich er sehr viel ansecht-liche und sehr wenig neue Punkte enthielt.

Frau Dr. Goldschmidt (Leipzig) hielt einen Vortrag über das Thema: Der Ausgangspunkt der Frauenbewegung. Sie begann mit der historischen Entwicklung der Frauenbewegung von Frankreich ausgehend und kam schließlich nach einer Reihe angeführter Schlagworte und einer Fülle längst Gehörtem zu der Ueberzeugung, daß der allgemeine deutsche Frauenverein die Be-wegung in Fluß gebracht habe. Die Sache machte einen stark schönfärbischen Eindruck.

Am Sonntag Vormittag vereinigten sich die Mitglieder und die Delegierten zu einer Privat Sitzung, in welcher Kassenbericht erstattet wurde, und in welcher von der Dresdener Ortsgruppe Bericht erstattet wurde. Es wurde beschlossen, im Interesse der Frauenfrage in möglichst vielen Städten Vorträge zu halten und Ortsgruppen zu gründen.

Am Nachmittag erstattete Frau Luise Otto-Peters (Leipzig) Bericht über die Thätigkeit des Vereins.

Frau Professor Weber (Tübingen), die bekannte Ver-fechterin des medizinischen Studiums für Frauen, hielt einen Vortrag über das Diakonissenwesen.

Frau Löper (Houffelle) hielt einen höchst geistreichen Vor-trag über „Die Erziehung des weiblichen Geschlechtes zur Selbstständigkeit“. Auch sie geht von dem Gedanken aus, daß richtige Werthschätzung der Frau den Werth ihrer Person haben wird, und daß das ganze Geschlecht erst dann einen anderen Stand-punkt einnehmen wird, wenn die Frau die freie Berufswahl vor sich hat und ihr Werth entsprechend ihren Leistungen taxirt wird. Der Vortrag fand ungeheuren Beifall.

Frau Dr. von Forster (Nürnberg) behandelte in seiner Weise das Thema: „Die Frau die Gehilfin des Mannes“. Ihre Ausführungen waren recht hübsch, doch gipfelte das Resultat in dem bekannten Refrain, daß nur die Frau durch gleiche Bil-dung des Mannes Gefährthin im wahren Sinne des Wortes werden könne.

Berichtigung. In dem Bericht über die Generalversamm-lung der Allgemeinen deutschen Kranken-Zuschuß- und Begräbnis-Kasse in Nr. 245 muß es heißen: Der Kassirer Nachs ist bis auf weiteres an Wochentagen nur Mittwochs, Abends von 7 1/2-8 1/2 und Sonnabends Abends von 7 1/2-9 1/2 Uhr im Restaurant Post, Reichensberger- und Dresdenerstrassen-Gele, zu sprechen, also nicht in seiner Wohnung; außerdem Sonntags von 9-11 Uhr Vormittags bei Tempel, Langestraße 65. Die Zahlstelle bei Post (nicht in der Post) ist somit nicht aufgehoben. Ferner hat das Statut nach Mittheilung des Zentralvorstandes die behörd-liche Genehmigung erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

An die Leser der Zeitungen und Zeitungs-Ausschnitten. Täglich gehen uns Tausende von Zeitungsnummern zu, welche Angriffe auf die Sozialdemokratie oder schiefe ökonomische Anschauungen enthalten.

Zwei Genossen. Wenn Sie das Bedürfnis empfinden, Genossenschaftswang und Herrlichkeit an den sozialdemokratischen Abgeordneten zu üben, so klopfen Sie bei jedem Einzelnen an die Thür. Ihnen wird dann schon heimgeschickt werden.

H. N. 1877 in Berlin.

aller Entscheidung aber weisen wir den Vorwurf zurück, daß wir uns einen sozialdemokratischen Stempel aufgedrückt haben, um „wafschet“ zu erscheinen. Unser ganzes Verbrechen besteht darin, daß wir die sozialdemokratischen Maßregeln aufgefodert haben, sich zu organisieren.

6. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Oktober 1893. Samstag. Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Hartheit beizugeben.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 287 308 404 606 89 707) and prize amounts (e.g., 1192 201 314 [5000]).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 110007 164 407 549 56 689) and prize amounts (e.g., [5000]).

6. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Oktober 1893. Samstag. Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Hartheit beizugeben.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 240 507 57 459 539) and prize amounts (e.g., 1017 59 129 95 227 391).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 113301 586 620 1300) and prize amounts (e.g., 736 50 861 944).

Arbeiter-Bildungsvereine. Mittwochs, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wollentstr. 129a; Unterricht in Geschichte (mittl.).

Arbeiter-Sängerbund. Mittwochs, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wollentstr. 129a; Unterricht in Gesang.

Arbeiter-Sängerbund. Mittwochs, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wollentstr. 129a; Unterricht in Gesang.

Arbeiter-Sängerbund. Mittwochs, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wollentstr. 129a; Unterricht in Gesang.

German American Club Uncle Sam. 8.30 p.m. at Restaurant 62 Königstrasse. Guests are welcome.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting with Ladies every Wednesday at 9 o'clock at Neumann's Restaurant, Rosenthalerstr. 36.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgebung.

Kandemanns Hof der Schloß-Verwaltung in Berlin. Mittwochs, den 26. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im Kommandanten-Garten.

Literarisches.

Süddeutscher Postillon. Nr. 22, 12. Jahrgang. Inhalt: Der Kampf um die Messe. Das Ende der Homerier.

Albert Duf's sämtliche Dramen. Erste Gesamtausgabe. Herausgegeben von Ernst Ziel.

Riebling's Taschenplan von Berlin im Westentaschen-Format, mit rothen Perlebahnlinien und Straßenverzeichnis.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgetheilt ist, dem Wadlitzer zur Verfügung von Angelegenheiten aller Art.